neue

Detlev Claussen — Zur Kritik falschen Bewußtseins in der studentischen Revolte / Peter Gäng — Organisation und Klassenfrage / Aktiver Streik als Selbstorganisation der Studenten / Antonia Grunenberg — Monika Steffen — Technokratische Hochschulreform und organisierter Widerstand / Bodo von Greiff — Berufspraxis und Studium / Reimut Reiche — Antwort auf Haug

kritik

April 1969

53

3		Statt eines Editorials
6	*Detlev Claussen*	Zur Kritik falschen Bewußtseins in der studentischen Revolte
15	*Peter Gäng*	Organisation und Klassenfrage
23		Aktiver Streik als Selbstorganisation der Studenten
41	*Antonia Grunenberg / Monika Steffen*	Technokratische Hochschulreform und organisierter Widerstand
54	*Bodo von Greiff*	Berufspraxis und Studium — Bestandsaufnahme einer Diskussion
61	*Reimut Reiche*	Antwort auf Haug

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 53, April 1969, 10. Jahrgang, Heft 1 der neuen Redaktion
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG
Redaktion: Die Gruppe Frankfurt des SDS ohne persönliche Verantwortung
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages
Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5
Telefon (0611) 778670
NEUE KRITIK erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,— zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto
Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282680
Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt/M.

Statt eines Editorials

Die Diskussion über Strategie und Taktik in dem Transformationsprozeß der antiautoritären Bewegung zur sozialistischen Opposition ist nicht zu trennen von den organisatorischen Mitteln, die der politische Kampf erfordert und von der Notwendigkeit, eine verbindliche Kommunikationsstruktur zu errichten.

An der Dringlichkeit dieses Problems hat sich, seit die Diskussion über die NEUE KRITIK wiederaufgelebt ist, nichts geändert. Vielmehr hat sich gerade auf den SDS-Seminaren und auf der Arbeitskonferenz im April einmal mehr die Notwendigkeit erwiesen, die Strategie- und Organisationsdiskussion zentral zu führen. Gerade die Schwierigkeiten auf der Arbeitskonferenz, die arbeitsteilig diskutierten Problemkreise (Berufsperspektivendiskussion, Technologie, Organisation von Lehrern und der Schülerrevolte) in eine strategische Diskussion der Politik in der nächsten Zeit zu transformieren, beweisen, daß nur im Prozeß permanenter Kommunikation und Verständigung eine allgemein relevante Strategiediskussion entstehen kann. Dies gilt in dem Maße für die Hochschulen, als die Anforderungen des politischen Kampfes und die zunehmend schärfer werdenden Unterdrückungstendenzen eine Neubestimmung der Mobilisierungs- und Organisierungspolitik verlangen. Grundsätzlich relevant wird jedoch diese Diskussion erst recht über den Rahmen der Hochschule hinaus. Die Organisierung von Lehrlingen, jungen Arbeitern und Schülern verlangt spezifischere Formen der Organisation und Kommunikation, als sie in der Phase der antiautoritären Mobilisierung für die Hochschulen genügten.

Die Redaktion übernahm die NEUE KRITIK in dem Bewußtsein, daß es gelte, diese Diskussion zu beginnen. Sie stieß dabei auf die Schwierigkeit, daß die Verselbständigung der in verschiedenen Gruppen bestehenden Probleme und der Diskussionen darüber es nicht erlauben, von einem einheitlichen Diskussionsbedürfnis geschweige denn von identischen Anforderungen an eine Strategiediskussion auszugehen. Diese „Ungleichzeitigkeit" des Problembewußtseins wird noch verstärkt durch die Hypostasierung der (falschen) Alternative zwischen praxisrelevanter und „bloß theoretischer" Diskussion. Die Kritik an den sozialistischen Theoretikern (s. a. unsere Kritik an der Konzeption der alten NK in den Infos Nr. 6 und 7/8) hatte insofern ihre Berechtigung, als diese blind waren gegen-

über den politischen Kämpfen an der Basis, die erst die Bedingungen für ein sinnvolles Aufarbeiten theoretischer und historischer Probleme schaffen sollten. Diese Kämpfe wurden jedoch in dem Augenblick selbstzerstörerisch, als es notwendig wurde, die emanzipatorischen Interessen der Protestbewegung historisch und theoretisch zu artikulieren.
Die NEUE KRITIK nimmt den so entstandenen Widerspruch zwischen der Notwendigkeit theoretisch langfristiger Diskussion einerseits und der Schwierigkeit, die augenblickliche Praxis strategisch zu verlängern andererseits, auf. Daraus ergibt sich auch, daß es in der NK nicht darauf ankommt, die Theorie unter praktischen Legitimationszwang zu stellen, sondern theoretische Probleme relevant zu machen, die im Rahmen einer langfristig geführten strategischen Diskussion von Wichtigkeit sind. Das bedeutet in keinem Falle, daß wir in der Zeitschrift eine nur theoretische Diskussion über Strategie und Taktik einleiten wollen. Vielmehr gilt es, vor allem aus den allgemein zugänglichen Erfahrungen und den neuen organisatorischen Ansätzen und Erfordernissen, die sich in den verschiedenen sozialen Bereichen (Schule, Hochschule, Betrieb, Lehrlingsheime etc.) ergeben haben, die Elemente herauszuziehen und zu diskutieren, die über den beschränkten Rahmen regionaler Praxis hinaus für die Strategiediskussion bedeutsam sind.
Aus diesem Grund haben wir in der ersten Nummer versucht, ausgehend von den Erfahrungen im aktiven Streik (in Frankfurt und Berlin), das Verhältnis von Strategie, Organisation und Emanzipation zu bestimmen. Der aktive Streik als Form des Widerstandes gegen technokratische Hochschulreform und ihre Agenten verlangte einen wesentlich höheren Grad an Organisiertheit und praktischem Ausharrungsvermögen, als das im Stadium der antiautoritären Massenmobilisierung der Fall gewesen war. Die Tatsache, daß der Kampf um die autonomen Selbstbestimmungsrechte der Studenten nicht in einem luftleeren Raum, sondern mit einem konkreten Gegner (Staatsbürokratie und Staatsgewalt, Universitätsbürokratie und Professoren) auszufechten war, erforderte eine grundsätzliche Neubestimmung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik wie des Verhältnisses von Organisation und Emanzipation. Hatten sich während der Hochschulrevolte emanzipatorische Interessen nach autonomer Neuorganisation wissenschaftlicher Interessen herausgebildet, so verlangten die repressiven Bedingungen des Widerstandes an der Hochschule verbindlichere Formen dezentralisierter Organisation, mit der diese Selbstbestimmungsrechte erst erkämpft werden sollten. An dieser Ambivalenz entzündeten sich politische Richtungskämpfe innerhalb der die Studentenrevolte tragenden Gruppierungen. Aus der gleichen Ambivalenz entwickelten sich im Verlaufe des aktiven Streiks und erst recht danach abstrakt alternative Organisationsstrategien. Auf der einen Seite die Konstruktion einer bloß antiautoritären und egalitären Kommunikationsstrategie und das idealistische Beharren auf den wissenschaftlichen Interessen unter Abstraktion vom politischen Kampf. Dies führte u. a. zu einer

fast kleinbürgerlich zu nennenden Organisationsfeindlichkeit. Auf der anderen Seite resultierte aus den veränderten Repressionsbedingungen der Wunsch nach einer verbindlichen leninistischen Kaderorganisation und die Tendenz, wissenschaftliche Interessen global als unpolitisch zu verdrängen. Konnte diese Konzeption sich bisher nur in Postulaten durchsetzen, so abstrahierte sie wiederum von den qualitativ neuen organisatorischen Strukturen, die im Verlaufe des Streiks entstanden waren (z. B. die Arbeitsgruppen in Frankfurt) und in denen einer der Erfolge des Streiks gelegen hatte. Sie negierten gleichfalls die Notwendigkeit, die neu entstandenen Formen politisch militanten Widerstandes mit Agitations- und Aufklärungsstrategien zu verbinden.

Aus dieser Problematik sind drei Beiträge zur Organisationsfrage entstanden.

Das grundsätzliche Problem bei der Bestimmung der Funktion, die die NEUE KRITIK als Organ des SDS erfüllen kann und sollte, liegt darin begründet, daß sich zwar einerseits der SDS längst über einen reinen Studentenverband hinaus entwickelt hat und die Probleme der antiautoritären Mobilisierung und dezentralisierten Organisierung bei Schülern und Lehrlingen zu zentralen Problemen des Verbandes geworden sind, daß aber andererseits die Partikularität dieser Erfahrungen scheinbar wenig an strategischer Verallgemeinerung zuläßt. Die Diskussionen über die Schülerrevolte, die Organisierung von Lehrern (Berufsperspektivendiskussion; s. a. der Beitrag „Berufspraxis und Studium der Soziologen — Bestandsaufnahme einer Diskussion") und Lehrlingen, die auf der Arbeitskonferenz begonnen wurde, wird langfristig in die NK eingehen. Allerdings erscheint es uns hier notwendiger als im Rahmen der Hochschulrevolte, daß die verschiedenen Erfahrungen und politischen Positionen systematisch abgeklärt werden, ehe versucht wird, strategische Postulate daraus abzuleiten.

Die Tatsache, daß diese erste Nummer der NK wesentlich von Frankfurtern bestimmt wurde, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es uns bisher nicht gelungen ist, die strategische Relevanz der Publikationsorgane und insbesondere das Interesse an der NK innerhalb des Verbands praktisch werden zu lassen. Zwar besteht nach wie vor das Selbstverständnis der NK-Redaktion darin, daß sie sich als Gruppe politisch aktiver Genossinnen und Genossen versteht (und nicht als technischer Kader), die auch die Interessen des Frankfurter SDS in der NK vertreten. Auch erhebt die Redaktion nicht den Anspruch, die NK zu einem „Repräsentationsorgan" zu machen. Doch hängt der Erfolg unserer Konzeption wesentlich davon ab, ob es gelingt, die Mitarbeit aktiver Genossen und SDS-Gruppen an der NK zu institutionalisieren und die mit dieser Nummer begonnene Strategiediskussion fortzusetzen und zu erweitern. Um dies zu erreichen, werden wir die Diskussion über das Programm der NK und die Redaktionspolitik regelmäßig über den SDS-Info führen.

Die Redaktion

Detlev Claussen

Zur Kritik falschen Bewußtseins in der studentischen Revolte

Mit dem Ausschluß des SDS aus der SPD war das Scheitern einer innerinstitutionellen Opposition symptomatisch geworden. Der Formierungsprozeß der bundesrepublikanischen Gesellschaft, der objektiv durch das sich anzeigende Ende der Rekonstruktionsperiode und zugleich durch das Zerfallen der starren antikommunistischen Ideologie erzwungen wurde, drängte die Individuen, die sich als sozialistische Einzelkämpfer in den Restinstitutionen der Arbeiterbewegung aufgehalten hatten, an den Rand der Gesellschaft. Sozialistische Intellektuelle und besonders sozialistische Studenten waren zunächst genötigt, in kleinen Zirkeln undogmatische, jenseits des etablierten Kommunismus stehende theoretische Ansätze zu rezipieren. Die weltgeschichtliche Verschiebung des „Ost-West-Konflikts", dessen Ideologie des „Kalten Krieges" das politische Bewußtsein der Bundesrepublik bestimmt hatte, zu der Auseinandersetzung zwischen dem imperialistischen Weltsystem und den nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt eröffnete in der Bundesrepublik zum ersten Mal seit Bestehen dieses Staates eine objektive Agitationschance für sozialistische Ideen, da es durch den Zerfall der herrschenden Ideologie von der „freien Welt" den Agitatoren möglich wurde, das imperialistische Weltsystem zu kritisieren, ohne mit dem Sowjetrevisionismus sich zu solidarisieren. Die Kommunikation zwischen den bestehenden Zirkeln, die über zentrale Zeitschriften zum Teil vermittelt war, über die Kämpfe der Dritten Welt und die sich gleichzeitig entwickelnden neuen Protestformen in den USA war die Voraussetzung einer propagandistischen und agitatorischen Verbreiterung des Bewußtseins durch Kampagnen und Kongresse.

Kampagnen und Kongresse konnten keine andere Funktion haben als Aufklärungsprozesse bei einem Teil der noch an dem Modell liberaler Öffentlichkeit Fixierten in Gang zu setzen. Auf der anderen Seite blieben die Kampagnen isoliert voneinander: US-Aggression in Vietnam und Vorbereitung der Notstandsgesetze, internationale und nationale Opposition fielen nicht zusammen. Hinzu trat auf einer rein publizistischen Ebene die Beschäftigung mit Studentenproblemen (etwa „Hochschule in der Demokratie"). Eine Flut von Schriften zu diesen Themen wurde in den meisten SDS-Gruppen rezipiert, zugleich bildeten sich fatale Arbeitsteilungen von Hochschulfachleuten, 3. Welt-Spezialisten und Notstandskennern (in

vielen Gruppen kam noch eine große Anzahl von kritischen Privattheoretikern hinzu) heraus. Diejenigen, die an den Hochschulen und auf der Straße mit radikaleren Aktionen begannen, waren meistens Gruppen, die mehr oder weniger in den SDS-Verband selbst nicht integriert waren. Die Unverbindlichkeit der SDS-Organisation war schon in der divergenten Struktur seiner Mitglieder angelegt; allerdings hätte zu diesem Zeitpunkt ein zwanghaftes „Leninisieren" des Verbandes den Sektencharakter der einzelnen Fraktionen nur verschärft.

In den Aktionen der sich im Jahre 1967 entwickelnden Protestbewegung wird die Isoliertheit der verschiedenen politischen Momente, an denen sich das politische Bewußtsein der Akteure der Bewegung orientiert, deutlich. Die Solidarität mit den sozialrevolutionären Bewegungen der 3. Welt konkretisierte sich vom moralisch orientierten Protest zu direkten Angriffen auf Niederlassungen des US-Imperialismus im eigenen Lande. Zusammen mit diesen Aktionen entsteht das Bewußtsein eines internationalen Zusammenhangs zwischen der Protestbewegung in den Metropolen und den revolutionären Aktionen in der 3. Welt. Die Straßenaktionen der Studenten verwandelten die latente Gewalt des herrschenden Apparats in manifeste. Auf der allgemeinen Ebene des Protests dienten diese Aktionen mit anschließender Aufklärung zur Festigung des politischen Bewußtseins der Bewegung. Die Orientierung an der revolutionären Moral der 3. Welt produzierte auf der einen Seite das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Konkretion des Widerstands (von der Straße zur Universität, um eine herrschende Institution anzugreifen), auf der anderen die Ideologie, als sei die Opposition in den Metropolen *unmittelbar* in derselben Gewaltsituation wie die Bewegungen in der 3. Welt. Nach dem 2. Juni 1967 wurde vom SDS zunächst eine Aufklärungsarbeit in zweifacher Hinsicht verfolgt: 1. Über die Situation des Imperialismus als Legitimation des eigenen Protests, 2. über die manifest gewordene Gewaltmaschine des bundesrepublikanischen Staates im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Prozeß, den Kompromiß des Grundgesetzes in eine für die herrschenden Cliquen adäquatere Herrschaftsform aufzuheben. Die Konkretion des allgemeinpolitischen Bewußtseins zur bewußten Wahrnehmung der Interessen an der Hochschule gaben der Studentenbewegung durch die spezifischen Bedingungen der Universität eine besondere Richtung. Durch die feudale Organisation der Hochschule, die den Organisationsnotwendigkeiten des Spätkapitalismus noch nicht angepaßt ist, wird Herrschaft durch wissenschaftliche Duodezfürsten ausgeübt, die gesellschaftliche Disziplinierungsmechanismen legitimiert durch die angebliche Freiheit ihrer Lehre an die Studenten weitergeben. Dem Autoritätsprinzip, das noch nicht einmal technologisch-funktionalistisch verschleiert wird, setzten die Studenten ihre antiautoritäre plebiszitäre Organisation der teach-ins und go-ins entgegen. Da die organisationsbedürftigen Interessen der Studenten einerseits gegen die feudale Ordinarienstruktur, andererseits gegen die heteronomen Ansprüche von Staat und

Kapital zu wenden sind, mußte die Studentenbewegung, als durch die verschärfte Repression die individuelle Einheit moralischen Protests und demokratischen, an Gewaltfreiheit orientierten Bewußtseins mehr und mehr sich als vorpolitische Illusion der Akteure der Protestbewegung herausstellte, in verschiedene Fraktionen zerfallen.
Die offenbare Aussichtslosigkeit einer aufs Parlament fixiert geführten Antinotstandskampagne hatte auf der einen Seite zur Gründung von Betriebsprojekt- und Basisgruppen, auf der andere Seite zur aktiven Praktizierung des Widerstandes durch Universitätsblockaden und -besetzungen geführt. Die Erfahrungen der Osteraktionen gegen den Springerkonzern als ein zentrales Manipulations- und damit Machtinstrument dieses Staates konnten erst in einem langfristigen Lernprozeß zu der Einsicht führen, daß durch außerparlamentarischen Druck (wie etwa die Notstandskampagne exemplarisch am 2. Mai ihren Ausdruck fand) nichts zu erreichen ist, sondern der spontane Widerstand gegen die Herrschaftszentren, der Ostern praktiziert wurde, in organisierten Widerstand transformiert werden muß. Die anfänglichen Erfolge der Betriebs- und außeruniversitären Basisgruppen wurden in vielen SDS-Gruppen so hypostasiert, daß schließlich eine regelrechte Mythologisierung des „Proletariats" vorgenommen wurde. Die spezifischen Erfahrungen der Basisgruppen waren gerade kontrovers zu den Ideologisierungen der eigenen Praxis: sie wiesen darauf hin, daß Studenten kooperativ den Arbeitern bei der Organisierung eigener Konflikte zunächst innerbetrieblicher Art zur Seite stehen konnten. Zugleich erwies sich, daß die Substitutfunktion für gewerkschaftliche Arbeit, die die Basisgruppen in den Betrieben übernehmen mußten, um überhaupt Kader konstituieren zu können, den Vorstellungen über eine allgemeinpolitische Politisierung, wie sie bei den Studenten selbst stattgefunden hatte, widersprach. Aus der augenblicklichen Unmöglichkeit, die unmittelbaren Konflikte an der Basis mit der allgemein eingesehenen Notwendigkeit der Revolution zu vermitteln, resultierte auf der einen Seite Resignation (1. Studenten hörten mit der Arbeit auf, 2. politisierte Jungarbeiter wurden durch das Auseinanderfallen von antiautoritärer Politisierung und Betriebsalltag entweder studentisiert oder blieben isoliert, da betriebsbornierte Basisgruppen keine ihr politisches Bewußtsein langfristig stabilisierende Organisationsform darstellten), auf der anderen zu abstrakten, neuleninistischen Konzeptionen, die eine *Arbeitsmoral* der Genossen in Absehung der Vermitlung zur antiautoritären Politisierung an der Hochschule konstituieren wollten.
Die allgemeine Frustration nach der voraussehbaren Niederlage der Notstandsopposition wurde verstärkt dadurch, daß auch die Rückwendung der meisten Studenten an die Hochschule in Streiks und Besetzungen zunächst keine längerfristige Perspektive politischer Arbeit angeben konnte. Es war offensichtlich geworden, daß die Organisationsstruktur des SDS als sozialistischer Intellektuellenverband den kurzfristigen Massenmobilisierungen nicht standgehalten hatte. Die Zerstörung der abstrak-

ten Einheit des SDS-Verbandes hatte mit der ersten Phase der Aktion im Jahre 1967 eingesetzt. Um sich eine lokale Basis an den Hochschulen zu verschaffen — ein Projekt, für das eine zentrale „SDS-Generallinie" absolut funktionslos gewesen wäre —, mußten die einzelnen SDS-Gruppen dezentralisiert arbeiten. Je mehr diese lokale Basis sich differenzierte, desto mehr dezentralisierte und partikularisierte sich zugleich die Arbeit in den einzelnen SDS-Gruppen selber. Organisationsstrukturen wie Mitgliederversammlungen und Gruppenvorstand wurden gegenüber Basis- und Projektgruppen immer funktionsloser, da sie kaum Einfluß auf die wirkliche, praktische Arbeit nehmen konnten, sondern die Unverbindlichkeit eines bürgerlichen Mitgliederverbandes nur reproduzierten. Die Zersetzung der traditionellen Organisationsstrukturen im SDS fand seinen unbewußten Ausdruck auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt und Hannover (September und November 1968). Da die Probleme der inner- und außeruniversitären Basisgruppen auf einem nationalen Niveau nicht unmittelbar kommunikabel sein konnten und man sich aber dennoch an der tradierten Verbandsstruktur orientierte, wurden die einzelnen Fragestellungen ideologisiert: abstrakte Vorstellungen über neuleninistische Organisationsformen, formalisierte Rätemodelle und autistische antiautoritäre Emanzipationsversuche wurden standpunktmäßig einander gegenübergestellt. Die Forderung nach einer Organisationsdebatte, deren Notwendigkeit niemand angesichts der drohenden Repression leugnen konnte, mußte solange abstrakt bleiben, bis eine objektive Möglichkeit neuer Kommunikation, die mehr bedeutet als das Verschicken von Solidaritätstelegrammen, erreicht ist.

Die 23. Delegiertenkonferenz fand in einer Phase der Depression nach einem geradezu linearen Anstieg der Erfolge des SDS bis Ende 1968 statt. Sie zeigte an, wie weit das Bewußtsein innerhalb des SDS sich entwickelt hatte, um strategische Vorstellungen entwickeln zu können. Die Genossen, die die Einsicht in die Notwendigkeit einer organisierten Verbreiterung der Basis hatten, projizierten den gegenwärtigen Mangel an strategischen Perspektiven in die Vergangenheit und wendeten das in einen Haß gegen alles „Antiautoritäre". Dabei wurde vergessen, daß das antiautoritäre Bedürfnis ein konstitutives Moment der Bewegung selbst ist. Liquidiert man es, ist der Rückfall ins Sektenwesen vorbereitet. Das antiautoritäre Bedürfnis nach Emanzipation gegenüber unausgewiesenen Autoritäten entfaltete sich organisatorisch in den plebiszitären Massenversammlungen an der Universität. Das antiautoritäre Bewußtsein, sich nicht länger von staatlichen und universitären Herrschaftsträgern vorschreiben zu lassen, wie die Organisation der studentischen Ausbildung auszusehen habe, produzierte erst die Möglichkeiten, sich von repressiver Fremddisziplin zu befreien und nicht an innerinstitutionelle, „realistische" Reformpläne fixiert zu bleiben. Die studentischen plebiszitären Massenversammlungen erzeugten aber durch den Wissens- und Artikulationsvorsprung der besten Agitatoren Führer- und Massenstrukturen, die von

einem bloß antiautoritären Bewußtsein nicht rational aufgearbeitet werden konnten. In der Ablösung von den Notwendigkeiten der Praxis entstand auf der eine Seite ein *blinder Aktionismus, der jede* Legitimation von Aktionen in einem Bezugsrahmen längerfristigen Widerstands für überflüssig hält, da die Addition von Aktionen ihm als dieser Widerstand selbst gilt, auf der anderen ein *formalisierter Antiautoritarismus,* der die erforderliche Selbstdisziplin, um die Repressionen politischer Kämpfe ertragen zu können, nicht aufbringen kann, da er die Emanzipation bloß auf die innere Organisation bezieht, ohne die gesamtgesellschaftlichen, repressiven Bedingungen, die im langfristigen politischen Kampf beseitigt werden müssen, als Konstitutionsbedingungen der Organisation selbst zu reflektieren. Die Reaktion auf den formalisierten Antiautoritarismus bildet eine Fraktion, die zwar aus der Notwendigkeit repressiven politischen Kampfes gegen den Autoritären Staat die Organisationsfrage bestimmt, meist aber von den inhaltlichen Bedingungen absieht, unter denen antiautoritäre Studenten kontinuierliche politische Arbeit, die nicht bloß auf ihre „unmittelbaren" Bedürfnisse bezogen ist, erlernen können.

Der *Aktive Streik,* der im letzten Wintersemester an mehreren Universitäten begonnen wurde, entwickelte sich von einer syndikalistischen Abwehrmaßnahme zu dem Versuch einer Selbstorganisation der Studenten. Für das antiautoritäre Bedürfnis, sich in den Arbeitsgruppen von sinnlosen Lernzwängen und der Akkumulation ebenso sinnlosen Wissens zu befreien, entstand eine Vermittlungschance mit dem politischen Kampf für den autonomen Bereich, der die Möglichkeit von wissenschaftlicher und politischer Arbeit institutionell absichern sollte. Dieser Selbstorganisationsversuch konfrontierte die Studentenbewegung in der Universität mit Ordinarien, Universitätsadministration und staatlicher Gewalt. Anhand des massiven Vorgehens der Reaktion wurden alte Ideologisierungen, die sich in der Praxis der Studentenbewegung gebildet hatten, deutlich und für einen großen Teil durchschaubar:

Der *formalisierte Antiautoritarismus,* für den die Absetzung des etablierten Lehrbetriebes nur den Raum schaffen sollte, neue Diskussionsformen mit sinnvolleren Inhalten zu kreieren, sah von den machtpolitischen Risiken, die notwendig mit der Bekämpfung des bestehenden Lehrbetriebs verbunden sind, vollkommen ab. Er produzierte innerhalb der Arbeitsgruppen auf der einen Seite ein theoriezerstörendes, auf der anderen ein praxiszersetzendes Moment.. Aus dem unmittelbaren egalitären Impetus des antiautoritären Bedürfnisses, Theorie als repressives Instrument der Herrschaftsausübung zu zerstören, entwickelte sich gegen die Wissensvorsprünge der studentischen „Autoritäten" eine Ideologie der „kollektiven Arbeit". Mit der Zerstörung des gesellschaftlich vorgegebenen blinden Leistungsprinzips geht bei ihm die Zerstörung von Leistungsmotivationen überhaupt einher. Die theoretische Artikulation bei der Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge ist für ihn die Reproduktion der gesamt-

gesellschaftlichen Herrschaft, ohne zu begreifen, daß die Realisation der vorgeblich „unmittelbaren" Emanzipationsbedürfnisse von der Möglichkeit abhängt, inwiefern nur unter repressivem Bedürfnisverzicht[1] angeeignete Einsichten im politischen Kampf in Strategien umgesetzt werden, um die die Realisation der Bedürfnisse objektiv verhindernden Bedingungen aufheben zu können. Die Tatsache, daß „unmittelbare" Bedürfnisse in der Organisation der Diskutierenden intersubjektiver Vermittlung bedürfen, um die Bedingungen ihrer Verwirklichung angeben zu können, setzt die Abstraktion von der eigenen Unmittelbarkeit voraus, um Sozialität, die Bedingung von Solidarität ist, in einer Organisation von Individuen mit sehr divergenten Motivationen überhaupt erst zu konstituieren. Das bloße Behaupten der Unmittelbarkeit von individuellen Bedürfnissen gegenüber den mühevollen Abstraktionen theoretischer Einsicht in die Veränderbarkeit der Gesellschaft verlängert die Unverbindlichkeit der Organisation ad infinitum. Der Repression von Staat und Bürokratie kann bewußt in Subkulturen ausgewichen werden, wenn die Veränderung auf die Zerschlagung des bürgerlichen Ichs[2] konzipiert ist, und nicht auf die Institutionen und gesellschaftlichen Lebenszusammenhänge, in denen die Individuen mit ihren vorgeblich „unmittelbaren" Bedürfnissen leben und von denen sie bestimmt werden[3]. Diese Ideologie, die auch in der für die Metropolen idealistischen Nomenklatur der „befreiten Gebiete" wiederscheint, korrespondiert mit dem *bornierten Hochschulreformismus*, der unter Abstraktion von der politischen Zentralisierungstendenz des Autoritären Staates den Emanzipationsprozeß der Wissenschaft auf die Akademie beschränkt, weil ihn das bloße Dasein übriggebliebener liberaler Schlupflöcher in der anachronistischsten Institution dieses Staates zu einer Strategie der Verteidigung ehemals gewährter „Spielräume" veranlaßt.

Die zentrale Ideologie dieser Fraktion besteht in der abstrakten Tren-

[1] Das bedeutet keine Apologie repressiver Lernsituationen. Das zentrale Problem der Arbeitsgruppen ist, in der Erkenntnis der Sache voranzuschreiten, deren Abstraktionsniveau immanent theoretisch und durch die Natur des Erkenntnisgegenstandes gesetzt wird und zugleich kollektive Lernprozesse bei den Erkenntnissubjekten in Gang zu setzen. Für die „Autoritäten" heißt das: die Notwendigkeit, von narzißtisch bornierter Selbstdarstellung in Theorien zur Vermittlung von Reflexionswissen zu gelangen. Bei den Nicht-so-weit-Fortgeschrittenen setzt das die minimale Einsicht in die Notwendigkeit theoretischen Wissens bei der Konstitution der revolutionären Organisation und Disziplin, schließlich revolutionärer Motivation überhaupt voraus.

[2] „Wenn die atomisierten und zerfallenen Menschen fähig werden ohne Eigentum, ohne Ort, ohne Zeit, ohne Volk zu leben, so haben sie sich auch des Ichs entschlagen, in welchem wie alle Klugheit auch die Dummheit der historischen Vernunft und all ihr Einverständnis mit der Herrschaft bestand." (Max Horkheimer: „Vernunft und Selbsterhaltung" in: „Walter Benjamin zum Gedächtnis" Los Angeles 1942, p. 59)

[3] „Feuerbach löst das religiöse Wesen in das *menschliche* Wesen auf. Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse." (6. Feuerbachthese)

nung von Wissenschaft und Politik, die politische Machtauseinandersetzungen an der Universität entweder als „scheinrevolutionär" denunziert oder akademistisch auf „wissenschaftsimmanente" Argumentation zu reduzieren versucht. Immanente wissenschaftliche Diskussion führt sich dann ad absurdum, wenn sie die Parteilichkeit wissenschaftlich fundierter Argumentation im Bezugsrahmen politischen Kampfes leugnet. Offenbar wird dies, wenn die Forderung einer emanzipatorisch-wissenschaftlichen Ausbildung entweder mit dem positivistischen Hinweis auf den institutionellen Rahmen oder aber mit dem Diktum einer pessimistischen Anthropologie der ewigen Wissensvorsprünge der wissenschaftlich Ausgebildeteren zurückgewiesen wird. Der Angriff auf die bestehende schlechte Organisation der Produktivkraft Wissenschaft und deren Formen der Aneignung wird von diesen Akademikern als „Zerstörung der Wissenschaft" bezeichnet; mit dem Vorwurf, die Studenten würden wissenschaftsextern vorgehen, liefern sie sich den bestehenden wissenschaftsexternen Ansprüchen von Staat und Kapital permanent aus. Diese Fraktion wurde in der Praxis exemplarisch in Frankfurt entlarvt, als ihr erster Wortführer Habermas, der am technokratischsten aller Hochschulgesetzentwürfe mitgearbeitet hat, alle Forderungen nach institutioneller Absicherung studentischer Autonomie mit den erwähnten Argumenten und schließlich mit Polizeigewalt zurückwies. Der partielle Verlust von Realitätsbewußtsein in der bornierten Hochschulfraktion wurde manifest, als diese Gruppe den Polizeieinsatz, den die Frankfurter „Kritische Theorie" in offensichtlicher Übereinstimmung mit der Reaktion in Uni- und Staatsbürokratie gegen die im Institut für Sozialforschung diskutierenden Studenten veranlaßt hatte, denen durch die zweite Polizeibesetzung des Instituts in der Myliusstr. wiederum mit Billigung von Habermas, Friedeburg und Adorno als Organisationszentrum genommen war, rechtfertigte und unter dem Namen der „Philosophischen Fachschaft" den Professoren Verhandlungen anbot. Dieses Bewußtsein, das an die angebliche Resistenzkraft von Institutionen gegenüber den Formierungstendenzen des Autoritären Staates glaubt, ohne zu sehen, daß die institutionellen Absicherungen ohne die organisierte Macht der studentischen Basis jederzeit revokabel sind, mußte auf Vollversammlungen und im SDS offen bekämpft werden. Diese Auseinandersetzung mit dem falschen Bewußtsein der genannten Fraktionen produzierte eine neue *Machtkampfideologie:*

Die Blindheit einer bloß akademischen Politik, die Notwendigkeit einer Entlarvung des hochschulbornierten Bewußtseins wurde in schlechter Analogie zu früheren Minderheitenaktionen umgesetzt in eine „Polarisierungsstrategie", die durch die Bekämpfung aller reformistischen und antiautoritären Elemente die inner- und außeruniversitär verbindlich arbeitenden Kader konstituieren sollte. Der „Polarisierungsstrategie" liegt das Mißverständnis zugrunde, die Formierungstendenzen des autoritären Staates als unabwendbare in einem *reinen* Entwicklungsprozeß der Fa-

schisierung zu begreifen. So reduziert sich bei den Ideologen dieser Politik der Begriff der Reaktion auf einen festgefügten einheitlichen Machtapparat, der die Gesamtgesellschaft total unter sich subsumiert, so daß man nur in einem existenzialistischen Akt auf bürgerliche Karriere verzichten kann und sich für die verbindliche Arbeit des Widerstandes entscheiden muß. Die Politisierung und Erziehung antiautoritärer Studenten zu kontinuierlicher, verbindlicher Arbeit reduziert sich auf einen moralisierenden Dezisionismus, doch dem gegebenen Beispiel nachzufolgen. Der analytische Fehler, eine Entwicklungstendenz für die gegenwärtige Realität zu nehmen, verkürzt die Agitation auf die Ebene einer schlechten taktischen Unmittelbarkeit, welche Aktionen jetzt sinnvoll irgendwo gerade gemacht werden müssen. So können die divergenten Bewußtseinsrealitäten von Studenten in verschiedenen Fakultäten und auch Ungleichzeitigkeiten bei den Politisierten nicht mehr verarbeitet werden durch die Umsetzung in spezifische Agitationsstrategien, die das zurückgebliebene Bewußtsein argumentativ verändern. Polarisierungen, die nach Freund-Feind-Schemata vorgenommen werden, indem man Agenten und Ideologen von Herrschaft (Ordinarien) und noch nicht auf dem Niveau praktisch gewordenen Widerstands angelangte Studenten identifiziert, verfestigen falsches Bewußtsein, da durch begriffsloses Praktizieren des Widerstands Herrschaftskonflikte bei Noch-nicht- oder Halbpolitisierten allein nicht aufgebrochen werden können.

Die *Selbstorganisation* der Studenten, die während des Aktiven Streiks vorgenommen wurde, entwickelt in sich die Ambivalenz der Studentenbewegung. Auf der einen Seite das Bedürfnis nach einer rationaleren Organisation des Lern- und Ausbildungsprozesses, die antiautoritär und kritisch zugleich sein soll, auf der anderen die Notwendigkeit des Widerstandes gegen den Autoritären Staat (auf die Universität bezogen gegen die „technokratische Hochschulreform"). Da aber die bisherigen, blaß ideologischen Auseinandersetzungen an der Universität (Liberalismuskritik, Aufklärungsarbeit über Imperialismus, Mobilisierung für Mitbestimmungsmodelle durch Zerstörung tradierter Ordinarienautorität) durch den systematischen Einsatz staatlicher und unveritätsadministrativer Repression in Machtauseinandersetzungen mit dem Autoritären Staat umgeschlagen sind, bietet sich in der Organisation an der Basis objektiv die Chance der Vermittlung von bewußter, freier Assoziation und an den machtpolitischen Notwendigkeiten orientierter Selbstdisziplin. Erst in der machtpolitischen Auseinandersetzung mit dem Autoritären Staat werden die Probleme der Organisation an der universitären Basis in größerem Maßstab verallgemeinerbar und kommunikabel. Sie machen eine theoretische Analyse der Strategie der Kontermächte notwendig, um die bestehenden Ungleichzeitigkeiten in den verschiedenen Institutionen des Autoritären Staates zur Bildung von Widerstandszellen zu nutzen. Zugleich ist, wo in der Universität die außeruniversitäre Arbeit zur notwendigen Bedingung für die Selbstorganisation wird — einerseits durch Minimalisie-

rung von Berufschancen für sozialistische Studenten, andererseits durch die Unmöglichkeit, ein kritisches Studium ohne die Einbeziehung nichtakademischer Probleme wie z. B. den Verwertungszusammenhang der Wissenschaft zu organisieren —, eine theoretische Erarbeitung gesamtgesellschaftlicher Widersprüche und deren modifizierter Erscheinungsweise im Dasein der Individuen unter der Herrschaft des Autoritären Staates praxisrelevant geworden, da die bisherigen, aus der Selbstbewegung der Mobilisierung über Springer und Notstand gemachten Erfahrungen außeruniversitärer Basisgruppen im Bezugsrahmen von Widerstandsorganisationen gegen den Autoritären Staat aus ihrer unmittelbar individualistischen oder auf der Gegenseite syndikalistischen Verengung auf ein strategisches, theoretisch untermauertes Niveau gehoben werden können. Die Auflösung der kommunikationszersetzenden Ideologisierung der eigenen Praxis, die sich im SDS und in der gesamten Studentenbewegung in der Auseinandersetzung mit dem eigenen gesamten moralischen Demokratismus gebildet hat, sprengt die subkulturellen Zusammenhänge des formalisierten Antiautoritarismus wie die Sektiererei des abstrakten Revolutionarismus, der den Machtkampf führen will, ohne die Bedingungen einer fortschreitenden Mobilisierung der Basis angeben zu wollen, sondern fatalistisch auf objektive Mobilisierungsgrenzen pocht —, um eine zentrale Kommunikation zu eröffnen, die Vorbedingung einer Neukonstituierung der Einheit von Theorie und Praxis ist, die bis jetzt jeder SDS-Ideologe für sich beansprucht hat, ohne zuzugeben, daß es eines bestimmten verallgemeinerbaren Niveaus der Praxis bedarf und auf der anderen Seite eines Fortschritts in der Theorie des Historischen Materialismus, der bis heute noch nicht geleistet ist, um Theorie und Praxis überhaupt erst vermitteln zu können. Das Durchschauen des eigenen falschen Bewußtseins ist conditio sine qua non, um von narzißtisch borniertem Selbstdarstellung zur Entwicklung von Strategien zum Sturz der bestehenden Herrschaft voranzutreiben. „Die Avantgarde bedarf der Klugheit im politischen Kampf, nicht der akademischen Belehrung über ihren sogenannten Standort."[4]

[4] Max Horkheimer „Traditionelle und kritische Theorie", in: Kritische Theorie, Bd. 2, Ffm. 1968, S. 171.

Peter Gäng

Organisation und Klassenfrage

Wenn die gegenwärtigen Versuche zur Reorganisation des SDS an den Hochschulen (besonders der größeren Gruppen) zu mehr führen sollen als zu einer zeitweiligen Selbsttäuschung über den organisatorischen Zerfall, dann ist es notwendig, organisatorische Intentionen und organisatorische Wirklichkeiten streng zu trennen, um aus der Analyse der organisatorischen Wirklichkeit mindestens Anhaltspunkte für die Vermeidung schwerwiegender Fehler zu gewinnen. Man muß nur einmal verfolgen, wie neu gebildete Gruppen (Arbeits-, Projekt- oder wie immer-Gruppen) auseinanderfallen, begleitet von Rationalisierungen, daß man sich nur an einem konkreten praktischen Projekt organisieren könne (wenn es sich um eine theoretisch arbeitende Gruppe handelt) oder daß das praktische Herumgewurschtel dringend der theoretischen Reflexion bedürfe, die erst den Grad an Allgemeinheit und Verbindlichkeit schaffe, der Organisation möglich mache (soweit es sich um praktische Projektgruppen handelt). In disziplinierten Gruppen rebellieren die Genossen gegen den repressiven Gruppenzwang (wenn's günstig kommt, personalisierbar auf eine Autorität). In „antiautoritären" Gruppen grassiert die Idee von den kollektiven Lernprozessen, welche ein verbindliches Arbeiten nach sich ziehen sollen. Da mag man schon etwas skeptisch sein, ob neue Gruppen, neue Zusammenschlüsse von Gruppen, neue kommunikative, informative, exekutive etc. Zentralen irgend etwas ändern werden.

Das ändert leider nichts daran, daß die antiautoritäre Bewegung in eine Phase gekommen ist, in der die Organisationsfrage für sie zur Lebensfrage wird. Es steht alternativ, ob es uns gelingt, uns organisatorisch auf die Weiterführung und Erweiterung des Kampfes gegen das kapitalistische Herrschaftssystem einzurichten, oder ob die antiautoritäre Bewegung sich in eine linke Subkultur auflöst, die ganz sicher zu punktuellen Kampfakten gegen den kapitalistischen Herrschaftsapparat fähig ist, aber ganz sicher nicht zu einer kontinuierlichen Erweiterung und Intensivierung des Klassenkampfes. Oder anders: ob es uns gelingt, in kontinuierlicher, disziplinierter und hartnäckiger Arbeit außerhalb der Hochschulen, in den Betrieben, eine Basis zu schaffen, oder ob wir weiterhin in den Hochschulen rotieren bis es uns vollends schwindelig wird. Die Revolution hängt glücklicherweise nicht allein davon ab, ob wir diese Aufgabe lösen: der Anfang ist mit den Basis- und Betriebsgruppen inzwischen ge-

macht. In der Frage der Transformation der antiautoritären Bewegung in eine sozialistische Organisation liegt jedoch gleichzeitig die Frage nach dem Ausgangspunkt der außeruniversitären Arbeit. Gelingt die Transformation nicht, dann hatte die Rebellion der letzten Jahre nur Initialfunktion. Dafür aber hat sie zuviel Arbeit gekostet.

Die Strategie für die Phase der partiellen Transformation der antiautoritären Studentenrebellion in eine nichtreformistische Betriebsarbeit ist nicht so unklar, daß sich nicht ihre organisatorischen Voraussetzungen bestimmen ließen. Die bisherige Arbeit der Basisgruppen liefert die Erfahrungen von den ersten Kontaktaufnahmen bis hin zur innerbetrieblichen Verallgemeinerung von Betriebskonflikten (durch Betriebszeitungen etc.) und zur Zusammenarbeit mit Betriebsgruppen; Fehler genug sind gemacht worden, um daraus zu lernen. Die politische Mobilisierung der Studenten ist an vielen Universitäten soweit vorangeschritten, daß der subjektive Anspruch auf eine außeruniversitäre Praxis während und nach dem Studium entstanden ist. Organisatorisch zu leisten wäre von daher sowohl die Zentralisierung der Basisgruppenarbeit wie auch eine Umstrukturierung der Arbeit an den Hochschulen, die es ermöglichen würde, daß von der Hochschule aus eine Zusammenarbeit mit den Basisgruppen als auch ein Übergang in Basisgruppen stattfinden kann. Erst so kann die Hochschule (als Ausbildungsinstitut, als wissenschaftliches Reservoir und als Nachschubbasis) wirklich zu einem starken Hebel der Revolution werden.

(Organisatorische Implikationen der „revolutionären Berufsperspektive" werden hier bewußt ausgeklammert. Solange die Universität noch Hauptkonfliktpunkt ist, solange außer denjenigen Genossen, die zu einer Zeit studiert haben, in der man noch studieren konnte, sowieso kaum ein Genosse eine Prüfung ablegen wird (und die Veränderung der Prüfungsbedingungen ist noch nicht sehr weit vorangeschritten), solange potentielle revolutionäre Berufspraktiker entweder wegen ihrer Teilnahme an politischen Aktionen oder wegen einer nicht sehr schlauen Politik der Selbstanzeigen (schlecht organisiert, so daß sich nur mehrere hundert Genossen anzeigten, deren Namen sowieso schon zum größten Teil in schwarzen Listen stehen dürften) relegiert werden, solange bleibt es eine linke Phrase, vom Erlernen des Berufs im Klassenkampf, von revolutionären Berufsperspektiven und ähnlichem zu reden.)

Die unmittelbare Aufgabe ist von daher, die Hochschulrebellion jetzt auf die Spitze zu treiben (das bundesweite Ordnungsrecht liefert dazu Ansatzpunkte genug), um daraus die Kraft für die Verlagerung des Hauptkonfliktes von der Hochschule auf die Betriebe zu gewinnen und gleichzeitig die dafür notwendigen strukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Nach unseren bisherigen Erfahrungen werden wir allerdings Schwierigkeiten haben, das eine wie das andere zu organisieren.

Um diese Schwierigkeiten anzugehen, sollte man zumindest wissen, woher sie kommen. Es besteht im SDS gegenwärtig große Neigung, auf derartige

Probleme psychoanalytische Theorien anzuwenden. Das hat mehrere Gründe: zum einen ist es leichter, sich psychoanalytische Theoriefragmente anwendungsgerecht anzueignen, als dies bei der marxistischen Theorie der Fall ist, zum anderen ist die organisatorische Herrschaftsausübung durch Theoriebesitz bei der psychoanalytischen Theorie einfacher und direkter als bei der marxistischen Theorie (jeder kennt das Schema: Rationalisierung, Verdrängung, Projektion etc. sind die Vorwürfe, die jede Objektivierung politischer Differenzen hinfällig machen und die Aufhebung der Trennung von Politik und Privatleben endgültig in der Form der Privatisierung der Politik lösen), zum dritten ist die Psychoanalyse durch ihre Allerweltserklärerei viel besser gegen empirische Eindrücke gefeit als dies bei einer politisch-ökonomischen Theorie der Fall ist. Schlauerweise wird deshalb auch der Bezug zwischen Gültigkeit der psychoanalytischen Theorie und bürgerlich bis kleinbürgerlicher Klassenherkunft übersehen.

Wenn wenigstens die bestehenden Probleme der linken Bewegung so beschrieben würden, daß daraus Möglichkeiten zu ihrer Lösung ableitbar wären, dann wäre gegen diese Art von Theoriebildung nicht einmal so sehr viel einzuwenden (außer, daß sie analytisch falsch ist). Aber nicht einmal das ist der Fall.

So liefert zum Beispiel ein Heidelberger Genosse im Info 9 unter dem Titel „Die antiautoritäre Phase unserer Bewegung liquidieren" eine mit psychoanalytischen Kategorien arbeitende Analyse der antiautoritären Bewegung, aus der buchstäblich nichts mehr als Konsequenz abzuleiten ist. Die ersten Träger der antiautoritären Bewegung seien ohne Väter groß geworden; ihrer primären Mutteridentifikation (= Verweiblichung) sei entweder durch Rückkehr des Vaters oder durch „Vermännlichung" der Mutter eine Vateridentifikation gefolgt, so daß die Mutteridentifikation „tief verdrängt" worden sei. „Die Verzögerung, mit der der Sozialisierungsprozeß, die Internationalisierung männlicher Normen einsetzte, mußte zu einer tief verankerten Abwehrhaltung autoritären Eingriffen gegenüber führen, da diese die schon angelegte Identifikation schmerzlich durchbrachen". Auf diese Weise entsteht die „ambivalente" Persönlichkeit, die zur Erklärung der organisatorischen Schwierigkeiten des SDS herhalten muß.

„In der Organisation des SDS und des antiautoritären Lagers kommt die Ambivalenz der grundlegenden Persönlichkeitsstruktur voll zum Ausdruck: Einerseits verharrt die Mehrzahl der ‚Mitglieder' in passiven Rollen — ist aber andererseits durchweg in der Lage, ad hoc Initiativen zu ergreifen, also -historisch-‚männliche' Rollen zu übernehmen, hält auch die ‚Selbsttätigkeit' als Wert sehr hoch — ohne allerdings ohne äußeren Zwang, ohne sichtbare, als Eingriff empfundene Repression Selbsttätigkeit zu entwickeln."

Fraktionsbildungen erhalten eine psychoanalytische Erklärung:

„Antiautoritäre: ‚Ambivalente' Persönlichkeit. Neben einem rational

‚Selbstständigkeit' entfaltenden ich-starken Kern zeigen sich zwei Gruppen:
a. Solche, die zwar antiautoritär-sozialistische Theorien und in der Praxis Selbsttätigkeit entfalten, die aber in Drucksituationen zur Unterwerfung bereit sind, um gefürchteten negativen Sanktionen zu entgehen — auch wenn die Unterwerfung rational nicht einsichtig ist (Ich-Schwäche).
Prognose: Wenn diese Gruppe beginnt, ihr Verhalten zu rationalisieren, entsteht eine revisionistische Fraktion. (Diese Persönlichkeitsstruktur oder eine ihr ähnliche dürfte allgemein die Grundlage des Revisionismus sein).
b. Solche, die eine starr antiautoritäre Theorie und Praxis entwickeln. Starkes Über-Ich (oft religiös), das aber verzweifelt bekämpft wird, Ich-Schwäche; Angst der einen Seite ihres Seelenlebens, nämlich dem Hang zur Unterwerfung nachzugeben, daher Kampf gegen jede Autorität, auch gegen rationale — besonders in ihrer eigenen unmittelbaren Umgebung. Demonstrative Hervorkehrung heterosexuellen Verhaltens. (Diese Persönlichkeitsstruktur oder eine ihr ähnliche dürfte allgemein die Grundlage des Anarchismus und Demokratismus sein)."
Eigentlich müßte hieraus nur noch gefolgert werden: Entwicklung einer quasitherapeutischen Gruppenstrategie, die entweder die Ich-schwachen und Überich-starken zu Ich-starken macht, oder die Nicht-Ich-starken durch einen Ausleseprozeß aus der Gruppe und weiter aus der linken Bewegung entfernt. Statt dessen wird „Vermassung der Theorie" (welcher Theorie?) gefordert — oder ist diese Vermassung als derartige Therapie gedacht?
Die hier zitierte Analyse ist keineswegs falscher als andere Theorien, die zur Zeit im SDS kursieren (jeder kennt die Gleichungen diszipliniert = analer Zwangscharakter; antiautoritär = ich-schwach etc.). Sie unterscheidet sich von jenen allenfalls dadurch, daß sie zitierbar schriftlich niedergelegt wurde und daß sie von der Intention einer festen disziplinierten Organisation ausgeht. Ihr Fehler ist prinzipiell: der psychoanalytische Ansatz ist brauchbar, um subjektive Auswirkungen der Klassenzugehörigkeit zu interpretieren, nicht aber, um die klassentheoretische Analyse zu ersetzen. Gar zur Erklärung von Fraktionsbildungen herangezogen, kann im besten Falle noch Diffamierung herauskommen. Solange es noch objektive Gründe gibt, einmal für Angriff und einmal für Rückzug zu sein, solange wir in unserer Einschätzung des Klassenfeindes noch so oft irren wie gegenwärtig, solange wird sich über die richtige Linie auch noch diskutieren lassen, ohne daß einer der zu Kompromissen neigt gleich ein ichschwacher Unterwerfler und einer der sofort zum Kampf gegen die nächstbeste Autorität drängt ein religiöser Über-Ichler sein muß. Sonst müßten zuletzt noch gar diejenigen, die mal für Rückzug und mal für Angriff sind, ganz Ich-lose schwankende Typen sein, die sich opportunistisch in ihrem Planen nach den wirklichen Kräfteverhältnissen richten?
Umgekehrt muß es doch Ziel der politischen Analyse sein, die Tendenzen

einer Rebellion und die Intentionen der Rebellierenden aus ihrer Klassensituation zu erklären und Fraktionsbildungen aus den jeweiligen allgemeinen und organisatorischen Bedingungen herzuleiten.
Ganz sicher findet in der häufigen Unfähigkeit, selbst einfache technisch-organisatorische Aufgaben zu lösen, eine Ambivalenz der rebellierenden Studenten ihren Ausdruck, ganz sicher ist diese Ambivalenz auch ein individualpsychologisches Problem und ganz sicher ist das schrittweise Lernen organisatorisch-technischer Fähigkeiten auch mit psychischen Veränderungen verbunden. In erster Linie aber ist diese Ambivalenz Resultat der Klassensituation des Kleinbürgers. Für die Arbeiterklasse — besonders für das Industrieproletariat — stellt sich das kapitalistische Unterdrückungsverhältnis eindeutig und materiell dar: besondere Theorien sind nicht nötig, um festzustellen, daß man jeden Morgen in aller Frühe aufstehen muß, um in einem Betrieb zu arbeiten, in dem man nichts zu sagen hat; um zu sehen, daß man mit dem eingetauschten Arbeitslohn gerade so recht und schlecht über die Runden kommt (und sei's mit abgestottertem Fernseher, Kühlschrank etc.), während die herrschenden Klassen in einer Welt des Überflusses leben. Ein Arbeiter braucht keine Herrschaft zu verinnerlichen, um den Verkauf seiner Arbeitskraft und damit die Unterwerfung unter die Diktatur der Bourgeoisie einer Existenz — oder besser Nichtexistenz — ohne Geld vorzuziehen — dies ganz unabhängig davon, was die Arbeiter sonst alles verinnerlicht oder nicht verinnerlicht haben mögen. Psychoanalytische Erklärungen dafür, daß nach acht Stunden anstrengender, gleichförmiger Arbeit die sexuellen Bedürfnisse vermindert auftreten, können nur Interpretation sein: sie müßten auf dem Kausalsystem Arbeitsbedingungen — Psyche aufbauen, wenn sie nicht Ursachen vertuschen wollen. Auf Grund der jederzeit sinnlich wahrnehmbaren Klassensitutation braucht es auch keine besondere Einsicht in Ausbeutungs- und Unterdrückungszusammenhänge, um gegen das kapitalistische System Abneigung zu entwickeln. Was fehlt, ist vielmehr die Einsicht in die objektive Möglichkeit der Veränderung. Diese Einsicht ist durch die Niederlagen der Arbeiterklasse nach dem I. Weltkrieg, durch den Untergang der Organisationen des Proletariats im Faschismus gründlich zerstört worden und wird durch die täglichen kleinen Frustrationen, die den Arbeiter nur auf seine Machtlosigkeit verweisen können, ständig zerstört (was dadurch noch erleichtert wird, daß in der Alternative Revolution oder Klappe-halten die Revolution durch die Wirklichkeit der sozialistischen Länder fragewürdiger und das Klappehalten durch die hohe Entfaltung der Produktivkräfte erträglicher geworden sind).
Anders ist die Situation des Kleinbürgers. Aus seiner Stellung zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse entwickelt er die Vorstellung, es liege in seiner Hand, den Abstieg in die Arbeiterklasse oder den Aufstieg in die Kapitalistenklasse zu vollziehen. Voraussetzung für seinen Aufstieg (und sei es nur für den Aufstieg innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie

der Kleinbürger) ist, daß er sich einem rigiden Leistungsprinzip unterwirft, das zuallererst die subjektiven Qualitäten für diesen Aufstieg hervorbringen soll. Der psychoanalytische Mechanismus (von Väter auf Söhne umgesetzt) ist der der Verinnerlichung der Vaterfigur (Installierung des Überich). Die Ambivalenz der so erzeugten Charakterstrukturen liegt im Widerspruch zwischen Realität und Persönlichkeitsbildung: die Klassenwirklichkeit des kapitalistischen Systems ist ein Quell permanenter Frustration, der die errichteten Leistungsnormen immer mehr ad absurdum führt. Unter diesen Frustrationen, die gerade von Studenten häufig schon während des Studiums antizipiert werden, bricht das fragwürdig gewordene Leistungsprinzip mindestens partiell zusammen. Der Anspruch auf individuelle Entfaltung wird unmittelbar und wird zur Ursache einer Rebellion gegen das eigene Über-Ich. Mit Entfaltung der Produktivkräfte im westdeutschen Nachkriegskapitalismus (Rekonstruktionsperiode) und der damit verbundenen quantitativen Verringerung des unmittelbaren materiellen Elends ist obendrein der Sinn der ganzen individuellen Vermeidung der Proletarisierung fragwürdiger geworden, so daß in steigendem Maße schon kleinbürgerliche Schüler gegen die Etablierung von Leistungsnormen rebellieren.

Der Unterschied zur Klassensituation des Proletariats liegt auf der Hand: Während das Proletariat seinen Gegner notwendig in der Klasse des Kapitals erblicken muß — personalisiert in einzelnen Kapitalisten oder deren Repräsentanten innerhalb der Betriebshierarchie — erscheint dem rebellierenden Kleinbürger sein eigenes Über-Ich als Hauptfeind Nummer 1, personalisiert in Autoritäten jeder Art bis hin zur abstrakt-marcusianischen Staatsmaschinerie der zur Herrschaft geronnenen vergegenständlichten Arbeit. Diese besondere Klassensituation — objektiviert in der Unfähigkeit, unabhängig von der subjektiven Situation den Klassenfeind zu entdecken — hat mannigfache politische und organisatorische Folgen.

Zu den politischen Folgen zählt vor allem der Linksopportunismus in unserer Bewegung. Wo als Erfolgskriterium nicht mehr gelten kann, welcher Schaden dem Klassenfeind und welcher Nutzen unserer Bewegung durch bestimmte Aktionen geschieht, sondern wo Erfolge daran gemessen werden, welche Schläge dem eigenen Über-Ich durch Aktionen beigebracht werden, da läßt sich schwer über die Vermittlung radikaler Aktionen mit dem kontinuierlichen Klassenkampf diskutieren. Diese Tatsache wurde in der Vergangenheit nur dadurch mindestens teilweise verschleiert, daß in den meisten Fällen eine Kongruenz zwischen Erfolgen gegen das eigene Über-Ich und gegen den Klassenfeind bestand. Die Steine am Tegeler Weg in Berlin waren z. B. nicht nur eine subjektive Befreiung für viele Genossen, sondern auch objektiv ein Fortschritt in unserem Kampf gegen den Staat der Kapitalisten. Anders verhält es sich bei manchen universitären Aktionen (etwa wo in Berlin nach einem erfolgreichen Sturm aufs Kuratorium noch ein -vorhersehbar- erfolgloser Sturmversuch auf ein

gut bewachtes Institut vorgenommen wurde). Besonders gefährlich wird diese Struktur aber in dem Moment, wo sie verhindert, daß überhaupt noch über den vernünftigsten Einsatz unserer verschiedenen Aktionsformen (die wir wohlgemerkt gerade dieser Struktur verdanken) diskutiert wird. Nachdem uns die Phase der Rebellion gegen das eigene Über-Ich als Moment der spezifischen Klassensituation der Studenten ein einigermaßen brauchbares Instrumentarium an Aktionsformen geliefert hat (von der friedlichen Massendemonstration bis zur clandestinen Zündelaktion) wäre es schon sinnvoll, wenn es uns gelänge, als Subjekt über diese Aktionsformen zu verfügen.

Ein weiteres Moment des Linksopportunismus liegt in dem, was zur Zeit euphemistisch als „kollektiver Lernprozeß" bei Aktionen bezeichnet wird. Schon in vorbereitenden Diskussionen wird jeder, der nicht für die radikalste Aktionsform plädiert (oft mit Argumenten, die so falsch sie auch sein mögen, von den Genossen vor garnicht allzulanger Zeit selbst gebraucht wurden), als Projektion des eigenen inneren Klassenfeindes erkannt und bekämpft. Der kollektive Lernprozeß stellt sich von daher leicht als ein Ausleseprozeß dar, bei dem am Schluß die „reinen Revolutionäre" übrigbleiben.

Auf diese Weise drohen die Erfolge, die aus den besonderen Klassenmerkmalen der antiautoritären Bewegung resultieren, an deren eigenen rigiden (und im übrigen auch äußerst repressiven) Strukturen zu zerbrechen. Trotzdem erscheint diese Schwierigkeit des Linksopportunismus im Prinzip noch durch intensive Agitation und Aufklärung innerhalb der antiautoritären Bewegung überwindbar. Die richtigen Argumente gegen alle Sorten des Zurückweichlertums (das sich meistens darauf stützt, daß irgendjemand unsere Aktionen ganz bestimmt nicht verstünde, sei's nun die Arbeiterklasse oder gleich das ganze Volk, und dabei völlig übersieht, daß wir deshalb nicht auf unsere Aktionen verzichten dürfen, sondern gerade die Aktionen zu erklären haben) könnten durchaus die Funktion haben, emotionale Besetzungen etwas zu reduzieren und dadurch wirklich Lernprozesse einzuleiten. Ein offeneres Verhältnis zwischen strategischer Planung in kleinen Gruppen und allgemeiner Strategiediskussion würde erheblich dazu beitragen, Aktionen eben nicht nur in ihrem Bezug zur eigenen Psyche sehen zu müssen (weil kein anderer Bezug sichtbar gemacht wird) sondern zu lernen, Aktionen mit objektiveren Kriterien zu messen.

Die entscheidende Folge der Klassensituation der rebellierenden Kleinbürger liegt in der Organisationsfeindlichkeit. In ihr spiegelt sich die Klassenlage des rebellierenden Kleinbürgers doppelt: seine richtige Rebellion gegen Leistungszwang und Autorität wird zur formal gleichen aber inhaltlich falschen Rebellion auch gegen Arbeit und Disziplin einer revolutionären Organisation; sein Verständnis von Organisation als Mittel der individuellen Emanzipation konstituiert bestenfalls noch einen Stirnerschen „Verein der Freien", aber keine Organisation, die selber zum

Subjekt ihres politischen Verhaltens wird. Während innerhalb der Arbeiterklasse auf grund deren eindeutiger Klassenlage Organisation immer erst das historische Subjekt konstitutieren kann, setzt sich der Kleinbürger selber als Subjekt, so wie er sich als Subjekt seines Auf- oder Abstiegs innerhalb der kapitalistischen Hierarchie gesehen hat, und begreift die Organisation nur als Mittel, ihm dieses Subjektsein zu erleichtern. Gerade durch diese Instrumentalisierung der Organisation aber verhindert er die Form der Emanzipation, die unter kapitalistischen Bedingungen erreichbar wäre: die Solidarität. Gleichzeitig stellt sich die Notwendigkeit von Organisation nicht innerhalb des objektivierbaren Rahmens der Effektivität im Klassenkampf, sondern nur im subjektiven Rahmen der jeweiligen psychischen Befindlichkeit. Funktionieren radikale Aktionen gerade einmal, ist die Diskussion über die Reorganisaton nahezu aus der Welt verschwunden (unabhängig davon, ob die Aktionen uns im Klassenkampf auch nur einen Schritt weiterbringen).

Daß diese Organisationsfeindlichkeit, solange sie nicht in ihrer klassentheoretischen Beziehung erkannt ist, sich in den verschiedensten Argumenten äußerst, scheint einsichtig. Totale Ablehnung von Bürokratie (obwohl ein Minimum an Bürokratie notwendig ist, um eine funktionierende Organisation aufrechtzuerhalten); Frustration sowohl über endlose Diskussionen, die sich nur schwerfällig auf ihr Ziel zubewegen, als auch über gut vorbereitete Diskussionen, die gar zu leicht den Eindruck des Abgekarteten machen; Klagen über den Mangel an Verbindlichkeit und Ablehnung jeder allemal mit einem gewissen Zwang auftretenden Verbindlichkeit etc. etc. sind nur die bekanntesten.

Freilich würde es wenig helfen, über diese Schwierigkeiten nur zu lamentieren oder gar organisatorische Gewaltlösungen anzustreben. Bisher ist die Dialektik von individueller und gesamtgesellschaftlicher Emanzipation, die sich äußert im Widerspruch zwischen individueller Emanzipation und schlagkräftiger, zu kontinuierlichem Klassenkampf fähiger Organisation, immer zu Ungunsten der individuellen Emanzipation gelöst worden — die Ergebnisse haben sich in Reichs Analysen der kommunistischen Massenorganisationen der Weimarer Republik niedergeschlagen und lassen sich heute noch in den sozialistischen Ländern wiederfinden. Von daher stellt uns die besondere Klassensituation der antiautoritären Bewegung vor die zwar schwierige und vielleicht als fast unlösbar erscheinende, aber doch historisch notwendige Aufgabe und Chance, diese Dialektik eben nicht falsch aufzuheben. Daß wir bisher noch keine nennenswerten Erfolge in der Vermittlung individueller Schwierigkeiten und Nöte mit unserer politischen Aktivität und Organisation hatten, darf uns dabei nicht entmutigen.

Aktiver Streik als Selbstorganisation der Studenten

Dieser Artikel ist das *kollektive* Produkt einer Arbeitsgruppe über „kollektive Lernprozesse", die sich gegen Ende des WS in Frankfurt aus dem Plenum des Arbeitskreises „Organisation und Emanzipation" konstituierte.

Während des Aktiven Streiks waren die Probleme der studentischen Selbstorganisation, sowohl in der offiziellen Interpretation als auch innerhalb der Ag's selbst, zum Teil nur ungenügend reflektiert worden; einmal auf Grund eines permanenten Aktionsdrucks durch den hochschulpolitischen Kampf, zum anderen als Folge nicht ausgetragener, konkurrierender wissenschaftlicher und politischer Ansprüche an die Ag's sowie einer unterschiedlich entwickelten kollektiven Praxis und Solidarität.
Autoritäre Entscheidungsstrukturen und damit verbundene Monopolisierung der Interpretation politischer Situationen und Agitation durch wenige, hatten sich zum Teil erhalten, weil unter anderem durch die Bildung eines Ag-Rates die Notwendigkeit, diese Strukturen plebiszitär zu verändern und durch ein praktisch-selbstbewußteres Verständnis politischer Aktivität bei den Studenten zu ersetzen, nicht gesehen wurde. Anstatt diese Versäumnisse zu reflektieren, wurde offiziell vom „Scheitern der Arbeitsgruppen" geredet, von „Entpolitisierung" und „Regreß in bürgerliches Privatstudium". Damit setzte sich unterschwellig eine defaitistische Auffassung der ursprünglich sehr radikal konzipierten Funktion der Arbeitsgruppen durch und zugleich eine negative politische Bewertung der mehr oder weniger daran engagierten Studenten.
Wenn Viele vom Streik z. T. frustriert waren und sich nur wenig emanzipieren konnten, so lag dies nicht zuletzt daran, daß die Erfahrungen, die sie in der kollektiven Praxis gemacht hatten, von ihnen nicht als ansatzweise Realisierung neuer Formen sozialistischer Arbeit und Solidarität begriffen wurden, sondern nur unter dem Aspekt der Möglichkeit effektiverer wissenschaftlicher und politischer Leistungen beurteilt wurden. Letzteres ist aber in einer revolutionären Weise erst dann möglich, wenn die internationalisierten Zwänge kapitalistischer Verkehrsformen weitgehend bewußtgemacht und aufgehoben sind. So ist es berechtigter, statt von einem „Anti-autoritären Selbstmißverständnis" eher von einem Autoritativen, nämlich an bürgerliche Leistungs- und Erfolgskriterien

gebundenen Selbstmißverständnis zu reden; und es gilt nun nachträglich, die verleugneten oder rational unterdrückten *positiven* Erfahrungen der Arbeitsgruppen zur Sprache zu bringen.

Aus diesem Bedürfnis heraus konstituierte sich unsere Ag mit dem Ziel, Bedingungen kollektiver Lernprozesse zu erarbeiten.

Bei der Abfassung dieses Artikels hatten wir uns zunächst vorgenommen, mit einer geschichtlichen Darstellung des Streiks zu beginnen, wie er in der Agitation interpretiert und motiviert worden war; dem sollte die Praxis der studentischen Selbstorganisation gegenübergestellt werden, um daraus eine genaue Analyse der unterschiedlichen und z. T. widersprüchlichen Interessen und Tendenzen, unter dem Gesichtspunkt ihrer emanzipatorischen Qualität, abzuleiten. Dieses Vorhaben konnten wir jedoch in dieser von uns intendierten umfassenden Form nicht realisieren. In unserer eigenen Arbeit stießen wir auf die Schwierigkeit, wie sie für die studentischen Arbeitsgruppen überhaupt symptomatisch ist, den theoretischen Anspruch auf Exaktheit und Stringenz mit dem einer wirklich kollektiven Arbeit zu vermitteln. Das vorliegende Resultat stellt in jeder Hinsicht einen Kompromiß dar und wir erheben in keiner Weise den Anspruch, eine gründliche und umfassende Darstellung des Aktiven Streiks in Frankfurt geliefert zu haben. Jedoch ist alles aufgenommen worden, was in unseren eigenen Diskussionen als relevant aufgetaucht und den einzelnen wichtig erschienen ist. Entsprechend dem unterschiedlichen Interesse an einzelnen Gesichtspunkten haben wir diesen Artikel arbeitsteilig verfaßt, wobei jeder Beitrag allgemein diskutiert, kritisiert und meist auf Kosten einer durchgehenden Systematik verarbeitet worden ist.

Wir haben zunächst programmatisch die Ansprüche formuliert, die die politische Situation hinsichtlich einer Reorganisation der „Bewegung" stellt. Demgegenüber versuchen wir im zweiten Teil die Kriterien für eine Organisation der theoretischen Arbeit anzugeben. Das hat den Mangel, daß die Probleme der Selbstorganisation der Studenten im politischen Kampf nur ganz am Rande formuliert wurden und daß wir weiter nicht angegeben haben, wie die Organisation der theoretischen Arbeit mit der des politischen Kampfes zu vermitteln ist. Diese Mängel ergeben sich aus dem Zeitdruck, unter dem wir arbeiten mußten.

Anfang Dezember beschloß die Vollversammlung der Abteilung für Erziehungswissenschaften den Streik als Kampfmaßnahme gegen einen Erlaß des Kultusministers Schütte, der die Lehrerausbildung „vereinheitlichen", d. h. in diesem Fall bei verminderten Produktionskosten qualitativ verschlechtern und quantitativ den out-put zumindest konstant halten wollte.

Im folgenden werden nun *einige Momente des hochschul- und gesamtgesellschaftspolitischen Selbstverständnisses* skizziert, die sich aufgrund geschichtlicher Erfahrungen für den aktivsten Teil der studentischen Protestbewegung herauskristallisiert hatten und *als zentrale Agitationsmuster in die öffentlichen Diskussionen* des beginnenden Streiks eingingen.

Sie bestimmten inhaltlich früher oder später bei fast allen Fakultäten und Fachschaften — wenn auch relativ früh und am klarsten bei den Soziologen — was die „Solidaritätsstreiks" meinten, die sich innerhalb weniger Wochen dem AfE-Streik anschlossen.

I. *Technokratische Hochschulreform*

Der Konflikt an der AfE wirkte auf die anderen Fakultäten insofern als bewußtseinsmäßiger Katalysator in der hochschulpolitischen Auseinandersetzung, als er den Studenten *an ihrem eigenen Arbeitsplatz* konkret die schon bestehenden und noch drohenden Abhängigkeiten ihres Studiums von den staatlichen Interessen aufzeigte und die Frage nach den möglichen Widerstandsformen aufwarf.

Zum ersten bedeutete die exemplarische Verwirklichung der technokratischen Hochschulreform an der AfE auch für Studenten der anderen Fakultäten die drohende Gefahr, bald einem total *fremdbestimmten Studium unterworfen zu werden.*

Zum zweiten waren für uns wirkliche Reformen, d. h. emanzipatorische Bedürfnisse fördernde Regelungen, von SPD-Gesetzentwürfen nicht zu erwarten; auch dann nicht, wenn sie durch Verhandlungen von liberalen Professoren mit „fortschrittlichen" Politikern partielle Kompromisse beinhalteten. Die Grundvoraussetzungen dieser Gesetze werden bei solchen Kompromissen nicht angetastet, da bei Kultusministerium und Ordinarien eine wesentliche Interessengleichheit all *den* Studenten gegenüber besteht, die prinzipiell ihre Selbstbestimmung fordern und auf einer Neubestimmung von Wissenschaft im gesellschaftlichen und politischen Kontext insistieren. Beide nämlich, Ministerialbürokratie und ihre politisch-finanziellen Auftraggeber einerseits und Professoren andererseits, vertreten den Status-quo einer Universität, die nach herrschenden Leistungskriterien ausbildet und prüft und dementsprechend auf eine hierarchisch und akademisch isolierte Ordnung und Befriedigung angewiesen ist — oder sie lassen diesen Status-quo im wesentlichen unangetastet. „Verbesserungen" im Sinne der Professoren können dann nur dazu dienen, ihre eigenen Privilegien (Monopol auf Bestimmung dessen, was „Wissenschaft" heißt; etc.) vor dem wachsenden Zugriff des Staates zu sichern, wobei sie zu deren Rettung freilich gerne den plebiszitären Druck der Studenten instrumentalisieren und mißbrauchen. Zugeständnisse wie politisches Mitspracherecht können dann in diesen Kompromissen nur formal bleiben. Von wirklich relevanten Entscheidungen sind die Studenten ausgeschlossen, d. h. sie werden auf bloß verbale Proklamationen ihrer Interessen verwiesen, die damit politisch folgenlos bleiben.

Unser solidarischer Widerstand muß sich also einmal gegen die technokratische Formierung und zum anderen gegen die kompromißlerischen Reformversuche richten. Das bedeutete: Angriffe der Kultusbürokratie nicht nur einfach defensiv abzuwehren, sondern die Verhältnisse an der

Basis, d. h. auf der Ebene des Bewußtseins von unserer Lage, so umzugestalten, daß bei späteren Versuchen der gewaltsamen Durchsetzung von Verordnungen sich aus dem veränderten Selbstbewußtsein der Studenten ein revolutionäres aktives Widerstandspotential entwickeln würde. Der Tendenz zur Technokratisierung, d. h. zur Reglementierung des Studiums und der Individuen mußte praktisch wie theoretisch eine politisch emanzipatorisch konzipierte Form von Wissenschaft und ihrer Organisation entgegengestellt werden. „Aktiver Streik" hieß daher: politische Bestimmung der Wissenschaft und Selbstbestimmung der Studenten an ihrem Arbeitsplatz.

II. *Autoritärer Staat*

Gleichzeitig war der Streik an der AfE auch eine Möglichkeit politischer Aktivität, an dem sich die schon seit Sommer 68 noch relativ vage und abstrakt formulierten *Einsichten und Postulate allgemeiner Politik* konkretisieren konnten.

Spätestens die Erfahrungen beim Kampf gegen die Notstandsgesetze hatten gezeigt, daß wir unfähig waren, unsere Einsicht in die Notwendigkeit, gegen den autoritären spätkapitalistischen Staat wirksamen Widerstand zu leisten, agitatorisch größeren Massen zu vermitteln; daß theoretisch wie praktisch erst neue Möglichkeiten politisch folgenreicher Aufklärung entwickelt und erprobt werden müssen und daß die Weise, wie wir uns bisher politisch organisiert hatten, diesem Mangel nicht abhelfen konnte.

Die Proklamation des Kampfes in Massenveranstaltungen durch theoretisch qualifizierte „linke Führer" konnte nur zur kurzfristigen Mobilisierung in Straßenaktionen führen. Die dadurch bedingte instabile Organisation konnte den aktiven Widerstand langfristig nicht tragen. An die Stelle vorwiegend taktischer und theoretisch radikaler Aktionsdiskussionen mußte eine langfristig geführte und an den konkreten Erfahrungen zu überprüfende Strategiediskussion treten. Die politische Aktivität einiger weniger „Kader" mußte über eine neue Form der Selbstorganisation zu qualitativ besseren Möglichkeiten der Politisierung führen.

Sollte also jeder Einzelne in neuer Weise poliitsch aktiv werden, so mußten die zu entwickelnden Organisationsformen an den realen Bedingungen des politisch bewußten und aktiven Kerns der Protest-Bewegung orientiert sein. Die Arbeitsbedingungen der Genossen zu verbessern, hieß aber die Aufhebung der erzwungenen Trennung von wissenschaftlicher Arbeit, politischer Aktivität und Privatleben prinzipiell zu fordern, denn eine solche Trennung lieferte die Bewegung fast zwangsläufig der Schizophrenie von rein dezesionistischem Aktionismus zum einen und selbstgenügsamem Akademismus zum anderen aus. Auch aus diesen Gründen war eine politisch reflektierte Praxis in der Universität selbst notwendig.

III. *Repressiver Wissenschaftsbetrieb*

Im Vergleich zu den beiden bisher dargestellten politischen Begründungszusammenhängen relativ wenig ausformuliert und eigentlich auch nicht als in sich geschlossener Argumentationszusammenhang expliziert, hat doch ein drittes Moment den Streik zentral bestimmt: das „Programm einer kollektiven Selbstorganisation".

Diese Chance, sein Studium unter den Bedingungen einer politischen Aktion von Fremdbestimmtheit zu befreien, d. h. freigesetzt von repressiven universitären und individuellen Erfolgskontrollen ohne den Druck und das Risiko kurzfristiger Aktionen, dies bedeutete für viele Studenten die Möglichkeit einer prinzipiell neuen Selbsterfahrung. Die Kontinuität der politischen Tätigkeit, die Verfügung über deren materielle Voraussetzungen und egalitäre Bestimmung der Inhalte schufen ein Klima aktiver Solidarität, das den Einzelnen instand setzte, sich bewußt in eine kollektive intellektuelle Arbeit zu entäußern.

Zugleich wurde aber durch die Erfahrung des Festgelegtseins auf bestimmte Verhaltensweisen in Diskussionen, in denen sich teilweise für den Einzelnen repressive Situationen wiederherstellten, das Ausmaß der bisher im Lehrbetrieb erfahrenen Unterdrückung sichtbar. Hatte doch der pathologisch autoritäre Charakter der Lehrveranstaltungen, der sich selbst in den Veranstaltungen der Genossen durchsetzte, bisher einen wirklichen Lernprozeß stark erschwert, wenn nicht gar ganz verhindert. Die kahlen weißen Wände und das Anschlagbrett mit seinen abgestempelten Bürobekanntmachungen waren nur ein Ausdruck dafür; ein anderer das Bewußtsein vieler Studenten, im Grunde als politisch nur halbbeteiligte und theoretisch nur unzulängliche Individuen von politisch voll-aktiven und theoretisch objektiv überlegenen „linken Führern" bei allen Diskussionen abhängig zu sein. In dieser hilflosen Abhängigkeit gegenüber den Autoritäten war es den Einzelnen auch nicht möglich, die vermittelten Einsichten anzuzweifeln oder deren aktuelle politische Relevanz zu prüfen. Inhalte und Ergebnisse im Lehrbetrieb, strategische Perspektiven und politische Entscheidungen in den Diskussionen der Genossen konnten nur relativ und quasi mit hängender Zunge angeeignet werden.

„Aktiver Streik" in diesem Sinne ging von dem Anspruch aus, egalitäre Lernprozesse für alle Beteiligten zu ermöglichen und in Gang zu setzen. Die Voraussetzungen dazu waren: Abschaffung des etablierten Lehrbetriebs und Veränderung der geschichtlich überholten politischen Organisation, Negation aller vorgegebenen Leistungskriterien und Formen der Wissensaneignung. Dadurch soll es dem Einzelnen möglich werden, indem er einen eigenen Zugang zur Praxis bekommt, sich selbst und damit das kollektive Ganze politisch zu emanzipieren.

Selbstorganisation als zentrales Kampfmittel

Jeder dieser drei in der Agitation entwickelten Argumentationszusam-

menhänge begründet in sich die Notwendigkeit einer neuen Organisationsform. Eine solche mußte sich aber, wollte sie nicht ins Blaue hinein experimentieren, an den Erfahrungen orientieren, die die Basisgruppen gemacht hatten. Zu Beginn des Wintersemesters hatten sie sich aus dem Bedürfnis heraus, politisch folgenreiche Wissenschaft zu betreiben, neben dem regulären Lehrbetrieb konstituiert. Aber weder vermochten sie, zu einer wirklich kollektiven Zusammenarbeit zu kommen, noch konnten sie ihre politische Wissenschaftskritik wirksam realisieren. Die Vorbereitung auf die Aktionen in universitären Veranstaltungen konnten sie nur privat in ihrer Freizeit leisten und praktizierten damit objektiv nur eine effektivere Vorbereitung auf die Lehrveranstaltungen.
Daraus ergaben sich vier praktische Konsequenzen, die eine neue Konzeption politischer Selbstorganisation der Studenten berücksichtigen mußte:

1. Die Inhalte der Arbeit können nur von den Beteiligten selbst bestimmt werden und es darf diese Arbeit selbst nicht in Konkurrenz zu dem Anerkennung und Sicherheit versprechenden Lehrbetrieb stehen.
2. Eine neue Selbstorganisation muß egalitär arbeiten. Neue Kriterien zur Beurteilung der Relevanz der eigenen Arbeit müssen entwickelt werden.
3. Das Verhältnis zur Theorie muß politisch reflektiert werden, um zugleich ein neues Verhältnis zur Praxis zu gewinnen.
4. Die Fachborniertheit muß durchbrochen werden, um die Emanzipation aller Studenten im politischen Kampf zu erreichen.

Das Programm des Ag-Konzeptes

Daraus folgte für die Praxis der AGs im Streik, daß alle regulären Lehrveranstaltungen gesprengt werden mußten, jede Gruppe ihre Inhalte selbst bestimmen und über die in ihr sich durchsetzenden Kommunikations- und Autoritätsstrukturen im Sinne einer Abschafffung von Zwängen reflektieren sollte, und je nach ihrer Problemstellung in den entsprechenden Fakultäten mobilisierende Aufklärungsarbeit zu leisten hatte. Keine AG sollte sich auf wissenschaftliche Diskussion beschränken, ohne gleichzeitig auch bewußt über ihre eigenen Lernprozesse und die Standards ihrer Arbeit zu reflektieren.
In einer Analyse der Studentenbewegung sollte eine neue revolutionäre Theorie und eine global heute mögliche Strategie erarbeitet werden. Ferner sollten in der Bearbeitung von Organisationsproblemen, Sozialisationsprozessen und Autoritäts- und Kommunikationsstrukturen wie auch möglicher revolutionärer Berufsarbeit theoretisch wie praktisch eine neue revolutionäre Organisationsform entwickelt werden. Organisatorische Notwendigkeiten des politischen Kampfes und emanzipatorische Bedürfnisse der Einzelnen sollten dabei langfristig vermittelt werden, und zwar in der Weise, daß die bisherige Trennung von Privatleben, Studium und politischer Arbeit in der Organisation kollektiven Lernens aufgehoben

würde. Schließlich waren für die aktuelle politische Auseinandersetzung eigene Arbeitsgruppen beabsichtigt, die relevantes Material und neue Formen von Aufklärung und politischer Aktion erarbeiten sollten.
Als übergreifende Organisationsformen, in denen die Ansprüche an die Arbeitsgruppen wieder aufgenommen wurden, waren die Plenen, der Arbeitsgruppenrat als „Streikkomitee" und die Vollversammlung konzipiert.
Die Plenen sollten eine Vordiskussion der jeweiligen Themenbereiche und die Kriterien für die Konstituierung der einzelnen Arbeitsgruppen leisten. Außerdem war es ihre Aufgabe, die Arbeit der einzelnen Gruppen zu diskutieren und zu koordinieren. In den Arbeitsgruppenrat sollten alle Gruppen Delegierte entsenden, um zu garantieren, daß politische Entscheidungen von allen Beteiligten getroffen würden, und nicht mehr wie bisher von einer informellen Führungsgruppe und den ad hoc jeweils versammelten Diskussionsteilnehmern.
Die sachliche Notwendigkeit einer gleichberechtigten Verfügung über die Produktionsmittel und einer Selbstorganisation unseres Studiums war über ihre instrumentelle Funktion eines Kampfmittels hinaus das eigentliche Motiv für die Besetzung des Seminars; exemplarisch sollte hier die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln für die Gesamtgesellschaft wenigstens als Anspruch bewußt und sinnfällig vorweggenommen werden.
Der Besetzung folgte ein Katalog von Minimalforderungen an die Professoren, um die Neuorganisation der wissenschaftlichen Arbeit auch institutionell abzusichern. („Negativkatalog"):
1. Aussetzung von Lehrbetrieb und Vordiplom und an deren Stelle Unterstützung unseres Experimentes der Arbeitsgruppen.
2. Vergabe von Scheinen für die Teilnahme an Arbeitsgruppen, um zum einen die darauf Angewiesenen materiell abzusichern und zum anderen die Anerkennung der Arbeitsgruppenarbeit als ordentliches Studium zu dokumentieren.
3. Institutionalisierung eines autonomen studentischen Bereichs für den Fall der Verabschiedung einer Satzung, die als oberstes Entscheidungsgremium nicht die Vollversammlung aller Seminarangehörigen vorsieht, um zumindest hier das Experiment der Selbstorganisation weiterführen zu können, ohne wieder in die Unverbindlichkeit der Privattätigkeit abgedrängt zu werden. Institutionalisierung eines halbparitätischen Entscheidungsgremiums für denselben Fall, um sicherzustellen, daß neben dem autonomen Bereich nicht Gelder, Personal und Gratifikationen unvermittelt für „Privatforschung" und alten Lehrbetrieb vergeben werden anstatt im Interesse des Gesamtseminars.
Die zentralen Intentionen des Aktiven Streiks sollen als praktische und theoretische Probleme neu gefaßt werden:
1. Welche Kriterien lassen sich für eine neue und politische Wissenschaft finden, die vom Anspruch kollektiver Emanzipation ausgeht und sich von einer revolutionären Praxis her bestimmt?

2. Wie sind kollektive und egalitäre Lernprozesse überhaupt möglich, wie sind sie zu begreifen? (Frage nach neuen Arbeitsweisen und deren Qualitätskriterien, Frage nach der Überwindung von Positionshierarchien auf Grund der gegebenen Informationsvorsprünge einiger.)
3. Wie ist eine plebiszitäre politische Willensbildung und Praxis möglich, also eine Politisierung von der Basis her und nicht von den ‚Führern'?

Dialektik praktischer Emanzipation

Eine emanzipatorische Bewegung ist immer eine Bewegung, welche die objektive, repressive Situation in der Weise zu ändern versucht, daß die Beteiligten sich selbst dabei emanzipieren.
Wenn Erfahrungen politisch interpretiert und zumindest partiell einige externe Bedingungen der Fremdbestimmung aufgehoben sind — so sind damit noch nicht deren interne Äquivalente im Individuum selbst zunichte gemacht. Interpretationen ändern und konkretisieren zwar die politische Perspektive und sind für das aktuelle Selbstverständnis und den ‚Begriff' einer Praxis unentbehrlich, aber die inernalisierten Zwänge gesellschaftlicher Repression in der typischen Persönlichkeitsstruktur des Studenten sind damit noch kaum angetastet. Emanzipation muß auch diese Zwänge nicht nur auf der Ebene organisierten Wissens und sozialen Verhaltens, sondern auch auf der motivationalen Ebene angreifen; andernfalls bleibt Widerstand letztlich ‚unpolitisch', da er im Kampf gegen äußere Herrschaft deren inneren Bedingungen verhaftet bleibt.
Auf Grund dessen war es ein Kurzschluß gewesen zu hoffen, daß der Streik und seine Selbstorganisation innerhalb kurzer Zeit die Voraussetzungen für Emanzipation weitgehend schaffen könnte, um dann zum eigentlichen Widerstand übergehen zu können. Erst durch die Frustrationen und Krisen in den Arbeitsgruppen selbst erfuhren wir in zunehmendem Maße, was eine jahrzehntelange Sozialisation im Kapitalismus an uns bewirkt hatte. Die Agitation zu Beginn und während des Streiks, wie wir sie anfangs in den drei zentralen Momenten dargestellt hatten, war notwendig nur ein erster Schritt bei der Entwicklung eines politischen Selbstverständnisses; sie konnte nicht mehr als eine Rahmeninterpretation leisten, die als relativ abstrakte gesamtpolitische Perspektive im Prozeß praktischer Selbstbestimmung Veränderung und Konkretion erfuhr.
Dieses dialektische Verhältnis scheint uns für die nähere Bestimmung einer kollektiven Emanzipation der Studenten so wichtig, daß wir es zunächst exemplarisch an der Diskussionssituation aufzeigen wollen. In der Art und Weise der diskursiven Auseinandersetzung entscheidet sich, ob die einzelnen tatsächlich egalitär an einer Entscheidung beteiligt sind, ob sie ihr eigenes Interesse einbringen konnten. Vor aller gemeinsamen Praxis entscheidet sich durch die Diskussion, in der Weise, wie ein Konsensus über irgendeine Frage zustande kommt, ob der einzelne sich in einer Gruppe politisch emanzipieren kann.

Diskussion: Mikroanalyse eines kollektiven Lernprozesses
(1) Wir setzen die Erfahrung voraus, daß jeder Einzelne, der einen Beitrag in einer Diskussion macht, eine individuelle Intention hat, meist sogar einen ganz bestimmten, ihm bewußten Grund.
(2) Diese Intention oder dieser Grund kann den anderen unmittelbar einsichtig sein, wenn das Argument sich bruchlos in den aktuellen Reflexionszusammenhang einzufügen scheint, d. h. den anderen logisch und die Diskussion stringent vorantreibend erscheint. In diesem Fall besteht eine relative intentionale Gleichgerichtetheit im Argumentationsverhalten der Einzelnen. Das dominierende Verhältnis zur Sache differiert nicht wesentlich vom individuellen; die persönliche Intention scheint identisch mit dem objektiv sachlichen Grund eines Arguments.
Dafür aber kann es nun zweierlei verschiedene Voraussetzungen geben:
a) die Teilnehmer einer Diskussion sind *intentional gleichgeschaltet.* In diesem Fall existiert ein bereits vorausgesetzter, gemeinsamer Bezugsrahmen in Form wissenschaftlicher oder politischer Normen, Qualifikationsstandards, Verfahrensweisen und Zielsetzungen. Alles darüberhinausgehende Engagement wird als bloß privates Interesse interpretiert und vom Kollektiv abgeschnitten. Verlangt wird eine vollkommene Selbstobjektivation des Einzelnen innerhalb der Wissenschaftsarbeit eines Seminars oder gleichermaßen in der politischen Praxis der ‚Bewegung'.
b) Die intentionale Gleichheit ist als Produkt eines wirklichen kollektiven Lernprozesses hergestellt worden. Der allgemeine Bezugsrahmen ist in diesem Fall dem individuellen nicht vorgeschaltet oder oktroyiert, sondern wird erst kollektiv erarbeitet. Sein Anspruch auf Objektivität wird von den Einzelnen deshalb anerkannt, weil er aus gemeinsamer Reflexion hervorgegangen, und somit das Produkt und die Synthese individueller Interessen und Maßstäbe ist. Die ‚kollektive Objektivität' nähert sich gleichsam der konkreten, gesellschaftlichen Situation des Einzelnen, weil sie dessen politische Interessen in sich aufgenommen hat.
Zumindest für die Analyse muß deshalb grundsätzlich zwischen dem objektiv artikulierten, d. h. sozial durchgesetzten Erkenntnisinteresse, und dem individuellen unterschieden werden. Anders ausgedrückt: zwischen der offiziellen Rationalität einer wissenschaftlichen oder politischen Diskussion und der persönlich motivierten Rationalität des Einzelnen. Andernfalls wird nicht mehr sichtbar, ob dem Interesse der herrschenden Allgemeinheit nicht das subjektive Interesse subsumiert worden ist. Daraus folgt nicht, daß auf Grund liberaler Rücksichtnahme Einzelinteressen zu allgemeinen gemacht werden: Die individuellen Interessen und Intentionen treten so erst in Diskussion miteinander und die Politisierungsbarrieren der Einzelnen werden so erst konkret sichtbar. Ihre Widerstände können gerade als internalisierte Gewalt bewußt gemacht werden und ihre Aggressionen können sich gegen die Urheber der Unterdrückung wenden. Das soll in der Auseinandersetzung mit dem *‚abweichenden' Argument* noch deutlicher gemacht werden.

Das „abweichende" Argument

Häufig werden Argumente von einzelnen eingebracht, die nicht weiter verfolgt werden; sie scheinen ‚nicht zur Sache zu gehören', unwichtig zu sein oder völlig unverständlich. In diesem Fall entsteht zwischen der diskursiv hergestellten Rationalität einer Gruppe und der individuellen eine Diskrepanz. Meist wird der abweichende Beitrag mit Nicht-Beachtung oder oberflächlicher Kritik bestraft. Gründe dafür sind u. a. Konformitätszwang bei sozialem Druck und Ich-Schwäche der Einzelnen, Angst, den sicheren Boden theoretisch bereits abgesicherter Ansichten zu verlassen (sozialpsychologisch begründbare Interpretationszwänge), Bewußtseinsborniertheit als Folge privatistisch erworbenen und akkumulierten Wissens, Überidentifikation mit den eigenen Argumenten als Folge des Leistungsdrucks im intellektuellen Konkurrenzkampf.

Ganz gleich warum, das Ignorieren eines Diskussionsbeitrags hemmt den sachlichen wie den emanzipatorischen Fortschritt aller.

1. Es fördert nicht eine der Sache dienliche Stringenz, denn was die Sache ist, steht nicht von vornherein fest, andernfalls bleibt der „Begriff" einer Sache reduziert auf das schon Bekannte, anders ausgedrückt auf das, was in der schlechten gesellschaftlichen Praxis nicht tabuiert, nicht exkommuniziert worden ist. Zumindest beinhaltet ein unlogischer oder unklarer Beitrag durch die Anstrengung der Gruppe, ihn zu verstehen, die Chance, zu qualitativ neuen Gesichtspunkten zu gelangen. Zugleich bleibt der Einzelne in seiner Unklarheit oder abweichenden Ansicht der Sache nicht isoliert, sondern kann sie objektivieren oder seine Reflexionsschwäche innerhalb der Diskussion überwinden. Sein persönlicher Erkenntnisfortschritt fällt mit dem der Gruppe zusammen und bekommt damit für ihn selbst eine positivere und allgemeinere Geltung.

2. Der abweichende Beitrag ist, indem er nur unklar die Intention einer Person auszudrücken vermag, zugleich Symptom einer Sprachlosigkeit, die unmittelbar mit reprimierten Bedürfnissen zusammenhängt.

Bekommt diese Schwäche die Chance, in einer sozialen Situation kommunikativ sich zu äußern, laut zu werden, so ist es dem Einzelnen möglich, sich mit ihr zu identifizieren, da seine Äußerung von anderen als relevante Information aufgenommen worden ist, und kann zugleich den ihr zugrunde liegenden emanzipatorischen Bedürfnissen praktisch Rechnung tragen.

3. Diese Erfahrung innerhalb einer Gruppe hat in jedem Fall politische Relevanz. Soziale Schwäche, die, als der Hauptgrund für subjektives Leiden, eine Reduktion und Beschädigung der individuellen Potenz indiziert, braucht von dem Einzelnen nicht mehr verdrängt oder negiert zu werden, sondern kann von ihm als ungerechtfertigte und prinzipiell aufhebbare Unterdrückung begriffen und interpretiert werden. Aus dem subjektiven Unvermögen und der Repression als ihrem innerpsychischen Korrelat können Aggressivität und Widerstand mobilisiert werden, welche die zunächst unerläßliche motivationale Basis praktisch-politischen

Verhaltens darstellen. Als bewußter Widerstand und gerichtete und kontrollierte Aggressivität und Militanz werden sie sich genau gegen jene Instanzen und Institutionen gesellschaftlicher Herrschaft wenden, durch die sie verursacht worden sind.

4. Wird das abweichende Argumentationsverhalten ernst genommen, so provoziert es zwangsläufig zu einer weitergehenden Beteiligung aller und zwar in der Weise, daß es notwendig wird, weil eine logisch systematische Eliminierung der Unstimmigkeit nicht möglich ist, das eigene Verhältnis zum Diskussionsgegenstand zu bestimmen und in der Auseinandersetzung *intentional*, d. h. politisch zu begründen.

Das bewirkt jedoch eine größere Verbindlichkeit der Kommunikation als solcher. Nur wenn der intentionale Aspekt in der Diskussion dem sachlichen übergeordnet wird, sensibilisiert sich die Wahrnehmung sozialer Kommunikationsformen innerhalb der Gruppe im Sinne einer neuen Strategie politischen Verhaltens. Intentional argumentieren heißt in diesem Zusammenhang, bewußt und gezielt auf Veränderung und Aufhebung von automatisch sich durchsetzenden Zwängen habitualisierter Verkehrsformen hinzuarbeiten. Früher ging es vorwiegend um relevante Beiträge zur Sache, jetzt geht es um das Verständnis transparent gemachter Hintergrundstrukturen im Denken, die hinter den einzelnen Argumenten liegend Herrschaft verkörpern. Damit konkretisiert sich für die Einzelnen von ihren Gruppenerfahrungen her antiautoritäre Praxis. Einmal als neues individuelles Verhalten, zum anderen wird die Gruppe militant gegen die strukturellen Bedingungen selbst vorgehen, die kollektive Lernprozesse im eigentlichen Sinn unterdrücken oder gar verhindern.

Verhaltensweisen, die bisher als psychische und sozialpsychologische „Mechanismen" schier unüberwindliche Schwierigkeiten für die Agitation darstellten, werden, indem man sie als Interessenkonflikt innerhalb des Individuums bewußt macht und politisch austrägt, zur entscheidenden Vermittlung theoretisch revolutionärer Einsichten mit der Bedürfnisstruktur des Einzelnen. Indem diese Mechanismen durchsichtig werden auf ihr Moment von Selbstrepression als Folge sozialer Zwänge, verlieren sie ihren mechanischen und heteronomen Charakter und setzen sich in bewußte politische Intentionen um: nur so ist das, was „Mobilisierung" und „Politisierung" genannt wurde, zu begreifen. Lernprozesse dieser Art, wie wir sie in unserer Selbstorganisation durchmachen, können so als eine sinnvolle theoretische wie praktische Voraussetzung für die Entwicklung von Agitationsmodellen und Aufklärungsstrategien dienen.

5. So findet das Einzelinteresse seine Objektivierung im Lernprozeß der Gruppe, d. h. indem sich alle in der Gruppe im Interesse dieses Einzelnen wiedererkennen. Insofern sich aber im Widerstand der Gruppe nicht nur internalisierte Herrschaftsverhältnisse zeigen, sondern auch die Realität einer konkreten politischen Situation, werden externe Bedingungen wirksam, die über die Gruppe hinausweisen und die Emanzipation der Einzelnen wie der Gruppe bedingen.

Denn wir haben gerade nicht beschrieben, wie ohne politischen Kampf eine Emanzipation der Einzelnen möglich sei, sondern vielmehr die Bedingungen, unter denen der Einzelne erst militant und diszipliniert politisch kämpfen kann.

1. *Politische Wissenschaft*

Dieser Versuch, die unmittelbar emanzipatorische und politische Dimension der Diskussion als solcher aufzuzeigen, terminiert nicht darin, mikrologisch die Vorgänge sozialer Selbstbefreiung aufzuzeigen, sondern stellt zugleich modellhaft dar, wie eine Neubestimmung der Inhalte und der Praxis, an der jeder Einzelne nicht nur formal, sondern real partizipiert, möglich ist.

Wissenschaft, die durch ihre gesellschaftliche Funktion immer schon einem bestimmten politischen System dient, ist von uns nirgends umstandslos zu akzeptieren. Langfristig ist es notwendig, ihre gesellschaftliche Funktion, nämlich theoretisch akkumulierte Erfahrung der Beherrschung materieller wie menschlicher Natur auf eine systemstabilisierende Weise zu organisieren und zu verwalten, daraufhin zu kritisieren und im Sinne gesellschaftlicher Emanzipation zu verändern.

Das bedeutet für uns konkret, bei der Übernahme eines Bereichs wissenschaftlicher Produktion bereits bestehende Theorien und Methodologien ideologiekritisch zu reflektieren und neue Ansätze für die praktische Ingangsetzung revolutionärer Prozesse zu erarbeiten. Die theoretische Thematisierung der Arbeitsgruppen muß also von den Problemen und Erfordernissen möglicher gesellschaftlicher Veränderung her erfolgen. Dabei dürfen diese Problemstellungen nicht in schlechter wissenschaftlicher Manier fetischisiert werden, sondern müssen auf die vergangene wie zukünftige Praxis bezogen sein. Das impliziert die Neubestimmung der Kriterien wissenschaftlicher Arbeit.

Die bloß inhaltliche Neubestimmung genügt jedoch nicht, um Wissenschaft selbst in einer neuen Weise zu praktizieren. Zu lange und zu gründlich ist unser wissenschaftliches Instrumentarium durch die Bedingungen der Wissensaneignung und Reproduktion im Sinne einer fast ausschließlichen Fremdbestimmtheit geprägt worden. Der Einzelne selegierte und organisierte seine Erkenntnisse nach Maßstäben, die er im Laufe seiner Schul- und Hochschulerfahrungen verinnerlicht hat und unterwirft sich zudem den wissenschaftlichen Standards, die vom jeweiligen Professor gefordert werden. Dem dogmatischen Anspruch objektiver wissenschaftlicher Rezeption und Reproduktion von in Büchern akkumuliertem Wissen unterworfen, kann eine wirkliche Aneignung, die immer ein kommunikativer Prozeß wäre, gar nicht stattfinden. Vielmehr bleibt noch in der intellektuellen Bearbeitung das Wissen heteronom und dem Einzelnen fremd und entzieht sich einer subjektiv-intentionalen Verwertung; es gewinnt seine Relevanz ja gerade nicht aus den praktischen Bedürfnissen und intersubjektiven Problemen des Einzelnen, son-

dern vielmehr aus seiner Funktion innerhalb der akademischen Konkurrenz, soziales Prestige durch wissenschaftliche Qualifikation zu erlangen. Da der Student meist auf den sozialen Aufstieg innerhalb oder außerhalb der Universitätshierarchie angewiesen ist, muß er sich dem hier geltenden Marktwert von Wissen, d. h. Leistungsstandards unterwerfen und darüberhinaus, will er erfolgreich sein, sich mit ihnen identifizieren.
Diese kapitalistische Struktur theoretischer Produktion hat eine tiefgreifende Selbstentfremdung und Instrumentalisierung des Reflexionsverhaltens zur Folge: nicht so sehr in dem, was er denkt — bezüglich der Inhalte wissenschaftlicher Arbeit ist der Student relativ fungibel —, als vielmehr in der Weise, wie er nur denken kann, manifestiert sich beides; die Heteronomie des akkumulierten Wissens und seine selbstentfremdete Intelligenz reproduzieren sich im Produkt seiner theoretischen Arbeit.
Daraus ergeben sich die Notwendigkeiten einer inhaltlichen wie methodischen Neuorganisierung wissenschaftlich theoretischer Arbeit. In den Arbeitsgruppen muß deshalb soziales Machtstreben, geknüpft an theoretischen Konkurrenzkampf, abgebaut werden, indem nicht mehr der Wissensstand einzelner zählt, sondern der Erkenntnisfortschritt des Kollektivs. Nicht mehr die sachliche Autorität, die jemand für sich beanspruchen kann, ist wichtig, sondern vielmehr das Vermögen, sie dem Kollektiv zur Verfügung zu stellen und zu vermitteln. Durch neue Formen theoretischer Auseinandersetzung innerhalb eines kollektiv verstandenen Lernprozesses entwickeln sich Maßstäbe von Leistung und Erfolg, die weder durch sachliche noch personelle Autorität objektive Geltung haben, sondern durch den Erkenntnisfortschritt und die Emanzipation Aller im politischen Kampf legitimiert ist.
Der Student als theoretischer Arbeiter hat bisher auch dort, wo er sich „kritisch" oder „marxistisch" verstand, wie eh und je aus seiner entwickelten Intelligenz und in diesem Fall aus seinem „richtigen" Bewußtsein wiederum ein Privileg gemacht und damit seinen Status im bestehenden Herrschaftssystem behauptet; nun ist es an der Zeit, sein kritisches Bewußtsein in eine kritische Praxis zu transformieren, so daß die wissenschaftliche Produktion durch den kollektiven und bewußt politischen Prozeß ihrer Entstehung gegen jede Verwertung durch das System sich sperrt bezw. soziale Herrschaft bekämpft.
Das heißt schließlich: der Student muß lernen, statt *über Sozialismus* zu arbeiten, *sozialistisch* zu arbeiten.

2. *Kollektive Praxis*

Wenn unsere bisherige Sozialisation uns so tiefgreifend in der Handhabung unseres Intellekts präformiert hat, so müssen wir gleichsam in einer „dritten Sozialisation" dieses auf Konkurrenzkampf, Fungibilität und private Aneignung und Akkumulation ausgerichtete Denken umorganisieren. Dies kann nur durch Entwicklung einer kollektiven Praxis ge-

schehen, welche die Formen von Wissensaneignung und -vermittlung grundlegend zu ändern beginnt.
Vietnamdemonstrationen und Springeraktionen bedeuteten entscheidende kollektive Erfahrung und in jedem Fall ein Lernen. Aber die Art und Weise, wie diese kollektiven Erfahrungen interpretiert wurden, beließ den Lernprozeß im Grunde bei den einzelnen. Der reflexive Austausch der Genossen untereinander blieb spontan und setzte sich nachher nicht als kollektive Arbeit fort.
Es sollen daher einige strukturelle Bedingungen kollektiver Lernprozesse skizziert werden:
— Kollektives Erarbeiten der Gesichtspunkte, unter denen für uns alle ein Problem relevant wird; Gegenstand, Problemstellungen und Kriterien für einen Fortschritt müssen explizit aus dem gemeinsamen Kommunikationsprozeß hervorgehen.
— Alle Informationen müssen jedem Gruppenmitglied zur freien Verfügung gestellt werden, damit die Resultate die Leistung aller sind. Die Informationen sollen so eingebracht werden, daß deren Interpretationen kollektiv kontrolliert werden können, d. h. es müssen Relevanzkriterien erarbeitet sein, die verbindliche Maßstäbe der kollektiven Intention darstellen.
— Manchmal ist die Aufarbeitung der Widerstände, die sich zunächst gegen bestimmte Personen oder Beiträge richtet, der zentrale und einzig mögliche Weg zum Fortschritt in der „Sache".
— Diese kollektive Arbeit schließt arbeitsteilige Vorbereitung nicht aus; sie kann sinnvoll sein, indem sie den einzelnen ermöglicht, ihre Interessen selbst zu finden und zu artikulieren, und sich der Spezifität ihrer Erfahrung bewußt zu werden.
Wenn wir Lernen emanzipatorisch verstehen, dann heißt das, daß wir bestimmte Erfahrungen antizipieren und überprüfen, ohne uns ihnen distanzlos zu unterwerfen. Gerade dann, wenn die Arbeit der Gruppe auf ein konkretes Projekt außerhalb ihrer selbst gerichtet ist oder unter erschwerten externen Bedingungen stattfindet, muß ein gewisses Maß an Distanz durch zeitliche und thematische Kontinuität der Gruppenarbeit gewährleistet sein. Dies ist wichtig, um die organisatorische Stabilität nicht durch Atomisierung der kollektiven Aktivität in Einzelaktivitäten zu gefährden; andernfalls sind wir den Bedingungen des politischen Kampfes ausgeliefert.

3. *Politische Willensbildung*

Kollektive Lernprozesse, so wie wir sie begreifen, haben auf der Ebene des subjektiven Selbstverständnisses eine unmittelbar politisierende Wirkung; das eigene Interesse erkennen und innerhalb der Gruppe wahrnehmen zu können, heißt politisch zu handeln. Dieses politische Selbstbewußtsein genügt noch nicht für einen aktiven Kampf gegen bestehende Gewaltverhältnisse. Um sich in politisches Handeln nach Außen und im

Kampf umzusetzen, muß eine praktische Militanz entwickelt werden, eine psychische und soziale Resistenz, aufgrund derer der Einzelne im Stande ist, sich nicht nur politisch zu artikulieren, sondern auch durchzusetzen.
Das heißt aber für die studentische Selbstorganisation, daß sie ein Organ plebiszitärer Willensbildung sein muß, durch das sich all jene Individuen, die bisher nur kurzfristig „mobilisiert" und „aktiviert" oder gar agitatorisch aufbereitet waren, sich endlich zu autonomen politischen Akteuren emanzipieren.
In diesem Sinne ist Agitation, politische Aufklärung über das konkret notwendige, objektiv richtige Bewußtsein zwar unersetzbar. Politisierung von Oben ist aber solange leer oder repressiv, wie sie nicht durch eine von Unten ersetzt wird und organisatorisch-politische Konsequenzen hat.
(1) Es geht nicht darum „bürgerlichen Sekuritätsbedürfnissen" nur mit kritischen Analysen oder moralisch revolutionären Imperativen zu begegnen, sondern sie vielmehr durch eine solidarische, kollektive Praxis funktionslos zu machen.
(2) Die Aufhebung einer wie immer autoritär strukturierten Organisationsform impliziert nicht Realitätsuntüchtigkeit und „Desorganisation", sondern schafft erst die Bedingung für eine revolutionäre Selbstorganisation.
(3) „Revolutionäre Disziplin" besteht nicht in der kurzfristigen und unter dem äußeren Druck einer Kampfsituation erzwungenen Formierung, sondern in einer solidarischen Praxis, die bewußt all jene Widerstände aufarbeitet, die als Existenzängste und verinnerlichte Repression eine militante Praxis blockieren.

Der Artikel „Aktiver Streik als Selbstorganisation der Studenten" entspricht nicht den Vorstellungen der Redaktion über eine historische und systematische Analyse der Erfahrungen der Studentenbewegung. Wir veröffentlichen ihn dennoch, da er das ideologisierte Selbstverständnis von Arbeitsgruppen enthält, dessen Formalisierungstendenzen entpolitisierende Folgen haben müssen, wie wir in der nachfolgenden Kritik zu beweisen versuchen.

Die Aufarbeitung des aktiven Streiks als „Selbstbestimmung der Studenten an ihrem Arbeitsplatz" und „politische Bestimmung der Wissenschaften" wird unter Abstraktion von den machtpolitischen Konstellationen (Ordinarienuniversität, Autoritärer Staat und sich organisierende Studenten) in diesem Artikel isoliert aus der Problemstellung der Arbeitsgruppen in ihrem Verhältnis zur Emanzipation des Einzelnen unternommen. Wenn schon die technokratische Hochschulreform unter diesem

„Aspekt" auf „die drohende Gefahr, bald einem total fremdbestimmten Studium unterworfen zu werden", reduziert wird, so findet sich zum zweiten „Moment", das den Streik „zentral bestimmte", keine einzige inhaltliche politische Bestimmung: der Widerstand gegen den Autoritären Staat, der erst aus der politischen Analyse seiner Entwicklungstendenzen entwickelt werden kann, verkürzt sich so auf das Postulat, daß man die „Arbeitsbedingungen der Genossen verbessern" müßte. Das dritte Moment, „repressiver Wissenschaftsbetrieb", das nur in der Quantität von Fremdbestimmtheit gegen das erste („technokratische Hochschulreform") abgegrenzt wird, offenbart die Schizophrenie, die Inhalte einer emanzipatorischen Politik konkretisieren zu wollen, indem man sich auf die Deskription einer „individuellen Erfahrung" beschränkt, für deren Darstellung keine objektiven Kriterien sich angeben lassen: „Diese Chance, sein Studium unter den Bedingungen einer politischen Aktion von Fremdbestimmtheit zu befreien, d. h. freigesetzt von repressiven universitären und individuellen Erfolgskontrollen, ohne den Druck und das Risiko kurzfristiger Aktionen (wie das??), dies bedeutete für viele Studenten die Möglichkeit einer prinzipiellen neuen Selbsterfahrung." Die in sich widersprüchliche Vorstellung, unter den Bedingungen einer politischen Aktion ohne den Druck und das Risiko kurzfristiger Aktionen arbeiten zu wollen, entspricht einer abstrakten Trennung von Emanzipation und Politik. Emanzipation, die durch „Kommunikation als solche" in idealistischer Manier die „Verhältnisse an der Basis, d. h. auf der Ebene des Bewußtseins von unserer Lage" verändern soll, hat als einzige politische Bestimmung die Produktion von „aktivem Widerstandspotential". Emanzipation unter den Bedingungen des politischen Kampfes verkommt so organisationsformalistisch zu Arbeitsgruppenräten oder zu „für emanzipatorische Bedürfnisse förderlichen Regelungen", denen eine inhaltsleere, unpolitische Beschreibung von Diskussionssituationen entspricht. Wenn es heißt, daß die Individuen in den Arbeitsgruppen „nur wenig emanzipiert wurden", wird der Begriff von Emanzipation quantifiziert und von seiner historischen Bestimmung gelöst. Als hätte der Anspruch der Arbeitsgruppen je darin bestehen können, in einer „dritten Sozialisation" den Ballast von psychischer Deformation und Zwangssozialisation bei den einzelnen Individuen aufzuheben, und sie durch „Beseitigung von Reflexionsschwächen" zu autonom politisch Handelnden zu machen! Eine quasi idealistische Synthesis soll hier die absolut unbestimmten Motivationen auf der Ebene von „offizieller Rationalität", die mit der „persönlich motivierten Rationalität" (??) in Übereinstimmung zu bringen ist, zu einem engagierten Allgemeinwillen vermitteln. Die idealtypisch konstruierte, nahezu therapeutische Gruppensituation wird dadurch als politische beschrieben, daß durch das Sichtbarwerden von „internalisierten Herrschaftsverhältnissen" die „Realität einer konkreten politischen Situation" sich „zeigt", die „über die Gruppen hinausweisende" Motivationen wirksam werden läßt. Selbst in der argumenta-

tiven Rückversicherung gegen Kritik steht noch die Begründung für die Inhaltslosigkeit solcher bloßen Behauptungen: „Denn wir haben nicht beschrieben, wie ohne politischen Kampf eine Emanzipation des Einzelnen möglich sei, sondern vielmehr die Bedingungen, unter denen der Einzelne erst militant und diszipliniert politisch kämpfen kann." Die logische Unmöglichkeit, die Bedingungen eines Emanzipationsprozesses zu nennen, ohne den für diesen Emanzipationsprozeß konstitutiven Kampf zu bestimmen, produziert eine blinde Vertrauensseligkeit in eine Diskussionsspontaneität, die den „Konsensus über irgendeine (!) Frage" schon bringen wird. Auf der Basis einer abstrakten „Negation aller vorgegebenen Leistungskriterien und Formen der Wissensaneignung", wird auch das „abweichende Argument", da es inhaltsleer in einer herrschaftsfreien Situation vorgebracht wird, durch Verständnis und Liebe zur „intentionalen Gleichschaltung" gebracht. Der Konflikt einer notwendigen Abstraktion vom einzelnen Bedürfnis unter den Bedingungen des politischen Kampfes wird hier verschleiert durch eine Ideologie, deren Substanz kalauerhaft ausgedrückt ist in dem Satz: „hinter jedem falschen Bedürfnis steckt ein richtiges". Diese Ideologie verhindert geradezu eine Beschreibung des Aktiven Streiks, denn jede Arbeitsgruppe stand in Sicherheitsbedürfnisse verletzender Form in Konkurrenz zum herrschenden Lehrbetrieb, was überhaupt den politischen Kampf zur Absicherung der Arbeitsgruppen motivierte.

Die autistische Reflexion der Emanzipationsfrage auf die innere, nach Diskussionsmodellen formalisierte Organisation geht über einen existenzialisierenden Kollektivismus, der das Kollektiv („wir alle") nicht an den inhaltlichen Bedingungen der Organisation bestimmt, sondern „sozialistisches Arbeiten" gleich „kollektivem Handeln" und „kollektives Handeln" gleich politischem Handeln setzt. Die undiskutiert unterstellte Unmittelbarkeit der Individuen, die in prästabilierter Harmonie mit den politischen, allgemeinen „Intentionen" sich befindet, verunmöglicht ein rationales Verhältnis zu den Risiken des politischen Kampfes. Eine hinter Kollektivität verschleierte „Gemeinschaftsideologie" („das eigene Interesse erkennen und innerhalb der Gruppe wahrnehmen zu können, heißt politisch zu handeln" — unter diesem Leitspruch können auch faschistische Stoßtrupps Politik machen!), die die Verunsicherungen politischer Auseinandersetzungen nur vulgärpsychologisch aufzuheben träumt, produziert eine fatale Addition von Emanzipation plus Militanz, bei der progressive Gewalt zur Zerstörung des bestehenden Systems nur als äußerliche Durchsetzung begrifflos zu der schon kommunikativ geleisteten Emanzipation hinzutritt. Die schlechte Unendlichkeit von Diskussion, in die unmittelbare Interessen und Wünsche der Individuen chaotisch eingeführt werden, und zu derem Selbstverständnis unvermittelte Aktionen, finden in dem vorliegenden Artikel ihren Ausdruck. Das in Ansehung der Repressionen organisationsboykottierende Selbstverständnis und das auf studentische Vorstellungen reduzierte Emanzipationsbedürfnis ver-

deutlicht exemplarisch die dringende Notwendigkeit einer strategischen Diskussion und organisierten inner- und außeruniversitären Praxis, in der sich Kommunikation und Emanzipation an den Inhalten der Organisation materialisieren kann.

Die Redaktion

Antonia Grunenberg / Monika Steffen

Technokratische Hochschulreform und organisierter Widerstand

Auf der Arbeitskonferenz des SDS ist die Diskussion über die Perspektiven des politischen Kampfes in der Universität etwas zu kurz gekommen. Die Schwierigkeit, aus der arbeitsteiligen Diskussion verschiedener Projektbereiche zu einer strategischen Bestimmung der Politik in den nächsten Semestern zu kommen, ergab sich genau an dem Punkt, wo die Organisierung der Schülerrevolte, die Ausarbeitung revolutionärer Berufsperspektiven etc. hätten zusammengebracht werden müssen mit einer Bestimmung der organisatorischen Erfordernisse des politischen Kampfes. Wir halten diese Diskussion für wichtig und bringen den nachstehenden Beitrag, der eigentlich hätte in die Auseinandersetzungen auf der Arbeitskonferenz eingehen müssen, als nachträglichen Diskussionsbeitrag für die Bestimmung einiger organisatorischer und politischer Perspektiven in der nächsten Zeit.

A. G. / M. St.

Seit etwa einem halben Jahr machen staatliche und universitäre Instanzen keinen Hehl mehr daraus, daß sie die Studentenbewegung an den Universitäten faktisch aufreiben wollen. Die Welle der Reaktion, die seither auf die Universitäten, aber auch auf die Schulen zukommt, verschärfte sich in dem Augenblick, als die Studenten begannen, sich selbst an ihrem Arbeitsplatz zu organisieren, und dem Formierungsprozeß der staatlichen Instanzen entscheidenden Widerstand entgegenzusetzen. Seitdem in Berlin und in Westdeutschland Studenten ihre Institute besetzten und damit den Anspruch demonstrierten, den Wissenschaftsbetrieb zumindest partiell dem Zugriff des Kapitalismus zu entziehen, ist aber auch deutlich geworden, an welch empfindlicher Stelle die Studentenrevolte den Kapitalismus getroffen hat. Allein die Drohung, wichtige gesellschaftliche Ressourcen den Industriekonzernen und den staatlichen Instanzen zu verweigern, hat den autoritären Staat dazu bewogen, eine ganze Skala von Manipulations- und Repressionsinstrumenten anzuwenden.
Die Welle administrativer Vorbeuge- und Nachbeugemaßnahmen scheint ihresgleichen noch nicht gesehen zu haben: Relegationen stehen zum ersten Male in der Geschichte der westdeutschen Universitäten massenhaft auf der Tagesordnung. Unter Umgehung der minimalsten rechtsstaatlichen Grundsätze (s. a. das Relegationsverfahren in Marburg) wird jegliches

politische Handeln unter feudal-autoritäre Prinzipien subsummiert. Zumindest in diesem Gebiet noch wahrt die Universität ihre Autonomie: wer an die sakralen Wände des Rektorats politische Parolen malt, oder wer einen dumm-aggressiven Ordinarius zur Bankrotterklärung zwingt, der macht sich des Verstoßes gegen die Prinzipien „akademischer Ehre und Würde", gegen die Standesprinzipien der deutschen Wissenschaft schuldig und wird relegiert. — Das bundeseinheitliche Ordnungsrecht verbietet friedliche Versammlungen in der Universität unter dem Vorwand, sie behinderten den Lehrbetrieb; Diskussionen in Lehrveranstaltungen werden kriminalisiert. Die Universität überschwemmt die Klassenjustiz mit einer Flut von Anzeigen. Denunziationen stehen auf der Tagesordnung.

Den universitären Sanktionen stehen die staatlichen zur Seite: Vorbeugehaft wird schon praktiziert, ehe sie zum Gesetz wird. Puddingbomben werden zu „Staatsschutzdelikten". Die „kleine radikale Minderheit" wird zur staatsumstürzlerischen Anarchistenclique. Liberale stellen sich in den Dienst von „Staatsschutzorganen" und eröffnen Diffamierungsfeldzüge in bürgerlichen Zeitungen. Ganz sicher sind sie sich noch nicht über den Erfolg der angestrengten Zerschlagungsstrategie: deshalb lassen sie empirische Untersuchungen zur Isolierungsstrategie gegenüber den „Radikalen" anfertigen (s. a. die Infas-Studie zur Feststellung des Radikalitätsgrades der Berliner Studenten, die der Berliner Senat in Auftrag gab, Berlin, August 1968). Damit beruhigen sie sich selbst.

Zur Absicherung der politischen Repressionsinstrumente werden die „sachgebundenen" Kanalisationsmechanismen verschärft. Die Technokratische Hochschulreform zerstört die Restbestände individueller bürgerlicher Reflexionsfreiheit. In den Naturwissenschaften und der Medizin schon durchgeführt, wird der numerus clausus künftig auch für die Kulturwissenschaften eingerichtet werden. Der Flut von Studenten, die in den siebziger Jahren an die Universitäten kommen werden, wollen Staat und Universität vorbeugend Maßnahmen entgegensetzen. Damit wird zum einen die Universität als Ausbildungsinstitution für die herrschende Klasse erhalten — und zum anderen wollen sie sich damit die Menge der radikalisierten Oberschüler vom Leibe halten, die schon an ihrer Schule gegen irrationale und autoritäre Leistungszwänge rebellierten. Deshalb denkt man auch daran, zur Ergänzung des numerus clausus eine gesonderte Aufnahmeprüfung zur Feststellung des „Intelligenzgrades" einzuführen. Eine besondere Funktion nehmen in dem Rahmen der Disziplinierungskampagne die Zwischenprüfungen ein. Waren in der feudalen Ordinarienuniversität Prüfungen konseqenter Bestandteil des Studiums insofern, als der Student sich als einzelner jeglichen Zwängen dieses Studiums in „Einsamkeit und Freiheit" blind beugte, so erhalten diese Prüfungen (insbesondere die in den Kulturwissenschaften) innerhalb der technokratischen Reformpläne umsomehr politische Bedeutung, je mehr Studenten beginnen, sich den unbefragten Zwängen zu widersetzen und Anfänge einer

autonomen Selbstorganisation an ihrem eigenen Arbeitsplatz einzurichten. Zwischenprüfungen in einer Technokratischen Universität haben eine dreifache politische Funktion: zum einen erfüllen sie die Erfordernisse des Selektionsprinzips. Unliebsame oder den Lernzwängen aus politischen oder psychologischen Gründen nicht angepaßte Studenten werden auf diese Weise aus der Universität herauskatapultiert. Zur wissenschaftlichen Forschung werden nur die zugelassen, die eine Anzahl solcher Prüfungen hinter sich gebracht haben. Oktroyierte Leistungskontrollen sind in dieser Hinsicht ebenbürtig den politischen Verfolgungsmaßnahmen der staatlichen Instanzen. Zum zweiten reproduzieren sich in diesen Zwischenprüfungen blindwüchsige Konkurrenzmechanismen, die — verschleiert mit der Aura individuellen wissenschaftlichen Eifers — die Vereinzelung des Studenten vertiefen und seine Funktion als bloßes Objekt von quantifizierbaren Lernprozessen verstärken. Zum dritten haben diese Prüfungen objektiv die Bedeutung eines politischen Pressionsmittels in dem Augenblick, wo die Studenten anfangen, ihre politischen und wissenschaftlichen Interessen in autonomen Organisationen selbst frei zu gestalten. Der Druck, den die Technokratische Universität auf diese Selbstorganisationsversuche mit den Prüfungen ausübt, kommt einer Strafandrohung gleich. Werden blindwüchsige Ängste und Konkurrenzmechanismen in gemeinsamer Diskussion der Studenten an ihrem Arbeitsplatz wenigstens teilweise aufgelöst zugunsten einer selbstgewählten und kontrollierbaren politischen Bestimmung wissenschaftlichen Studiums, so werden eben diese Bemühungen durch die Androhung von zusätzlichen Prüfungen zunichte gemacht. Zugleich werden durch die autoritären Sozialisationsmechanismen schon in der Schule und erst recht in den ersten Studienjahren Verdrängungsprozesse im einzelnen aufgebaut, die das Bedürfnis nach einer solidarischen und kollektiven Aufhebung des blinden Lernzwangs gar nicht erst aufkommen lassen sollen.

Das System der Zwischenprüfungen und der Hausarbeiten erweist sich auf diese Weise als das wirksamste Instrument zur Disziplinierung eines großen Teil der Studenten. „Gesamtpläne" sehen für jeden Studiengang einen nach Berufsbildern orientierten Abschluß vor; der Entstehung eines den Studienabschluß hinauszögernden politisch organisierten Kerns der Studentenbewegung soll so der Riegel vorgeschoben werden.

Seit einiger Zeit werden die Versuche, die Universitäten und die Studentenschaften gleichzuschalten, nicht mehr nur von der Ordinarienuniversität besorgt. Längst haben staatliche Instanzen bemerkt, daß die feudale Ordinarienuniversität die Technokratisierung nicht gegen den Widerstand der politischen Studenten durchzusetzen vermag. Die Bankrotterklärung der Ordinarienuniversität war Anlaß zur Zentralisierung aller Maßnahmen in den Händen der Staats- und Kultusbürokratie (s. a. die Verabschiedung des Staatsvertrags über das bundeseinheitliche Ordnungsrecht an den Universitäten, am 27. März 1969). Studienablauf, Studiendauer und Hochschulorganisation werden darin nach gleichen Normensystemen

aufgebaut. Den „Gesamthochschulplänen" entsprechen die „Gesamtschulpläne", die unter dem Deckmantel der Aufhebung feudaler Strukturen die vorzeitige Anpassung der Schüler an die Lernzwänge des Studiums und die beruflichen Anforderungen erreichen soll. Die Hochschuladministrationen selbst werden mehr und mehr zu ausführenden Organen. Eine totale Integration der Universitäten unter die Ägide des Autoritären Staates scheint jeglichen Versuch von vornherein Lügen zu strafen, der sich damit abgibt, innerhalb der Universitäten noch Machtpositionen zu erobern, gegen die reaktionäre Bürokratie zu wenden und damit den Mobilisierungs- und Organisierungsprozeß innerhalb der Studenten weiterzutreiben.

Auf den ersten Blick scheint dieser gigantische Formierungsprozeß, dem die oppositionellen Studenten konfrontiert sind, alles an Sanktionen und Befriedungsmaßnahmen zu übertreffen, was jemals in der Geschichte der westdeutschen Bundesrepublik gegen faktische und potentielle Oppositionelle über die Bühne der Kabinettspolitik ging. Dieser Eindruck wird verstärkt, wenn man sich vor Augen hält, in welch kurzer Zeit derlei „Strafmaßnahmen" erörtert, beraten, angewendet und verabschiedet worden sind. Inneruniversitäre, „wissenschaftliche" Befriedungsmaßnahmen und die von der Klassenjustiz und vom Staatsapparat organisierten Verfolgungsjagden einschließlich der zu erwartenden Gefängnis- und Zuchthausstrafen scheinen die Existenzbedingungen der Protestbewegung in einem Maße einzuengen, die eine völlige Neubestimmung der Politik an den Universitäten, den Schulen und den Betrieben verlangen.

Die Reaktionen, die innerhalb der Protestbewegung auf diese staatlich organisierte Verfolgungsjagd erkennbar sind, lassen sich grob in zwei Tendenzen aufteilen: auf der einen Seite wird argumentiert, gegen diese globale Repression könne man sich nur durch Verteidigung der noch bestehenden Rechte, durch Ausnutzung der gegebenen Möglichkeiten an der Universität und durch Erarbeitung langfristiger Aufklärungsstrategien wehren. Diese Position nimmt vor allem der sozialdemokratische bis liberale Teil der Studentenbewegung ein. Ein Teil der konsequent radikalen Studenten vertritt die Auffassung, gegen den Druck von oben könne man sich nur wehren, wenn man konsequent in den „Untergrund" ginge. Traditionelle Massenaktionen seien wegen der Spezifizierung der polizeilichen Verfolgungsmaßnahmen nicht mehr möglich. Dabei werden die Erfahrungen bei der Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt außerhalb der Universität, die eine Dezentralisierung von Aktionsformen erforderten, auf die Universität übertragen. In der Universität selbst lasse sich die bisher eingeschlagene Richtung der Selbstorganisierung der Studenten am Arbeitsplatz nicht mehr fortführen. Organisierter (auch clandestiner) Gegendruck gegen denunzierende Ordinarien sei der einzige Weg, machtpolitische Veränderungen noch zu erreichen. Darüber hinaus läge das Hauptaktionsfeld der studentischen Kader hauptsächlich außerhalb der Universität in der Organisierung von Schülern und Lehrlingen.

Diesen beiden Einschätzungen unserer Lage an der Universität ist ein Merkmal gemeinsam: die Tabuisierung der organisierten Konterrevolution und eine falsche Beurteilung der machtpolitischen Erfordernisse und Zielsetzungen der Protestbewegung. Beide ersparen sich eine differenzierte Analyse und Einschätzung der formierten Front von Ordinarienuniversität und Staatsbürokratie. Beide kommen — wenn auch unbewußt — der ausdrücklichen Absicht der Staats- und Kultusbürokratien entgegen, den politisch bewußtesten Teil der Studentenbewegung aus der Universität oder zumindest aus dem Wissenschaftsbetrieb hinauszudrängen und schon jetzt in eine Lage zu treiben, in der entweder die resignative Einsicht in die Unmöglichkeit faktischer Veränderungen zum Rückzug auf allen Ebenen führt oder das Sich-Fügen in die Unabwendbarkeit der organisierten Konterrevolution zum tendenziellen Auszug aus der Universität hin zur „außeruniversitären Basis".
Diese alternativen Strategien beruhen unter anderem auf einer mangelhaften Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Repressionsmaßnahmen zustandegekommen sind. Unter zwei Gesichtspunkten sollen im Folgenden diese gesellschaftlichen Bedingungen kurz erörtert werden.

I.
Der Befriedungsfeldzug, der gegenwärtig gegen die von Studenten beherrschten Universitäten geführt wird, ist nur ein verkleinertes Abbild dessen, was der Autoritäre Staat in den vergangenen zwanzig Jahren an Formierungsprozessen innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche durchgeführt hat. Er wird jetzt deshalb in verstärktem Maße von den staatlichen und universitären Instanzen forciert, weil die Gefahr, die von den Universitäten her besteht, die Legitimitätsgrundlage des Systems zu sprengen und andere gesellschaftliche Bereiche zu erfassen droht. Um das zu verhindern, treten die staatlichen Instanzen als Hüter von „Ruhe, Ordnung und Sicherheit" auf. Sie führen den Kampf gegen die oppositionellen Studenten mit allen Mitteln der ideologischen Verhetzung und Übertreibung, um den organisierten Kern der Studentenbewegung von der Menge der an liberale Standards fixierten Studenten zu trennen.

II.
Der Feldzug gegen die Studenten wird aus einem eminent materiellen Grund geführt. Schon vor mehreren Jahren während der großen Rezession wurde dem Apparat der Konzertierten Aktion und den Konzernführern klar, daß eine Vergrößerung der Wachstumsrate und eine dazu verbesserte Arbeitskräftestruktur nur zu erreichen ist über die bestmögliche Verwendung und Planung der wissenschaftlich ausgebildeten Techniker, Naturwissenschaftler etc. und über eine Koordinierung und Planung der universitären Grundlagenforschung. (s. a. Bundesforschungsbericht II v. 1967 und Wissenschaftsratsgutachten v. 1967). Diese Pläne

sind durch die Verbreiterung der Studentenrevolte tendenziell gefährdet worden. Eine Effektivierung und Disziplinierung ist aber dringend notwendig für den Fortbestand der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Verhältnisse. Deshalb werden jetzt in Windeseile zentralisierte Pläne verabschiedet, deren Effekt die beliebige Nutzbarkeit und Regulierbarkeit wissenschaftlichen Potentials im Dienste der nachwuchsbedürftigen Produktionszweige sein soll.

Zu I.
Der gesellschaftliche Formierungsprozeß in der postfaschistischen Gesellschaft war gekennzeichnet durch drei Merkmale. Zum ersten durch den Aufbau und die Erscheinungsweise des Staatsapparats als Gesamtrepräsentant gesellschaftlicher Interessen (s. a. J. Agnoli, Transformation der Demokratie) — zum zweiten durch den Verzicht auf besondere Interessenvertretungsansprüche seitens der politischen Parteien und Gewerkschaften und zum dritten durch das Ausschalten jeglicher plebiszitärer Elemente. Auf diese Weise wurden die noch bestehenden Klassenkonflikte nivelliert und z. T. beseitigt, denn auch die Vertreter gesellschaftlicher Macht (Parteien, Gewerkschaften, Interessenverbände) beanspruchten nicht mehr, bestimmte gesellschaftliche Gruppen zu vertreten, sondern das „Gemeinwohl" im Auge zu haben. Zugleich wurde durch die Verflechtung der Träger gesellschaftlicher Macht mit den Regierungsapparaten erreicht, daß auftretende Konflikte oder Reibungen nicht etwa beseitigt, sondern so ausgetragen wurden, daß dabei keine Störung des gesellschaftlichen Lebens geschweige denn ein Bruch in der Legitimationsgrundlage des Systems eintrat (etwa: Reduzierung der Arbeitskämpfe auf Tarifkonflikte; Ausgleich der staatlichen Interessen und der kapitalistischen Einzelinteressen etc.).
In der Rekonstruktionsperiode ist diese gesellschaftliche Befriedigung weitgehend gelungen. Es liegt jedoch, wie Agnoli nachweist, in der Eigenart des postfaschistischen Staates, das Krisenmanagement so zu organisieren, daß auch potentielle, in Zukunft auftretende politische und ökonomische Krisen damit bewältigt werden konnten. Notstandsgesetze, Mittelfristige Finanzplanung, Lohn- und Preiskontrolle, die Neuorganisierung bestimmter wirtschaftlicher Bereiche, die Ausgabenpolitik sind solche Mittel, mit denen auf Dauer ein politisches und wirtschaftliches Krisenmanagement erreicht werden sollte. Mit Hilfe dieser Hebel war es dem Gesamtkapitalisten Staat zumindest möglich, von der Friedensfunktion ohne Bruch der Legalität in die Ordnungsfunktion überzugehen.
Die Hochschulen waren in dieser Zeit das Glied in einer Reihe gesellschaftlicher Institutionen, das noch nicht in den sozialen Friedensstaat integriert war. Dies machte sich in dem Augenblick bemerkbar, als der Staat aufgrund technologischer und politischer Bedürfnisse in einem Maße auf das reibungslose Funktionieren der Universitäten angewiesen war, wie dies bisher nicht der Fall gewesen war.

Die feudale Struktur der Universitäten schien bis dato den Bedürfnissen nach Disziplinierung und Rekrutierung von akademischen Fachkräften für Staat und Kapital zu genügen. Ihr Charakter als Klasseninstitution, als Tummelplatz für beschauliche Reflexion und individuelles Studium gestattete in dieser Zeit den Gesellschaftswissenschaften eine Entwicklung, die an der Ausbildung eines kritischen Studentenpotentials wesentlichen Anteil hatte. Auf der Ebene individuellen kritischen Studiums waren die Gesellschaftswissenschaften jahrelang der Freiraum für die Individuen, die ungehindert durch Verschulung und einseitige Berufsausbildung Bewußtseinssensibilisierungen gegen autoritäre Repressionsmechanismen „erlernen" konnten. Erst dieses linksliberale Bewußtsein konnte den Verlust liberaler, herrschaftsfreier Kommunikation, und aufgrund seines privilegierten Ausbildungsganges den Alibicharakter eines solchen Studiums erkennen und erst dann umsetzen in eine antiautoritäre, symbolische Solidarität mit Vietnam und den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt.

Zu II.

Diese ersten punktuellen Mobilisierungen bedeuteten für die Befriedungspolitik des westdeutschen Staates die Wiederkehr des verdrängten plebiszitären Elements, dessen sich die historischen Institutionen der Arbeiterbewegung längst entledigt hatten. Die staatlichen Instanzen wurden sich der Universitäten als des schwächsten Gliedes innerhalb ihres Befriedungsprogramms bewußt: zur Notwendigkeit der politischen Disziplinierung, d. h. zur Zerstörung des sich organisierenden Kerns der Studentenbewegung, kamen die objektiven Notwendigkeiten einer ökonomischen Effektivierung der Ausbildung hinzu.

Zweifellos besteht diese objektive Notwendigkeit in den Wachstumsschwierigkeiten der westdeutschen Wirtschaft, wie Elmar Altvater sie beschrieben hat:

„Diese Strukturkrise . . . ist Konsequenz einer weitgehenden Ausschöpfung des Wachstumspotentials der westdeutschen Volkswirtschaft, wobei als bedeutendster wachstumslimitierender Faktor die Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft herausgestellt wurde. Zusammen mit der Monopolisierungstendenz der Volkswirtschaft und den konjunkturellen Schwierigkeiten . . . entwickelte sich eine Lage, auf die der Staat mit einem ‚neuen Leitungsmodell' der Volkswirtschaft zu antworten versucht. Daraus ergeben sich aber wesentliche politische und soziale Konsequenzen" (E. Altvater, Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders: „Stabilisierte Wirtschaft", „Formierte Gesellschaft" II, NK Nr. 40, S. 25).

Altvater zufolge leitet sich alle politische und soziale Disziplinierung (also auch im Rahmen der Universitäten) aus einem klassischen Krisenmodell des Kapitalismus ab. In der Streikphase haben die Studenten aber eine Tendenz technokratischer Reform erkannt und versucht, dagegen Widerstand zu organisieren, die in Altvaters Wachstumsmodell nicht oder höchstens als Konsequenz unter fernerliefen erfaßt wird: die Zerstörung

von Studiengängen, in denen — wie etwa in den Gesellschaftswissenschaften — wie in einem Freiraum Bildungsgeschichte als Reflexionszeit möglich ist, ohne daß das akkumulierte Wissen unmittelbar bewußtlos auf Funktionen des Produktionsprozesses bezogen werden könnte. (Nach Altvaters Modell ist es zunächst nicht einsichtig, warum aus Wachstumsschwierigkeiten die Vernichtung von Reflexionszeit folgt.) Die Erkenntnis, daß die kritischen Gesellschaftswissenschaften zwar Kriterien zur Analyse herrschender Systeme abstrakt vermittelten, ihnen aber selbst die Vermittlung zur praktischen Veränderung fehlte, hat — indem die Studenten diese Veränderung im aktiven Streik an der Universität zu praktizieren versuchten — Chancen der organisatorischen Stabilisierung der Revolte geschaffen.

Altvaters Analyse ist auch insofern ungenügend, als sich im Verlaufe der Studentenrevolte herausgestellt hat, daß der politische Befriedungsfeldzug gegen die Universitäten nicht nur eine Funktion der ökonomischen Effektivierung ist. Vielmehr ist die Qualität solcher Maßnahmen wie die Initiierung einer Justizkampagne gegen Studenten, Schüler und junge Arbeiter, die Zentralisierung der „Ordnungsmaßnahmen", die autoritäre Politisierung des akademischen Lebens nur zu verstehen auf dem Hintergrund, daß die staatlichen Instanzen ihre Befriedungspolitik durch das Anwachsen der plebiszitären Massen von Jugendlichen bedroht sehen. Die ideologische Funktion des augenblicklich geführten Diffamierungsfeldzuges gegen die „staatsumstürzlerische Anarchistenclique" hat durchaus eigene Qualitäten und ist nicht nur in Zusammenhang mit der dringend notwendigen ökonomischen Funktionalisierung zu betrachten. Sie ist etwa zu interpretieren in Zusammenhang mit der Auflösung der Projektion von politischen und sozialen Aggressionen auf einen vermeintlichen äußeren Feind und der Rückwendung auf den „inneren Feind" in der Bundesrepublik.

An dieser Stelle gilt es festzustellen, daß die systematische Analyse Technokratischer Hochschulreform und des politischen Befriedungsfeldzuges keine Zustandsbeschreibung darstellt, sondern die Beschreibung einer Tendenz, die sich im Verlaufe der Organisierung und des Anwachsens der Studentenrevolte verstärkt hat. Sie ist jedoch nicht erst dadurch entstanden. So viel ist sicherlich richtig an Altvaters Analyse, daß eine der entscheidenden Motivationen zur Funktionalisierung der Ausbildungsinstitute aus den Wachstumsschwierigkeiten zu Ende der Rekonstruktionsperiode herrührte. Diese Tendenz stellt keine lebensbedrohende Gefahr für die Studentenbewegung dar. Sie wird sich jedoch verschärfen, wenn sich der Widerstand auf Seiten der Protestbewegung verstärkt.

III

Für die Hochschulrevolte ergeben sich aus diesen spezifischen Bedingungen des politischen Widerstandes folgende Konsequenzen.

1. Der Erfolg des Kampfes an der Hochschule hängt langfristig davon ab,

ob es uns gelingt, die bestehenden Ansätze einer Mobilisierung von Schülern und Lehrlingen weiterzutreiben und zu stabilisieren. Die ersten Versuche der Lehrlingsmobilisierung haben ergeben, daß die Disziplinierungsbedingungen in den außerbetrieblichen Lebensverhältnissen (Berufsschulen, Lehrlingsheime, Erziehungsheime, etc.) — und nicht an erster Stelle die im Betrieb — Ansätze für eine antiautoritäre Mobilisierung bieten. Die Verbindung von antiautoritärer Schulungsarbeit (Einleitung von exemplarischen Lernprozessen; theoretische Arbeitskreise, die von den Interessen arbeitender Jugendlicher ausgehen; Sexualität und Klassenkampf; Analyse der Gewaltverhältnisse im Betrieb und im Lehrlingsheim etc.) und organisatorischem Schutz könnten auf Dauer nicht nur eine gefühlsmäßige Solidarisierung der Lehrlinge mit den Studentenaktionen erreichen, sondern eine Politisierung in Bezug auf eine eigene Revolte gegen die entmündigenden Zwangsverhältnisse in Schule, Heimen und Familie. Erst auf dieser Grundlage wäre daran zu denken, antiautoritäre Lehrlingspolitik im Betrieb zu organisieren.

Bei den Schülern zeigen die Erfahrungen, daß eine Organisierung der Schüler nicht nur außerhalb, sondern gerade auch innerhalb der Schule politisch notwendig ist. Die Initiierung einer Selbstbestimmungskampagne in den Schulen, die, unterstützt von Lernkollektiven und Basisgruppen, von einer Analyse der Technokratisierung in den Schulen ausginge und den Widerstand der Schüler zu organisieren anfinge, könnte auf Dauer die zersplitterte Schülerrevolte stabilisieren. Eine ähnliche Funktion kann in diesem Zusammenhang die Anti-Bundeswehr-Kampagne erfüllen. Allerdings hängt der Erfolg dieser Arbeit davon ab, ob es gelingt, die Ausbildung der Lehrer an den Universitäten zu politisieren. Die Berufsperspektivendiskussion bei den Germanisten hätte hier ihre praktische Funkton, wo es gilt, mit den Schülern zusammen etwa über die Qualität und die Konsequenzen der Sozialisationsprozesse in den Schulen (Bildung politischen Bewußtseins, Internalisierung von gesellschaftlichen Normen) zu arbeiten und in die Schülerrevolte einzubringen.

2. Eine Erweiterung der Mobilisierungsbasis an der Universität wird nur in dem Maße gelingen, wie sich die organisatorischen Ansätze stabilisieren und funktionierende Kader gebildet werden, die die politische Kontinuität der Studentenbewegung erhalten.

Während des Aktiven Streiks hatte sich als einer der zentralen Mängel herausgestellt, daß dezentralisierte Organisations- und Kommunikationsformen sehr oft zu einer Reprivatisierung politischer Arbeit (Frankfurt) oder zu einer teilweisen Zersplitterung und Konfusion politischer Aktionen (Berlin, s. a. „Organisation und Klassenfrage") führten. Daraus den Schluß zu ziehen, einzig zentralistisch gegliederte Organisationsformen garantierten langfristig den Erfolg der Studentenbewegung, hieße wesentliche Erfahrungen des Aktiven Streiks verkennen. Gerade die Tatsache, daß einer der Erfolge des Streiks in der Herausbildung neuer Kommunikationsstrukturen lag, muß dazu führen, auf diesen Kommunikations-

strukturen aufzubauen, sie zu zentralisieren und zur Grundlage dezentralisierter Kader zu machen. Erst so kann es gelingen, die emanzipatorischen und selbsttätigen Ansätze politischer und wissenschaftlicher Arbeit während des Streiks zu erhalten und neuerliche Reprivatisierungen zu verhindern. Dazu gehört, daß die neuen Aktionsformen politisch militanten Widerstandes, die sich etwa mit der Justizaktion am Tegeler Weg und mit der Spanien-Aktion in Frankfurt herausgebildet haben, mit neuen Agitationsstrategien verbunden werden, damit der politische Erziehungsprozeß unter den Studenten vorwärts getrieben wird.

3. Auf Dauer kann der Erfolg der staatlich organisierten Disziplinierungskampagne nur zunichte gemacht werden, wenn diese Disziplinierungen nicht mehr nur in großangelegten Kampagnen verbal und massenhaft kritisiert werden. Der Widerstand gegen die Zerstörung politischer Projekte in der Universität läßt sich nur auf der Basis dezentralisierter, selbsttätiger Aktionen aufbauen.

Die Erkenntnis, daß die kritischen Wissenschaften für die politischen Bedürfnisse der Revolte den notwendigen Freiraum für eine revolutionäre Bildungsgeschichte nicht gewähren, hat nicht die Konseqenz, die sie für das schwankende Potential liberaler Studenten im Streiksemester hatte: nämlich die unangetastete Wiederherstellung kritischer Wissenschaft zusammen mit kritischen Ordinarien zu erreichen, sondern diejenige, daß wir an der Universität einen Ausbildungsgang gegen Administration, Staatsbürokratie und Ordinarien erkämpfen, der uns die notwendige Reflexionszeit für die Ausarbeitung langfristiger revolutionärer Strategien sichert. Nach den Erfahrungen des Frankfurter Streiks wird dies nicht unbedingt bedeuten, daß die Studenten sich an den Instituten formale Autonomie erkämpfen können. Gerade die Frankfurter Erfahrungen haben erwiesen, daß die staatlichen und universitären Instanzen sehr wohl den machtpolitischen Charakter dieser Selbstbestimmungskampagne erkannt haben und die Gefährdung, die dem Ordinarienprinzip daraus entstehen könnte. Daß die revolutionären Studenten in dieser Situation machtpolitisch auf Dauer erliegen werden, daran besteht kein Zweifel, das ist aber auch nicht das Entscheidende an diesen Kampagnen. Vielmehr gilt es hier, unter den veränderten Repressionsbedingungen, die die jederzeitige Aussperrung der Studenten von ihrem Arbeitsplatz legalisiert, veränderte Taktiken auszuarbeiten. Dazu gehört auch die genaue Definition von politisch vertretbaren Kompromissen, die uns das Aufnehmen systemsprengender Konflikte an der Universität jederzeit gestattet.

Zu einem der wichtigsten Hebel, das Ordnungsrecht und die immanenten Disziplinierungen zu unterlaufen bzw. langfristig unwirksam zu machen, gehören die Prüfungskampagnen. In Frankfurt sprengten Soziologen ihr Vordiplom und gaben damit ihrer Weigerung Ausdruck, die im Aktiven Streik herausgebildeten Ansätze zu kollektiven Lernprozessen durch Reindividualisierungen zunichte machen zu lassen. Bei Soziologen gewinnt die Prüfungskampagne insofern besondere Relevanz, als die überflüssige

Repression dort deutlicher zum Ausdruck kommt, als bei anderen Kulturwissenschaften. Im Rahmen des bestehenden Systems können die Sicherheitsbedürfnisse studentischer Soziologen immer weniger befriedigt werden. Einschlägige Untersuchungen haben nachgewiesen, daß bei Soziologen in immer stärkerem Maße akademisches Proletariat entstehen wird, wollen sie nicht in Berufe mit Herrschaftsfunktionen gehen. Eine Anti-Prüfungs-Kampagne in Zusammenhang mit der Ausarbeitung revolutionärer Berufsperspektiven (Lehrerkader an Schulen) könnte bei Soziologen einen Radikalisierungsprozeß in Gang setzen und die Motivation für politische Arbeit verstärken. — Zusammen mit den bestehenden Lehrlingsgruppen könnten Soziologen exemplarische Lernprozesse untersuchen (etwa über repressive Sozialisationsmechanismen) und praktizieren. Die Hereinnahme von praktisch-politischen Projekten in die Neubestimmung soziologischen Studiums wäre dann Garantie für eine sinnvolle politisch-wissenschaftliche Arbeit.

Die Tatsache, daß gerade bei Juristen der Zwang zur Unterwerfung unter die vorgeschriebene Studiendisziplin und die Erlernung von ewig gleichbleibenden Rechtstechniken und Fallösungen ungleich rigider ist als in den Kulturwissenschaften, hat bis jetzt stabile Politisierungsprozesse mit verhindert. Kritisches Wissen nahm immer nur den Rang des zusätzlich Erlernten und nie eine praktische Dimension an. Die emanzipatorische Erfahrung selbst organisierter, von Zwang befreiter Lernprozesse haben diese Studenten nie gemacht. Eine Anti-Prüfungs-Kampagne, in der dieser rigide Zwang ad absurdum geführt würde und durch gemeinsame Organisierung von vorfabrizierten Lösungen und Hausarbeiten zum ersten Mal eine Solidarisierung und Aufhebung des Konkurrenzzwanges einsetzen würde, könnte politische Lernprozesse einleiten und Energien für politisches Arbeiten freisetzen. Hier würde die Aufgabe der funktionierenden Kader an der Universität darin bestehen, diese Kampagne agitatorisch und organisatorisch vorzubereiten. In diesem Unterlaufen liegt eine viel erfolgreichere Möglichkeit der Abwehr des Ordnungsrechtes, als das durch große Massenmobilisierungen erreicht werden könnte.

Von den speziellen Organisationsformen naturwissenschaftlicher und technischer Fächer (Technologie-Projekt) lassen sich Mobilisierungen über Berufsperspektiven direkter über die Politisierung des Studienganges erreichen als bei Luxuswissenschaften. Eine Agitationsstrategie über die Herrschaftsfunktionen, die z. B. Ingenieure später innerhalb der Betriebe (Produktionssphäre) wahrnehmen sollen, entscheidet wesentlich über die Bereitschaft der Studenten, schon während ihres Studiums — während der Praktika etwa — praktisch mit Betriebsprojektgruppen zusammenzuarbeiten. Auch hier liegt das Erfolgskriterium in der Schaffung von Bedingungen für langfristige politische Organisierungsprozesse.

Auf der Grundlage dieser selbsttätigen Organisations- und Aktionsformen der Studenten am Arbeitsplatz, deren interfakultative Verbindung und Zusammenarbeit mit Schülern und Lehrlingen bzw. Betriebsbasisgruppen

über den Grad an Fach- bzw. Hochschulborniertheit entscheidet, wäre etwa an eine Kampagne zur Erkämpfung des Versammlungsrechts in der Universität zu denken.

IV.

Eine neuerliche Analyse Technokratischer Hochschulreform, wie wir sie in einigen Punkten zu leisten versucht haben, bezieht ihre Rechtfertigung nicht aus der Absicht, nachzuweisen, daß Mobilisierungen größeren Ausmaßes oder faktische Veränderungen an der Universität nicht mehr möglich seien. Die politischen und fachspezifischen Disziplinierungsmaßnahmen konstituieren kein geschlossenes System, das die Aufstellung von Alternativen — entweder Rückfall auf liberalistische, rein aufklärerische Positionen oder das Vordringen zu (vermeintlichen) Machtkampfpositionen durch verstärkten Gegendruck — allererst rechtfertigen würde. Nach wir vor sind die bestehenden Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten innerhalb der Ausbildungsinstitutionen Ansatzpunkt für Agitation und Aktion. Der Erfolg dieser Konfliktstrategie wird sich nach der Verabschiedung der entscheidenden Maßnahmen nicht mehr daran bemessen lassen, ob diese verhindert oder modifiziert werden können, sondern vielmehr daran, ob die Spannung zwischen selbsttätigen emanzipatorischen Ansprüchen bzw. Aktionen und dem stärker werdenden Disziplinierungsdruck Motivationen für langfristige politische Organisierungsprozesse schafft. Diese Motivation für politisch verbindliches Handeln kann nicht allein an studieninterne Repressionen und Ansprüche gebunden werden. Vielmehr gilt es, Perspektiven zu entwickeln, die über den Rahmen der gegenwärtigen Wissenschaftsorganisation hinausweisen. Die praktische Inangriffnahme der Berufsperspektivendiskussion, die Hineinnahme von wissenschaftlichen Projekten, die für politische Arbeit praktisch verwertbar sind (in Zusammenarbeit mit Schülern und Lehrlingen) wird einer dieser Ansatzpunkte sein, an denen der „Einsatz der Gesamtpersönlichkeit" (Lukacs) und der Verzicht auf privatisierte Interessen diskutiert werden können. Gemeinsame Bedürfnisse werden dann in Einklang zu bringen sein mit den Erfordernissen des politischen Kampfes. Selbstauferlegte Disziplin legitimiert sich nicht nur aus voluntaristischen und individualistischen Entschlüssen, sondern aus der Verbindlichkeit, die die Perspektive des politischen Kampfes gewinnt.

In diesem Rahmen werden die auf uns zukommenden Relegationen, Ordnungsverfahren, Prozesse und Gefängnisaufenthalte nicht mehr nur sprachlose Furcht und Reprivatisierungsprozesse zur Folge haben. Vielmehr kann dann diskutiert werden, welche organisatorischen Vorkehrungen gegen die Zerstörung der individuellen Existenz getroffen werden müssen.

Die Tendenz des Autoritären Staates, jeden potentiellen Gegner zum Staatsfeind zu deklarieren und zu vernichten, kann nicht rückgängig gemacht werden, geschweige denn aufgehalten werden. Seine Waffen wer-

den uns an entscheidenden Stellen treffen können. Die Chance, diese Waffen auf Dauer stumpf zu machen, wird desto größer, je mehr wir den Organisierungsprozeß an der Basis weitertreiben.

Bodo v. Greiff

Berufspraxis und Studium der Soziologen — Bestandsaufnahme einer Diskussion

Im Wintersemester 1968/69 fand an der FU Berlin eine permanente Diskussion über die Beziehung zwischen Studium und revolutionärer Berufspraxis innerhalb der luxurierenden Wissenschaften statt. Am Beispiel der Soziologie soll dieser Bericht den vorläufigen Stand der Diskussion wiedergeben. Die hier festgehaltenen Thesen lassen sich analog auf die Fächer Philosophie und Politologie übertragen.

1. Vom Kriegsende bis etwa zum 2. Juni 1968 konnte sich ein Soziologiestudium in der Bundesrepublik als potentiell revolutionär legitimieren. Zusammen mit den anderen Fächern aus dem Bereich der luxurierenden Wissenschaften übte die Soziologie eine kritische Aufklärungsfunktion aus. Während in den berufsbezogenen Fächern stramm fürs Examen gearbeitet, und deshalb, von Ausnahmen abgesehen, kein Gedanke gedacht wurde, der mit dem herrschenden System hätte in Widerspruch geraten können, hatten die luxurierenden Wissenschaften die Möglichkeit, die Widersprüche der Gesellschaft zumindest in der Theorie zu erfahren.

Aus der theoretischen Erfahrung des Widerspruchs zwischen dem ideologischen Anspruch dieser Gesellschaft und ihrer Wirklichkeit ergab sich eine erste Revolutionierung der Soziologiestudenten: zum einen versuchten sie, in Aufklärungskampagnen auf die bestehenden Widersprüche hinzuweisen und so die theoretische Erfahrung praktisch werden zu lassen (Atomkongreß, Tschombé-Demonstration, Vietnam-Demonstration, Africa-Addio-Aktion, Schah-Demonstration usw.); zum anderen richteten sich ihre praktischen Bemühungen auf eine Reform des Soziologiestudiums selber.

2. Mit der Reform des Soziologiestudiums sollten zunächst zwei Forderungen verwirklicht werden:

a) Abschaffung der dysfunktionalen traditionellen Autoritätsstrukturen zugunsten einer Mitbestimmung der Studenten im Lehr- und Forschungsbetrieb;

b) Abschaffung der affirmativen human-relations-Soziologie zugunsten einer kritischen Gesellschaftstheorie, die zumindest bis zur Negation des Systems selber vordringt.

Beide Forderungen wurden zunächst von der Institution Universität mehr oder weniger abgewiesen, so daß über die Reformversuche die Politisierung der Studenten weiter vorangetrieben wurde; heute jedoch werden

sie in zunehmendem Maße erfüllt. Allenthalben wird Drittelparität angeboten oder gar schon praktiziert, und die herkömmlichen Lehrinhalte weichen kritischen Gegenständen wie z. B. im Springer-Colloquium, im Gesellschaftsbild-Seminar, im Sozialisations-Seminar und dergleichen mehr.

3. Die Erfahrungen, die in diesen demokratisierten und praxisbezogenen Seminaren gesammelt wurden, lösten in radikalerer Form als bisher die Theorie-Praxis-Diskussion aus, so daß die insgesamt reformfreudigen Soziologiestudenten sich in zwei Gruppen spalteten:

a) in diejenigen, die mit der Reform ein schnelleres Studium verwirklichen, sowie aus der herkömmlichen Soziologie durch Einbeziehung der kritischen Theorie eine „bessere Soziologie" machen wollten;

b) in diejenigen, die erkannten, daß kritische Inhalte von sich aus noch keinen Zugang zur Praxis verschaffen, solange es nicht zu den Aufgaben eines kritischen Seminars gehört, die erzielten Ergebnisse in die Praxis umzusetzen. Solange dieser Schritt nicht getan wird, kann das Ergebnis einer kritischen Soziologie nur wieder eine kritische Soziologie sein.

Die Berechtigung dieser Kritik läßt sich an Beispielen belegen: eine psychoanalytische Untersuchung der Springer-Produkte wurde nicht nur von Studenten, sondern vom Hause Springer selbst angefertigt. Die Beschäftigung mit Psychoanalyse ist also nicht per se revolutionär, denn in abstrakten „objektiven" Aussagen bleibt das herrschende Subjekt das handelnde Subjekt. Die fundierte Analyse von Müller zum Springer-Konzern blieb genauso folgenlos wie das Springer-Colloquium von Herkommer. Erst das Springer-Tribunal, dessen Arbeit von Anfang an einen politischen, nicht nur analytischen Zweck verfolgte und in dessen Analysen die Mitglieder des Tribunals selbst als Handelnde einbezogen waren, zeitigte die bekannten politischen Folgen. Die Untersuchung von Friedeburg über die FU Berlin von 1964 kam zu dem Ergebnis, daß an der FU demnächst keine Veränderungen zu erwarten seien, denn die Notwendigkeit einer Änderung sowie die Möglichkeit des Erkennens dieser Notwendigkeit durch eine revolutionäre Studentenschaft war nicht in die Analyse eingegangen.

Die Erfahrungen mit den demokratisierten u. praxisbezogenen Seminaren kann man in dem Ergebnis zusammenfassen: die Veränderung der Inhalte der Soziologie verändert nicht von sich aus die Wirklichkeit, sie macht allenfalls kritisch; die Mitbestimmung der Studenten, wie sie bisher vorgesehen ist, beseitigt zwar die Dysfunktionalität alter Lehrmethoden, führt aber ohne politische Begründung dessen, was denn eigentlich mitbestimmt werden soll, lediglich dazu, daß der bisher von Dozenten ausgeübte Zwang nunmehr in eigene Regie übernommen wird.

4. Diese Erfahrung, die hier systematisch, nicht chronologisch dargestellt ist, führte zur Gründung der KU, zur Arbeit der Studenten in den Projektgruppen sowie zu der Forderung der Studenten am Philosophischen Seminar der FU nach einem autonomen studentischen Sektor. Auch

bei diesen Versuchen, praxisbezogene Wissenschaft zu betreiben, tauchten zwei wesentliche Schwierigkeiten auf:

a) die oben beschriebene, mit der Demokratisierung verbundene Gefahr, den von den Dozenten ausgeübten Zwang in eigene Regie zu nehmen. Im autonomen studentischen Sektor am philosophischen Seminar waren nicht länger Dozenten anwesend und an Stelle von Kant, Leibniz und Marx wurde nun stramm Strukturalismus, Anthropologie und Formale Logik getrieben. Mit der Abschaffung der Dozenten waren scheinbar auch die gesellschaftlichen Widersprüche abgeschafft. Der politische Konflikt hatte sich auf einen Autoritätskonflikt reduziert; wiederum konnte aber von den Inhalten keinerlei Zugang zur Praxis hergestellt werden, und die Zufriedenheit der autonom arbeitenden Studenten spiegelte nur ihre Übereinstimmung mit den technokratischen Systemanforderungen wider;

b) die zweite Schwierigkeit bestand darin, daß in den Projektgruppen meist nur mit Halbdampf gearbeitet werden konnte. Sie wurden blockiert durch das objektiv legitime Bestreben der meisten Studenten, in Vorlesungen und Seminaren auf langweilige und langwierige, aber einigermaßen sichere Weise examensfähiges Wissen zu akkumulieren. Den universitären Veranstaltungen gegenüber wurde die Projektgruppenarbeit als eine Art Zusatzbelastung empfunden.

5. Der ununterbrochene Versuch, eine praxisbezogene Soziologie zu betreiben, führte schließlich dazu, daß die Frage nach der politischen Relevanz der Soziologie nicht länger verdrängt wurde. Die Frage nach der Berufspraxis wurde gestellt. Auf diese Frage gibt es bisher zwei Antworten:

a) Die Soziologen finden eine Anstellung in den sog. Freiräumen der Gesellschaft, d. h. in Bereichen von relativ großer individueller Freiheit einerseits, von geringer politischer Relevanz andererseits. In diese Kategorie gehören vor allem diejenigen, die an der Hochschule sowie im Pressewesen beschäftigt sind. Nach der Untersuchung von Uwe Schlottmann (Kölner Zeitschr. für Soziologie u. Sozialpsychologie, 1968, Heft 3) fanden in diesen Bereichen rund 45% aller Soziologen eine Anstellung. Man darf die These wagen, daß diese Gruppe sich subjektiv als höchst revolutionär empfindet, ihre revolutionäre Attitude aber nur beibehalten kann, weil ihre Tätigkeit objektiv ungefährlich ist. Wir nennen diese Gruppe „luxurierende Soziologen".

b) Als zweiter Bereich bietet sich dem Soziologen eine Tätigkeit in Wirtschaft und Industrie, Behörden, Verbänden, Kammern, Parteien, kirchlichen Institutionen und in kommerzieller Forschung, in einem Bereich also, der entweder nichts mit Soziologie zu tun hat oder aber eine technokratische Soziologie verlangt. Nach der Schlottmann-Untersuchung sind hier rund 36% aller Soziologen beschäftigt. Aufgrund ihrer systemerhaltenden Funktion nennen wir diese Gruppe die „Regeltechniker".

Daraus ergibt sich für die Berufsaussichten der Soziologen: entweder sie

betreiben luxurierende Wissenchaft ohne Praxis, oder sie gehen in die Institutionen und betreiben dort eine systemstabilisierende Praxis. Beide Bereiche haben nach bisheriger Erfahrung in der aktuellen Situation keine revolutionäre Berufsperspektive.

6. Aus diesem Dilemma erklärt sich das bisherige Scheitern aller Versuche, der Soziologie einen praxisbezogenen und zugleich revolutionären Inhalt zu geben. Die Projektgruppen bieten zwar einen potentiell revolutionären Ansatz; das zeigen die Projekte, in denen Soziologiestudenten mit Lehrern, Medizinern, Architekten, Juristen und anderen berufsbezogenen und organisationsfähigen Gruppen zusammenarbeiteten. Aber am Ende haben dann die Lehrer, Mediziner usw. einen Job, der sie an strategisch wichtige Punkte der Gesellschaft führt und eine potentiell revolutionäre Tätigkeit ermöglicht, während die Soziologen nach Beendigung des Studiums brotlose Revolutionäre sind und deshalb meist sehr rasch der Anpassung verfallen. Aus der derzeitigen strategischen Irrelevanz der Soziologie ergibt sich demnach zwingend die Forderung nach *Abschaffung der Soziologie als Hauptfach.*

7. Die bisherige Strategie des SDS ging dahin, sich den Institutionen so lange wie möglich zu verweigern. Diese Strategie fußte auf der Erfahrung, daß revolutionäre und zugleich berufliche Tätigkeit wegen der Übermacht der Institutionen einander ausschließen, daß der Kampf eines Einzelnen innerhalb der Institution fast immer mit Resignation und Anpassung endet. Diese Situation hat sich geändert. Einzelne Bereiche beginnen aufzubrechen. Das gilt vor allem für die Sozialisationsberufe (Lehrer, Sozialarbeiter), für Juristen, Mediziner und einige technische Berufe (Architekten). In diesen Bereichen beginnt sich eine Organisierung der Linken abzuzeichnen, so daß der Kampf innerhalb der Institution nicht mehr wie bisher individuell geführt werden muß, sondern daß mit kollektiv geführten Aktionen und kollektiven partiellen Verweigerungen die Institution selber aufgebrochen werden kann. Daraus ergibt sich für die Soziologen die Forderung, nicht mehr wie bisher während des Studiums mit organisationsfähigen Gruppen nur zusammenzuarbeiten und nach dem Studium luxurierende und ungefährliche Wissenschaft zu betreiben, sondern die Forderung, in Fächer mit guten Berufsaussichten und strategischer Relevanz überzuwechseln und die Soziologie als Nebenfach weiterzuführen, und zwar in dem Maße, wie sie für die praktische und politische Tätigkeit erforderlich ist.

8. Dieser Konzeption könnte entgegengehalten werden, daß die Möglichkeit der Syndikalisierung, die für Lehrer, Juristen und andere Gruppen gelte, auch für die Soziologen gegeben sei, die als Regeltechniker in Bildungsforschung und ‚manpowerplanung' beschäftigt werden. Richtig, wenn auch für die nächsten Jahre nicht wahrscheinlich ist an diesem Einwand, daß der Bedarf in diesem Bereich wachsen kann; falsch ist jedoch nach bisherigen Erfahrung die Ansicht, daß es sich dabei um einen syndikalisierungsfähigen Bereich handelt. Da die Regeltechniker beinahe aus-

schließlich damit beschäftigt sind, überholte Institutionen zu modernisieren und dem neuesten Stand der Technik anzupassen, verkennen sie ihre Tätigkeit als Fortschritt und sind somit unfähig, mit dem System in Widerspruch zu geraten, das diesen Fortschritt ermöglicht.
Oberregeltechniker Erwin Scheuch schrieb im Mai 1968 im „Volkswirt" Nr. 18:
„... es (gibt) nicht allzu viele Soziologen, die konservativ zu nennen wären. Soziologie als eine empirische Einzelwissenschaft ... versteht sich von ihrem Anbeginn an ... als eine Disziplin, die kritisch und verändernd wirkt. Durch Beschreibung und ... Analysen konfrontiert sie Vorstellungen über Wirklichkeit mit der Wirklichkeit selbst. So wird sie dauernd überkommene Denkweisen in Frage stellen und Tabus stören. Sie ist aber sicherlich keine Revolutionswissenschaft. Ob aus einer Abweichung zwischen Wirklichkeit und Vorstellung ... der Entschluß zur Reform oder zur Revolution oder zu gar keiner Veränderung folgt, das setzt eine Bewertung voraus."
Regeltechniker wie Scheuch sind konservativ, aber sie merken es nicht. Habermas dazu in „Theorie und Praxis":
„Der Konservatismus überlebt ... in einer dynamischen Gesellschaft wie der unsrigen gerade als elastische Anpassung an den im Gefolge technischer Neuerungen institutionalisierten ‚Fortschritt'. Eine solche mangelnde Distanzierung von dem, ‚was ohnehin geschieht', ist die sozialpsychologische Voraussetzung für eine ... Erhaltung der grundlegenden Strukturen ..." (Theorie u. Praxis, Neuwied u. Berlin 1963, S. 228)
Zu dieser Unfähigkeit, mit dem System in Widerspruch zu geraten, kommt ferner hinzu, daß die Regeltechniker in derart verstreuten und unterschiedlichen Institutionen arbeiten, daß eine Syndikalisierung vorerst ausgeschlossen erscheint. Die strategische Relevanz dieser Positionen ist wesentlich geringer als die der oben genannten Berufe.
9. Die Forderung nach Abschaffung der Soziologie als Hauptfach ergibt sich noch aus einer weiteren, nicht revolutionsbezogenen Überlegung. Nach der Schlottmann-Untersuchung zeigt der Arbeitsmarkt seit etwa 1966 ein Überangebot an Soziologen. In den kommenden Jahren sind jeweils mindestens 200 Soziologieabsolventen zu erwarten, so daß sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen wird. Auch die Stellen an den Hochschulen, an denen bisher rund 42% aller Soziologen beschäftigt werden konnten, sind mittlerweile mit verhältnismäßig jungen Leuten besetzt. Nach dem Wegfallen dieser wichtigsten Berufsquelle sind die Berufsaussichten der Soziologen, verglichen mit anderen Gruppen, unverhältnismäßig schlecht.
Zur weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation trägt das gestiegene Mißtrauen gegenüber Soziologen in der Öffentlichkeit bei. SPD-Fraktionschef Schmidt sagte bei einer Veranstaltung am 6. Oktober in Gießen, nachdem er mit Stinkbomben beworfen worden war:
„Wir haben viel zu viel Soziologen und Politologen. Wir brauchen viel

mehr Studenten, die sich für anständige Berufe entscheiden, die der Gesellschaft auch nützen." (Frankfurter Rundschau, 7. Okt. 68)
Es ist zweifellos wichtig, Schmidt weiterhin mit Stinkbomben zu bewerfen. Aber die revolutionäre Bewegung ist inzwischen soweit vorangeschritten, daß diese Funktion nicht mehr von brotlosen Soziologen, sondern von „anständigen Berufen" wie Lehrern, Medizinern und anderen Gruppen ausgeübt werden kann. Heute zeichnen sich diese Gruppen dadurch vor den Soziologen aus, daß sie Berufsaussichten haben und zugleich Soziologie betreiben, soweit sie für die Praxis relevant ist.
10. Die Abschaffung der Soziologie als Hauptfach dürfte folgende Konsequenzen haben:
a) für Hauptfachsoziologen. Die fortgeschrittenen Semester, denen ein Fachwechsel nicht mehr möglich ist, sollten ihre Zeit nicht länger in Vorlesungen und Seminaren verplempern. Sie müssen begreifen, daß alle Versuche, revolutionäre Theorien revolutionär zu bearbeiten, nur zu einer fortlaufenden Kette von Rationalisierungen der eigenen luxurierenden Tätigkeit führen. Deshalb sollten sie schnell und ohne Illusion bezüglich ihrer Funktion Examen machen. Sofern sie Praxis betreiben wollen, müssen sie sich die Inhalte von den Projektgruppen und nicht länger vom Vorlesungsverzeichnis vorgeben lassen. Eine weitere revolutionäre Funktion können die älteren Hauptfachsoziologen ausüben, indem sie die Nebenfachsoziologen mit dem praktisch überflüssigen, aber für die derzeitige Prüfung erforderlichen Wissen ausstatten und sie so durchs Examen schleusen. Das hätte zu geschehen durch eine radikale, informelle Standardisierung der Prüfungsthemen. Nebenfachsoziologen wären demnach zwei bis drei Semester vor der Prüfung mit idiotensicher ausgearbeiteten Manuskripten zu versehen, die es ermöglichen, überflüssiges Wissen nicht mehr in Vorlesungen und Seminaren, sondern auf rationelle Weise zu bimsen. Mit dieser Regelung wird einerseits die Prüfung, sofern sie noch nicht abgeschafft werden kann, unterlaufen; andererseits wird, durch die Entlastung von überflüssiger Arbeit, die praktische Arbeit in den Projektgruppen und die Weiterbildung politisch relevanter Theorien und Strategien vorangetrieben.
b) Für Nebenfachsoziologen. In den ersten Jahren arbeiten die Nebenfachsoziologen in den Projektgruppen, und erlernen von daher durch praktische Arbeit die Theorie. Nach bisheriger Erfahrung wird auf diese Weise sehr viel besser und schneller theoretisches Wissen akkumuliert als durch Vorlesungen und Seminare, die vor allem für Anfänger eine ständige Frustration bedeuten. Für das Examen wird in dem gewählten Hauptfach das überflüssige Wissen auf analoge Weise vermittelt wie in der Soziologie.
c) Für Dozenten. Dadurch, daß die Studenten nicht mehr die Vorlesungen und Seminare besuchen, um dort an überflüssigen Stoffen die technische Leistungsfähigkeit zu erwerben, werden die Dozenten ihrer bisherigen Rationalisierungsmöglichkeiten beraubt: sie müssen nun entweder als

konservative Wissenschaftler ihre schlechtbesuchten Veranstaltungen weiterführen und so tun, als sei nichts gewesen, oder als potentiell revolutionäre Wissenschaftler die Projektgruppenarbeit unterstützen. Man darf behaupten, daß in dem Maße, wie die bisherigen Veranstaltungen als ein Übel erkannt werden, welches vor allem dazu dient, bürgerliche Arbeitsdisziplin zu erlernen, daß in dem Maße die Rationalisierungen für rein theoretische Arbeit fallengelassen werden, so daß in den Projektgruppen endlich intensiv praktische Arbeit getrieben und politisch relevante Theorien entwickelt werden können.

Reimut Reiche
Antwort auf Haug[1]

Diese Antwort enthält:
I. eine Retourkutsche;
II. eine Auseinandersetzung mit Haugs „Primat der Produktionssphäre";
III. einen Gedanken zu den leeren Satz von der „wirklichen sexuellen Befreiung".

Punkt I sollte von allen denen überschlagen werden, die auch nach Haugs Rezension nicht den Eindruck haben, mein Buch repräsentiere sprachlich, begrifflich und gedanklich den „Zerfall der sozialistischen Theorie". Sie können sich dann sparen nachzulesen, wie ich auf Haugs giftiges Niveau herabsteige.
Die Punkte II und III repräsentieren vornehmlich eine Zusammenfassung derjenigen von Genossen geübten Kritik an „Sexualität und Klassenkampf", die ich inzwischen eingesehen habe.

„Beginnen wir mit dem Selbstverständlichen: die Fakten müssen stimmen" (Haug, S. 88)

I.

Haug gefällt sich in der Rolle von Karl Marx in der „Deutschen Ideologie". Niemand hat etwas dagegen, daß Wolf Haug gern Karl Marx ist, aber ich habe sehr viel dagegen, von ihm zum Herrn Grün gemacht zu werden.
Hier eine kleine Auswahl von neun Augiasställen (Haug, S. 98), die Haug ausgemistet hat. In meinem Buch, gespiegelt durch Haugs Rezension, gibt es mindestens fünfunddreißig solcher Augiasställe (das ist ganz schön viel bei rund sechzig Erwähnungen und Zitaten):
1. *Haug:*
(er kritisiert hier meine Darstellung der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation):
„ . . . Ungezählte Dörfer wurden ausgelöscht, alte Leute, die sich weiger-

[1] Siehe: Wolfgang Fritz Haug, „Sexuelle Verschwörung des Spätkapitalismus", neue kritik Nr. 51/52

ten, ihr Dorf zu verlassen, in ihren Hütten lebendig verbrannt. Diese Art der Bereicherung der Herren erzeugte ein Heer von Bettlern. Bei Reiche sieht der Vorgang so aus, ‚daß die Menschen vom Land in die Stadt zogen, um dort ihren Tätigkeiten nachzugehen'. In Wirklichkeit zogen sie auf den Bettel . . ." (S. 89)
Bei *Reiche* sieht der Vorgang in Wirklichkeit so aus:
„Damit der Kapitalismus sich als gesellschaftliche Produktionsweise herausbilden konnte, *genügte es nicht,* daß . . . die Menschen vom Land in die Stadt zogen, um dort ihren Tätigkeiten nachzugehen. Vielmehr mußten in langen Jahrhunderten . . ." (Reiche, S. 32 f.)
2. *Haug:*
„ . . . solcher Nonsens kommt . . . dadurch zustande, daß Reiche einen auch von Freud nicht immer ganz vermiedenen Fehler ins Groteske übertreibt: die Übertragung der psychosomatischen Entwicklungsstadien auf Geschichte und Soziologie. Das treibt lustige Blüten. Hier ein Beispiel: Die ‚Naturvölker' klimatisch privilegierter Zonen, wo ohne menschliches Zutun die Natur alle notwendigen Lebensmittel jahraus jahrein im Überfluß darbietet, ‚verharren', weil sie keine Vorratsbildung betreiben müssen, ‚auf vor-analem Niveau'" (S. 98).
Reiche:
schreibt nichts von klimatisch privilegierten Zonen oder ähnlichem Nonsens. Sondern gerade das Gegenteil von dem, was Haug ihm unterstellt: Die Annahme, die Arapesch könnten „auf die Ausbildung eines repressiven Analcharakters verzichten, *weil* sie nur eine stationäre Wirtschaftsweise kannten", sei „sicherlich falsch" (Reiche S. 30).
Mit aller Schärfe beharre ich auf der Notwendigkeit der Vermittlung (nicht „Übertragung") von psychosomatischen Entwicklungsstadien des Individuums und dem in einer Gesellschaft vorherrschenden oder erreichbaren Niveau der Befriedigung und der *Entwicklung* individueller Bedürfnisse. Was ich damit meine, habe ich in der Anm. 37 zusammenzufassen versucht.
Für die „Übertragung von psychosomatischen Entwicklungsstadien auf Geschichte und Soziologie" gibt es außer Freud noch einige andere Vorbilder:
+ Erich Fromm in „Autorität und Familie": autoritär-masochistischer Charakter
+ Erik H. Erikson: kollektive Identität, Gruppen-Ich
+ W. Munsterberger: orale Kultur
+ Ch. N. Sarlin: orale Kultur
+ Anne Parsons: kollektive Manifestation oraler Charakterzüge in der süditalienischen Unterklasse.
3. *Haug:*
„Immerhin könnte Reiche der Tatsache, daß auch die Kannibalen sich nicht durch den Mund, sondern vermittels genitaler Sexualität fortpflanzen, etwas größeres Gewicht geben." (S. 97).

Reiche:
„Der genitale Verkehr wird zwar ausgeübt, auch mit differenzierten Techniken und höchstwahrscheinlich mit dem Resultat des regelmäßigen Orgasmus, aber er ist, von der Struktur des Ichs her gesehen, nicht eigentlich in einen genitalen (postödipalen) Zusammenhang eingebettet, sondern folgt vornehmlich infantilen Vorbildern." (S. 30)
Noch etwas mehr Gewicht:
Während der gesamten Zeit der Schwangerschaft und Stillperiode hat die Arapesch-Frau keinen Geschlechtsverkehr. Das sind in dieser Kultur pro Kind vier Jahre. Die Arapesch sind sehr kinderreich; in der Regel kommt spätestens nach 4 Jahren das nächste Kind. Das ergibt tatsächlich, daß die geschlechtsreifen Arapesch den Geschlechtsverkehr nur als höchst nebensächliche sexuelle Befriedigungsquelle kennen.
Das etwas rosige Bild, das M. Mead von den Arapesch gezeichnet hat, muß außerdem korrigiert werden. Bei den Arapesch ist der weibliche vaginale und klitoridale (!) Orgasmus so gut wie unbekannt. Die Frauen beziehen ihre orgastischen Erregungen hauptsächlich aus dem Brustlutschen der Kinder, die Männer ihre sexuellen Erregungen hauptsächlich vermittels der Technik des „lip-bubbling" (die am ehesten noch mit dem Schnuller-Lutschen in unseren Gesellschaften verglichen werden kann).
4. *Haug:*
„Reiche folgt Freuds Ansichten nicht nur kritiklos, er mystifiziert sie vollends. Dies gilt für Freuds Phasenlehre (oral, anal, phallisch — Latenz — genital); insonderheit aber gilt das für den Begriff der Genitalität. In ihn schmuggelt er die idealische Seite des ganzen Komplexes bürgerlicher Selbststilisierung ein." (S. 106). Dieser Vorwurf heißt zusammengefaßt: ethnozentrischer Biologismus.
Haug (eine Seite weiter):
„In der Annahme der wesenlosen Plastizität des Menschen geht Reiche so weit, daß er selbst den Hinweis auf eine ‚natürliche Lustprämie' der heterosexuellen Liebe . . . zurückweist. Da ist keine Natur mehr in Sicht." (S. 107).
Moral:
„Es verhält sich hier wie beim Wettlauf zwischen Hase und Igel, denn unser Autor, hierin einer ganzen Igelfamilie gleich, ist immer schon da, weiß immer auch das klügere Gegenteil zu sagen . . ." (Haug, S. 93).
5. *Haug:*
„Ebenso bezeichnet er u. a. das Bettnässen als ‚Reaktionsbildung der Zwangsmasturbation'. Freud benennt dasselbe Phänomen als ‚Ersatz' für Onanie . . ." (S. 94). Haug zufolge ist das völlig falsch.
Ich habe nichts dagegen, das Bettnässen, Kratzen, Nägelkauen als *Ersatzbildung* auf dem Weg der Onanieabwehr zu bezeichnen.
Haug
sollte aber trotzdem mal im Gesamtregister (Freud, Gesammelte Werke, Band XVIII, S. 511 f.) unter Reaktionsbildung nachschlagen. Unter den

43 Hinweisen finden sich mindestens zehn Stellen, die den Terminus „Reaktionsbildung" im oben angeführten Sinn rechtfertigen.

6. *Haug:*

„‚Ausbeutung', rückblickend gar ‚Ausplünderung', ist ein hartes und deshalb gern verwendetes Wort. Aber wer es wie Reiche verwendet, kriegt es weich. Wo das Kraftwort nicht nur schmückende Funktion hat, sondern so etwas wie eine Theorie andeutet, besagt diese, etwas vereinfacht: früher war es noch einfach, da wurden die Arbeiter ‚physisch ausgeplündert', heute werden sie ‚über den Konsum ausgebeutet'. Der Gedanke ist das, was man eine linke Masche nennt; . . ." (S. 90).

Reiche:

„Nicht, daß die Manipulation an die Stelle von Ausbeutung getreten wäre. Aber die Manipulation von Bedürfnissen wie von Zuständen scheinbarer Befriedigung im Konsum, in der Kommunikation, in der Sexualität, zeigt an, daß die Ausbeutung nicht mehr als physische Ausplünderung unmittelbar und allein funktioniert . . ." (S. 14)

„Der historische Fortschritt von der unmittelbaren Ausbeutung zur manipulativen Ausbeutung beinhaltet, daß die Herrschaft (des ‚Ausbeuters') nicht länger direkt und personal anschaubar . . . ist." (S. 16).

„ . . . alle diese Formen der sexuellen Manipulation sind Formen, in denen sich ökonomische Ausbeutung gegenwärtig materialisiert. Sie sind in ihrem Zusammenhang nur *ein* Ausdruck der aktuellen Form von Ausbeutung." (S. 19).

und viele andere mehr.

7. *Haug:*

„Nur eine allgemeine Begeisterung für ‚klassische Ausbeutung' . . . mag Reiche dazu gebracht haben . . . , sich in der ganz unerlaubten Illusion zu wiegen, Sexualunterdrückung und ihre Neurosen ergäben revolutionäres Potential." (S. 108).

Reiche:

da schau her!

8. *Haug:*

„Aber verlassen wir die Tauschsphäre und wenden uns der kapitalistischen Produktion zu: gähnende Leere, kaum mehr als das Wort. . . . Nur von ‚sinnentleerter' Arbeit ist einmal die Rede." (S. 90)

Reiche:

Seite 50—56.

9. *Haug:*

„Für den Zweck der kapitalistischen Akkumulation, so Reiches These, mußten bestimmte Verzichte ‚im Sozialcharakter eines Volkes verankert werden', zumal in der Seele des arbeitenden Volkes. . . . So denkt sich das einer aus. . . . An dieser Mixtur stimmt keine Zutat. Was Reiche aus der Seele des ganzen Volkes liest, stimmt, wenn man es nicht allzu genau nimmt, vielleicht für die Kleinkapitalisten. Die Arbeiter mußten keinen Verzicht verinnerlichen. Das kann nur, wer hat. . . ." (S. 92).

Reiche
kennt die „Seele des arbeitenden Volkes" gar nicht so gut, weil er sich nicht mit der Produktionssphäre beschäftigt hat. Siehe S. 33. Sondern:
„Die kapitalistische Produktionsweise erforderte, um sich sozial durchsetzen zu können, ein Leistungsprinzip, das in der psychischen Struktur der Individuen so verankert war, daß es nicht ständig äußerlich aufgezwungen werden mußte, sondern als innerer Zwang funktionieren konnte. Dieses Prinzip galt zunächst für die Gruppen, die die kapitalistische Produktionsweise und die primäre Akkumulation durchsetzten und sich in diesem Prozeß als herrschende Klasse etablierten. Es galt . . . noch nicht für die beherrschte Klasse." (S. 39).
10. *Haug:*
„So aber fügt Reiche der marxistischen Theorie wenigstens Verballhornungen hinzu . . ." (S. 89).
Anmerkung für flüchtige Leser:
Verbalhornisierung schreibt man mit einem ‚l'. Trotzdem leitet sich dies Wort nicht von „verbal" her, sondern von Spötteleien auf Johann Balhorn d. J., einen Buchdrucker aus Lübeck, der 1586 das Lübische Recht neu herausgegeben hat.

„Ihr geht von der Konsumtion aus, wir aber von der Produktion; Ihr seid daher keine Marxisten."
Wilhelm Pieck, 1932, in einer Aussprache mit Sex-Pol-Vertretern.

II.
Haug hat in seiner Kritik richtig festgestellt, daß in der Produktionssphäre „nach wie vor rigorose ‚Moral' und Triebfeindschaft" (S. 104) gelten. Das wird in meinem Buch zu wenig betont. Es kam mir ja gerade darauf an, zu zeigen, daß die in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern allgegenwärtigen ökonomischen Probleme der Überproduktion es notwendig machen, daß der klassische anale Zwangscharakter gelockert wird (R. R. 41, 119). Diese zentrale These meines Buches ist, glaube ich, nicht falsch. Sie kann aber nicht „aus dem Produktionsverhältnis" unmittelbar abgeleitet werden; denn in der Produktionssphäre gelten gerade die alten „analen" Gesetze von Ordnung, Sparsamkeit, Eigensinn und geschlossener Sexualfeindschaft. Um die „Lockerungen" in der Charakterstruktur zu entdecken, um kulturell neue Formen der Triebmischung, der Triebblockierung und der Integration von Trieb und Bewußtsein aufzuweisen, muß man notgedrungen die Sphäre des Konsums analysieren, wennn man sich nicht allein auf klinisches Material stützen will, oder dies gar nicht kann. Die entscheidenden Mängel meiner Analyse sind nicht

dadurch entstanden, *daß*, sondern *wie* ich mich auf die Konsumsphäre konzentriert habe:

1. Meiner Analyse zufolge kann leicht der Eindruck entstehen, es werde der klassische Analcharakter nicht nur „gelockert" — sondern abgeschafft. Das ist sicher nicht der Fall. Die kollektiven Tendenzen zur „endlosen Pubertät", zum Fetischismus ohne Kraft zur Objektfixierung sind erstens nicht durchgängig festzustellen und zweitens durchaus in einer Integrationsform mit starken analen Kontrollen und Reaktionsbildungen denkbar.

Der zentrale Punkt ist: Dadurch, daß die beiden Sphären, Produktion und Konsumtion, gegenwärtig so konträre Verhaltensmuster erzwingen (s. Haug, 104), entsteht vielleicht eine kollektive Tendenz zur multiplen Persönlichkeit, insofern als die Individuen in den verschiedenen Phasen der Sozialisation zwanghaft zwei widersprüchliche Charakterelemente und die ihnen entsprechenden Verhaltensweisen ausbilden müssen und diese widersprüchlichen Charakterelemente und Verhaltensweisen auch täglich einzusetzen gezwungen sind: rigide, klassisch autoritär und sexualfeindlich „im Betrieb"; „gelockert", objektlos fetischistisch und „scheinsexuell" in der Freizeit.

2. In die Untersuchung sexueller Tendenzen in der Arbeiterklasse habe ich noch am ehesten die Produktionssphäre einbezogen (S. 50—56). Aber in den letzten Kapiteln wird der behauptete neue sexuelle Typus der „genitalen Fassade" nur mehr ungenügend schichtspezifisch differenziert. Es entsteht der Eindruck, als bezöge sich die von mir gezeichnete Form der „genitalen Fassade" gleichermaßen auf alle sozialen Schichten. Das ist in zweierlei Hinsicht nicht der Fall. Einmal trifft die Analyse in der speziellen Ausformulierung, wie ich sie geliefert habe, besonders zu für die jugendlichen Teile der Mittelschicht, und hier vor allem für die Teile, die weitgehend von dem freigesetzt sind, was Haug allein als Produktionssphäre verstehen will: Fabrik- und Büroarbeit.

Bei den Jugendlichen und Älteren aus der Unterschicht dürften je besondere Typen der repressiven Entsublimierung vorzufinden sein. Das habe ich außer im letzten Abschnitt des 3. Kapitels vernachlässigt. Zum anderen gelten meine Formulierungen vornehmlich für die männlichen Jugendlichen aus der Mittelschicht. Die besondere Ausprägung der „genitalen Fassade", wie ich sie gezeichnet habe, ist immer noch ein vorwiegend männliches Triebschicksal. — Wie überhaupt in dem Buch von weiblicher Sexualität und von heute spezifisch weiblichen Regressionsformen und Abwehrtechniken gegen repressive Entsublimierung nicht die Rede ist.

3. Es wird im Gang der Analyse zu wenig deutlich, daß es „keinen obersten Manipulator" (R. R., S. 48) gibt und daß „die Kapitalien" kein bewußtes Interesse an einer sexuellen Auflockerung oder Manipulation haben. Das hat vor Haug schon Augstein gemeint erkennen zu müssen. Es ist aber gefährlich zu behaupten:

„Es grenzt ans Paranoische, diesen Prozeß als primär kontrolliert und

repressiv darzustellen. Dem Kapital geht es weder um Freiheit noch um Herrschaft, sondern um Profit." (Haug S. 105).
Dieser Prozeß ist sehr wohl repressiv — obwohl er primär ‚nur' ein Prozeß der Realisierung von Mehrwert ist, und „dem Kapital" geht es sehr wohl um Herrschaft. Es ist platter Ökonomismus, ökonomischen Profit und soziale Herrschaft derart zu trennen.
Historisch und ökonomisch fragwürdig und politisch gefährlich wird Haugs Bekenntnis zum nur profitinteressierten „Kapital" und zum Primat der Produktionssphäre dort, wo es als Ouvertüre für die alte Krisenoper dient:
„Der in seinem Bestand durch ökonomische Krisen und Kampf der Arbeiter gegen das Kapital — und sei es auch ‚nur' um mehr Lohn und ‚Mitbestimmung' — gefährdete Kapitalismus und sein Staat werden u. a. wieder mit Sexualfeindlichkeit reagieren und mit der Mobilisierung sexuellen Neides.... Je weniger Mangel und Verzicht zur zweiten Natur geworden sind, desto ungeduldiger werden die Massen sich in kommenden Entbehrungssituationen verhalten. Was sie erst einmal richtig haben, kann ihnen nicht wieder weggenommen werden, ohne ihren Aufstand auszulösen." (S. 106).
Ich habe im 1. Kapitel des Buches gefragt: „Welche Klasse kämpft?" weil ich die Sexualität derjenigen sozialen Schicht oder Gruppe als besonders untersuchenswert empfinde, die derzeit am stärksten in manifest politische Kämpfe verwickelt ist; diese Schicht oder Gruppe — ich kann auch nichts dafür, daß wir keine eigene Klasse sind und uns in unserer ökonomischen Stellung und unserer psychischen Struktur von der Arbeiterklasse unterscheiden — ist nicht identisch mit den „Massen" und „Arbeitern" von Haug. Diese Einstellung der Untersuchungsoptik hat politische Gründe und hat ihre theoretische Rechtfertigung in unseren eigenen aktuellen Kämpfen, nicht in einem dogmatischen und gegenwärtig hilflosen Revolutionsmodell.
Es ist gewiß mitbedingt durch ihre Stellung im Produktionsprozeß, daß die kämpferischen Teile dieser Schicht, daß die gegenwärtige Protestbewegung überhaupt vornehmlich Konflikte aus der Konsumsphäre spürt und thematisiert — zur Zeit etwa unter dem Schlagwort „Konsumterror". Daß aber genau diese Konflikte noch am leichtesten zu politischen Kampfpunkten gemacht werden können, hat seine Logik durchaus in der Entwicklung der kapitalistischen Produktion selbst; auch Haugs Massen sind heute am ehesten mit Themen wie Mietwucher, Pressemonopol, Fernsehverdummung, Produktverschwendung etc. zu politisieren. Ich sehe darin nichts Bedauerliches, auch keine Gefahr für ein Abgleiten sozialistischer Strategie in Reformismus oder linken Opportunismus, erst recht keinen Zerfall der sozialistischen Theorie — sondern primär eine politische Flexibilität und Gescheitheit der Protestbewegung. Es ist jedenfalls sicher, daß in der Springer-Kampagne mehr Menschen — auch aus der Arbeiterklasse — zu bewußten Sozialisten geworden sind, als in den

letzten zehn Jahren „Kampf" um Mitbestimmung — und zwar zu Sozialisten, die die Produktionssphäre durchaus nicht vergessen haben. Die Wut, in der Haug sich vom Zerfall der sozialistischen Theorie und von Augiasställen eingekreist sieht, dürfte ihren Kern nicht zuletzt in dieser politischen Differenz haben.

4. Haug interpretiert meine Analyse der Scheinsexualisierung durch Mode und Reklame dahingehend, daß durch den Kauf symbolhaft sexueller Lizenzen bisher gültige Normen der Kanalisierung des Sexuellen aufgelöst oder doch umgangen werden. Und er führt gegen mich an:

„Symbolisch soll heißen: sie (= die sexuellen Lizenzen der Textil- und Modebranche) ermöglichen bisher unmögliche sexuelle Verhaltensweisen in der Form bloßen Scheinens; im allgemeinen Zeigen und Schauen bleibt das Sexuelle vorerst in der Schwebe. Der Vorgang kann als der Beginn einer kollektiven Icherweiterung gesehen werden: . . ." (S. 105).

Dieser Kritik stimme ich zu, mit einer Einschränkung. In der Tat wird in „Sexualität und Klassenkampf" vollkommen unterschlagen, daß bei der manipulativen „Sexualisierung des Konsums" möglicherweise auch eine List der Geschichte am Werk ist: daß durch die „Lizenzen" vielleicht auch eine Sexualisierung des eigenen Körpers und eine Erotisierung der Kommunikation eingeleitet wird, die zur Entfaltung der Sexualität und mittelbar zu einem Prozeß der Bewußtwerdung (oder doch ‚Vorbewußtwerdung') sozialer Unterdrückung und ökonomischer Ausbeutung führen kann.

Es ist aber interessant, daß Haug, um zu diesem einsamen sachlichen Diskussionspunkt zu kommen, selbst an der „Konsumsphäre" ansetzen muß. Er vermag auch nicht auszufüllen, was er mit dem Begriff der Icherweiterung meint. Wollte man an diesem wirklich zentralen theoretischen und politischen Punkt weiterarbeiten, so müßte man an der schichtspezifischen Zuteilung symbolhaft sexueller Lizenzen einhaken. Es würde sich dann wohl herausstellen, daß die derart bedingte Tendenz zu einer kollektiven Icherweiterung bestenfalls für die Schichten gilt, die am wenigsten in der Sphäre der Produktion zuhause sind: Schüler und Studenten. Dabei könnte man freilich nicht auf eine Analyse der schichten- und berufsspezifischen Charakterdeformationen verzichten, die in der Produktionssphäre mitbedingt und verfestigt werden. Man müßte also genauer arbeiten, als ich es getan habe. Die Produktionssphäre allein und die in ihr geltenden Gesetze aber kann man drehen und wenden wie man will, es werden doch nicht die gegenwärtigen sexuellen und charakterologischen Tendenzen ans Licht treten.

5. Ich habe nicht erklärt, was ich mit dem „Tauschwert" der Sexualität meine. Zwar heißt es bei mir in Bezug auf die Sexualität, daß im Kapitalismus „sämtliche menschliche Tätigkeit und Qualitäten reduziert werden auf ihre Verwendbarkeit im Produktionsprozeß, sie also allesamt auf ihre ‚Tauschrelation' umgerechnet werden" (S. 34). Oder „Die Sexualität wird also in Kategorien des *Tauschwerts* gemessen" (S. 36). Man sollte

aber zunächst vom „Tauschwert" der Sexualität nicht sprechen, ohne zu sagen, was ihr „Gebrauchswert" ist. Dabei zeigt sich sogleich, wie problematisch die Anwendung dieser für die Aufschlüsselung der „Ware" geprägten Begriffe auf die Sexualität sind. Marx sagt:
„In der Tat ist der Gebrauchswert der Ware gegebene Voraussetzung —, die stoffliche Basis, woran sich ein bestimmtes ökonomisches Verhältnis darstellt. Es ist erst dies bestimmte Verhältnis, das den Gebrauchswert zur Ware stempelt. Weizen z. B. besitzt denselben Gebrauchswert, ob er von Sklaven, Leibeignen oder freien Arbeitern gebaut werde. Er würde seinen Gebrauchswert nicht verlieren, wenn er vom Himmel herunterschneite." (Grundrisse, S. 763)
In dieser Bestimmung ist insofern eine unhistorische Verkürzung des Gebrauchswertes enthalten, als auch der Weizen in verschiedenen Gesellschaften auf verschieden ausformulierte Bedürfnisse und verschieden entwikkelte Genußfähigkeiten trifft. Noch viel schwieriger ist es, *den* Gebrauchswert der Sexualität zu bestimmen. In „Sexualität und Klassenkampf" entsteht ganz zwanglos das Bild, als habe die Sexualität jenseits der Tauschwert-Eigenschaften, die ihr im Kapitalismus zukommen, einen „natürlichen" Gebrauchswert. Natürlich sind aber nicht diese oder jene Formen der sexuellen Betriedigung und der dabei verspürten Erlebnisqualitäten, sondern nur die chemischen Umwandlungen und die psychologischen Veränderungen, die bei der sexuellen Spannung und Befriedigung aufzutreten pflegen (so wie der Weizen ein bestimmtes Artgewicht und einen bestimmten Wassergehalt hat, egal ob er von Sklaven oder freien Individuen . . .). Die vorherrschende Form der sexuellen Betätigung im Kapitalismus ist nun, daß sexuelle Stimuli und sexuelle Lizenzen und Symbole *abgetauscht* werden. Darin ist sowohl eine historische Form des Gebrauchswertes von Sexualität als eine „ökonomische" Realisierung des Tauschwertes von Sexualität enthalten (es sei denn, man reduzierte den Gebrauchswert von Sexualität und von Weizen auf ihre chemischen etc. Substanzen).
Wahrlich ein Skandal aber ist die Reduktion, die Haug den Kategorien des „Tauschwertes" und der „Warenform" antut:
„Offenbar hält Reiche die Warenform für genießbar. Oder er verwechselt sie mit der ‚modernen Formgebung' der Absatztechniker. In Wirklichkeit meint der Begriff schlicht, daß eine Sache einen Preis hat und also verkäuflich ist. Wenn diese Sache die Sexualität ist, handelt es sich eben um käufliche Liebe." (S. 90)
Wenn es im Kapitalismus so schlicht zuginge, daß der Sexualität die Warenform nur in der Form der Prostitution eignete und daß der gesellschaftliche Charakter davon unberührt bliebe, dann gäbe es schon lang keinen Kapitalismus mehr. Marx aber sagt:
„Die Austauschbarkeit aller Produkte, Tätigkeiten, Verhältnisse gegen ein Drittes, *Sachliches*, was wieder gegen alles *ohne Unterschied* ausgetauscht werden kann — also die Entwicklung der Tauschwerte (und der

Geldverhältnisse) ist identisch mit der allgemeinen Venalität, Korruption. Die generelle Prostitution erscheint als eine notwendige Phase der Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der persönlichen Anlagen, Vermögen, Fähigkeiten, Tätigkeiten. Mehr höflich ausgedrückt: Das allgemeine Nützlichkeits- und Brauchbarkeitsverhältnis." (Grundrisse, S. 80)
Klarer geht es nicht. Zu diesen „Produkten, Tätigkeiten, Verhältnissen" gehört die Sexualität, auch dann wenn sie nicht in der Form der besonderen Prostitution gegen Geld auf den Markt geworfen wird.

III.

Haug ist der Ansicht: „die volle Freiheit der Sexualität ist mit der ökonomischen Herrschaft des Kapitals nicht zu vereinbaren" (S. 108). Der Ansicht bin ich natürlich auch. Es kommt aber gerade darauf an zu zeigen, mit wieviel „Freiheit" der Sexualität die Herrschaft des Kapitals noch zu vereinbaren ist und welche „Befreiungen" noch vom gegenwärtigen Kapitalismus eingemeindet werden können. Darüber hinaus kommt es darauf an, wenigstens einige Elemente dessen zu entwerfen, was wir mit „voller Freiheit der Sexualität" meinen. In diesem Punkt sind Haug und ich gleich schwach. Haug kann nur schaumig und hohl die „wirkliche Befreiung der Sexualität" (S. 106) bedenken. Worin diese bestehen soll, vermag er so wenig zu sagen wie ich. Ein einziges Mal benennt er einen möglichen Inhalt dieser Befreiung — wo er vom „Beginn einer kollektiven Icherweiterung" spricht — (S. 105 — siehe oben). Ansonsten gähnt bei ihm die reine Lehre. Ich meinerseits habe alle utopischen Entwürfe mit dem Hinweis darauf entwertet, daß zu ihrer Konstruktion nur die Sprache, Affekte und Bilder der gegenwärtigen Unterdrücktheitszustände zur Verfügung stünden (S. 167 f.) und mich dann in das eigens von mir idealisierte Kulturpanorama der „entfalteten Genitalität" gerettet. Warum habe ich das getan und was war daran falsch?
Nicht falsch ist zunächst das möglichst strenge Beharren auf dem biopsychischen Fundament der Freud'schen Phasenlehre der menschlichen Sexualität. Weder in der theoretischen Reflexion noch in der täglichen Erziehungspraxis können ungestraft die *biologischen* Voraussetzungen der Sozialisation, der Entwicklung kognitiver Strukturen etc. übersprungen werden. Falsch oder zumindest problematisch ist bei mir wiederum die Optik, von der aus diese Betonung geschieht : nämlichdie Verkoppelung von „individueller" Genitalität als formalem Rahmen der Charakterstruktur und „kollektiver" Genitalität als konkreter Kulturstufe, gar als Geschichtsepoche. Bei mir erscheint in der Tat das Bild, es repräsentiere die bürgerliche Variante der Genitalität und des mit ihr verknüpften Realitätsprinzips nicht nur die historisch entwickeltste, sondern die einzig erstrebenswerte Kulturstufe, die aufzugeben einem Einfall der Hunnen gleichkäme. (Ich gestehe, daß mir beim Schreiben der emphatisch „genitalen" Phasen Schillers „Glocke" deutlicher als Ich-Ideal vorschwebte als etwa Sgt. Pepper oder der Befreiungskampf des Vietkong.)

Aber wer von „befreiter Sexualität" spricht, darf von der Biologie nicht schweigen. Es ist einstmals revolutionär gewesen, daß die kritische Theorie alle biologischen und anthropologischen „Universalien" von der Natur des Menschen, der Masse und der Rasse geprüft und als falsch oder im Dienst von Herrschaftsideologien stehend befunden hat. Wo die kritische Theorie in der revolutionären Praxis aufgehen soll, zum Beispiel in der Kindererziehung in Kommunen, Großfamilien und antiautoritären Kindergärten, kann dies Prinzip auch eine gefährliche Seite hervorkehren: die Verleugnung biologischer Schranken, physiologischer und anatomischer Abhängigkeiten.

Zum Beispiel: Die lange frühkindliche Abhängigkeit hat eine kulturelle *und* eine biologische Seite, diese bezogen auf Konstitution, Trieb und Affekt, jene bezogen auf den Umgang mit Trieb und Affekt (z. B. Art und Zeitpunkt des Abstillens, Techniken des Säugens, Handhabung der Aggressivität) und auf die Hervorlockung der konstitutionellen Fähigkeiten (etwa Koordination des Muskelsystems). Die Art und Weise, wie die orale Abhängigkeit gehandhabt und überwunden wird — wieweit und ob sie überhaupt überwunden wird — ist gleichermaßen entscheidend für die „erwachsene" sexuelle Organisation *und* für die Entwicklung der emotionellen und kognitiven Strukturen. Offenbar bereitet es Schwierigkeiten, einen „oralen Charakter", ein „vor-anales" Kulturniveau vorzustellen. Ich habe dergleichen so sehr strapaziert, um die herrschende kulturelle Form der Genitalität und ihre Idealisierung zu konfrontieren mit anderen kulturellen Verarbeitungsmustern der kindlichen Konstitution *und* Plastizität. Daß ich mich dabei doch auf die Seite unseres Kulturideals der Genitalität geschlagen habe, ist eine andere Sache. An den „vor-analen" Dogon ist etwa gerade bedeutsam, daß die frühkindliche — und bei den Dogon extrem befriedigende und langwährende — orale Abhängigkeit niemals aufgegeben wird. In ihrem „erwachsenen" Leben sind nicht — wie bei uns — das Modell der Trennung/Vereinigung aus der analen Phase und der Ödipuskomplex die Vorbilder aller libidinösen Befriedigungsformen, sondern das Abstillen selbst. Die Dogon kennen unter anderem keine anale Phase in unserem Sinn (sie machen m.a.W. aus dem biologischen Fundament der Sphincterkontrolle etwas kulturell ganz anderes als wir, *aber* sie negieren dies Fundament nicht): „Die abweichenden Bedingungen, unter denen das Kind der Dogon die anale Phase der Triebentwicklung erlebt, scheinen noch weiterreichende Folgen zu haben. Das europäische Kind lernt das Trennen zwischen Ich und Nicht-Ich, Ich und Objekt, Ich und Mutter am Übergangsobjekt Kot, das wegen seiner polaren Eigenheit (innen-außen, körpereigen — körperfremd) dazu besonders geeignet ist. Gleichzeitig wird die Aggression in den Dienst der analen Wünsche gestellt: erst wird sie für die Erhaltung der Einheit (mit der Mutter, mit dem Kot) eingesetzt, dann in der analsadistischen Phase zur Trennung verwendet. Das lustvolle Erkennen von Unterschieden, das trennende Denken ist der frühen Entwicklungs-

phase fremd. Erst jetzt erfolgt die affektive Loslösung von der Dualunion mit der Mutter. Sie ist kein Körperteil mehr — eine Konzeption, die mit dem Abstillen noch nicht deutlich vollzogen ist, sondern erst mit den Übungen am Modell: Kot. Bei den Dogon muß das Abstillen als Modell dienen. Uns erscheint dies wie ein künstlicher, verspäteter Ersatz. Ihnen müßte unsere anale Phase künstlich vorkommen, müßte die Ekelschranke, die sie nicht kennen, und das von analen Reaktionsbildungen abgeleitete trennende, einteilende und regulierende Denken pathologisch erscheinen." (Parin und Morgenthaler: „Die Weißen denken zuviel ...", S. 470.) Die konkrete theoretische Reflexion auf das, was wir uns unter „befreiter Sexualität" vorstellen, ist nur möglich, wenn man genau dem Programm folgt, das Haug für unzulässig erklärt: der Vermittlung von „psychosomatischen Entwicklungsstadien" und dem „ganzen Komplex von charakterlichen Eigenschaften und sozialen Rollen", die auf ihnen aufbauen. Mag ich an einigen Stellen in unzulässiger Weise die genitale Sexualität mit dem literarischen Niederschlag der bürgerlicher Stilisierung von Liebe und Treue, Sexualität und Charakter identifiziert haben; sicher ist, daß ohne diese Vermittlung das Bild von der befreiten Sexualität eine utopisch-abstrakte und mythologische Gestalt annehmen oder zu einer bloß quantitativen Ausweitung gegenwärtiger Formen sexueller Befriedigung und erotischer Selbstdarstellung verkommen wird.

Auf die Gefahr hin, daß ich nun wirklich unendlich unwirklich werde und mir nun wirklich jede Natur außer Sicht gerät (Haug, S. 107), kann ich mich bestenfalls zu der folgenden „wilden" Spekulation entschließen:
Eine befreite Sexualität hat einerseits die Fesselung der Partialtriebe unter den Primat der Genitalität abgestreift und erkennt eine unendliche Differenzierung individueller Integrationsformen der verschiedenen Triebziele und Triebobjekte an. Aber: Selbst meiner Phantasie von der „unendlichen Differenzierung", von der Realisierung der „minimalen Differenz" haftet das „von analen Reaktionsbildungen abgeleitete trennende, einteilende und regulierende Denken" (Parin und Morgenthaler) an. Beim nächsten Schritt meiner Phantasie geht es mir ebenso: Alle diese individuellen Manifestationen „minimaler Differenzen" sollen vereinigt werden unter dem gemeinsamen Nenner: größtmögliche Erweiterung der Bewußtseinsqualitäten bei gleichzeitiger Vervollkommnung zur Beherrschung *und* Humanisierung der Natur.
Wir können nur in „genitalen" Kategorien mit stark „analer" Färbung denken, in Kategorien der Herrschaft, der unendlich sich wiederholenden Spannungs-Befriedigungs-Kurve und in Kategorien der Trennung und Vereinigung unter Schmerz und Lust. Wir sind gar nicht im Stand, Befriedigung ohne Spannung zu denken und Lust ohne Schmerz. Das ist nicht natürlich, sondern uns eingepflanzt in mühevoller Kulturarbeit (inklusive dem Verbrennen von Haugs schottischen Dörfern). Was daran „Natur" ist, ist, daß die unterschiedlichen Prozesse der Triebmodifizie-

rung und Charakterbildung nicht richtungslos nach allen Seiten ablaufen können.

Wo ich den genitalen Charakter idealisch stilisiert und als *die* kulturell erstrebenswerte Norm ausgegeben habe, habe ich gewissermaßen eine reformistische Forderung vertreten: die Befreiung der Sexualität und des Charakters aus ihren analen Verstrickungen, in denen sie durch die spezifisch bürgerliche Untergangsform des Ödipuskomplexes gefesselt bleiben. Ich wollte also den Primat der Genitalität nur „wirklich" herstellen. Die entsprechende „revolutionäre" Forderung hieße: Befreiung der Sexualität auch von ihren *genitalen* Fesseln. Weiter denken kann ich nicht: einmal kann ich in der Theorie nicht von der Freud'schen Phasenlehre abstrahieren und dann kann ich auch die „Überwindung der Primates der Genitalität" nur in genitalen Kategorien mit analer Färbung denken. Zum andern sind Prozesse wie die Entwicklung differenzierter Sprachstrukturen, differenzierter kognitiver Leistungen und die Erreichung von Ich-Autonomie — alles Fähigkeiten, die wir allgemein zur psychologischen Basis einer sozialistischen Kultur rechnen — nur denkbar, wenn die sog. Partialtriebe eine Modifizierung erfahren — eine Modifizerung, die vielleicht mit unserer Vorstellung vom Primat der Genitalität nicht übereinzustimmen braucht, aber die doch auch mit dem Begriff der polymorphperversen Sexualität schlechterdings nicht vereinbar ist. Vereinbar wäre diese Modifizierung allerdings mit *polymorpher* Sexualität.

Was dabei die „Übertragung der psychosomatischen Entwicklungsstadien auf Geschichte und Soziologie" (Haug, S. 98) betrifft, die Haug für so unzulässig hält: In der Tat gibt es verblüffende *Entsprechungen*. Vielleicht ist es überzogen, von „oralen" oder „analen Kulturen" zu sprechen — einige ethnologisch arbeitende Psychoanalytiker tun es —; empirisch nachweisen läßt sich, daß der phasenspezifische Sozialisationsvorgang des Menschen selbst eine historische Dimension hat: daß die Individuen ganzer Kulturen in passiv oraler Abhängigkeit, in analen Reaktionsbildungen, im phallischen Rivalisieren oder in der Überwindung des Ödipuskomplexes stecken bleiben, daß sie unfähig sind, Leistungen zu vollbringen oder in Kategorien zu denken, die bei uns mit der analen Phase erworben werden etc. und daß allen diesen *kollektiven* Resultaten der Sozialisation libidinöser und aggressiver Strebungen verschiedene Realitätsprinzipien entsprechen. Vielleicht darf man sogar den Gedanken wagen, daß auch „das" Lustprinzip nicht die archaische universelle Einheit bildet, die wir ihm zu unterstellen pflegen, wenn wir ihm verschiedene Realitäts- und Leistungsprinzipien gegenüberstellen.

Wenn dieser Gedanke richtig ist, dann gibt es auch eine Hoffnung für die Entfaltung der „revolutionären negativen Anthropologie", die am Ende meines Buches angedeutet wird. Es könnte dann sein, daß die Entwicklung der menschlichen Kultur und die Differenzierung kollektiver und individueller Charakterstrukturen nicht dort ihr Ende zu finden braucht, wo die Entwicklung der Sexualfunktionen des Menschen endet:

an der genitalen Phase. Es könnte dann sein, daß „post-genitale Kulturstufen" denkbar und realisierbar sind, kulturelle Niveaus jedenfalls, auf denen die Sexualität des entwickelten und sozialisierten Menschen nicht länger nach polymorph-pervers und genital unterschieden wird, sondern nach Einheiten und Differenzierungen libidinöser und aggresiver Energien, die jenseits dieser Unterscheidung liegen und die wir heute noch nicht denken können.

Erst auf einer solchen Stufe der geschichtlichen Entwicklung könnten auch die rigiden Definitionen der Geschlechtertrennung und der Generationenschranke zugunsten humanerer Markierungen der individuellen Differenzierung überholt werden, erst auf einer solchen Stufe wäre auch eine gleichgeschlechtliche Sexualpraxis ohne pathologische Fixierungen denkbar.

Erst auf einer solchen Stufe der geschichtlichen Entwicklung wäre es auch möglich, Liebe und Treue aus dem Zusammenhang zu befreien, in den sie in der bürgerlichen Kultur (und in meinem Buch) gefesselt bleiben, zu befreien davon, als Abwehrmechanismen gegen individuelle und kollektive Regression dienen zu müssen.

Achten Sie auf Reihe Hanser

Poesie und Politik, Erzählung und Essay, Fiktion und Dokumentation. Erstveröffentlichungen oder wichtige Texte, die nicht mehr greifbar sind. Aktuelle Texte, die über das kurzlebige Interesse hinaus für Literatur und Politik Bedeutung haben.

Band 13:
Jerzy Szaniawski, Professor Tutkas Geschichten
Herausgegeben und aus dem Polnischen von Karl Dedecius. Mit Zeichnungen von Daniel Mróz.

Band 14:
Reinhard Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus
Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918.

Band 15:
Wolf Wondratschek, Früher begann der Tag mit einer Schußwunde
Prosa.

Band 16:
Das Denken von Sade, Herausgegeben von „Tel Quel"
Aufsätze von R. Barthes, H. Damisch, P. Klossowski, P. Sollers und M. Tort. Aus dem Französischen.

Band 17:
Miroslav Holub, Obwohl ...
Gedichte. Aus dem Tschechischen von Franz Peter Künzel.

Band 18:
Joachim Schickel, China: Die Revolution der Literatur

Band 19:
Lars Gustafsson, Der eigentliche Bericht über Herrn Arenander
Roman. Aus dem Schwedischen von Gustav Adolf Modersohn.

Band 20:
Paul Jacobs/Saul Landau, Die Neue Linke in den USA
Analyse und Dokumentation. Aus dem Amerikanischen von Hanns Zischler und Gerd Wagner.

Jeder Band 5.80 DM
(Band 14, 16 und 20: 7.80 DM)

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 86, Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Wenn es
um
Drucksachen
geht

sei es
des Termines
oder der
Qualität wegen

DRUCKEREI
ALFRED W. DUNKER

6 Frankfurt am Main
Lange Straße 31
Telefon 282564